



Monatsbericht des BMF

Januar 2016

Monatsbericht des BMF

Januar 2016

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Redaktioneller Hinweis

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifisch differenzierende Formulierungen - z. B. der/die Bürger/in - verzichtet. Die in dieser Veröffentlichung verwendete männliche Form gilt im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für Frauen wie Männer gleichermaßen.

 Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	4
-----------------------	----------

Überblick zur aktuellen Lage.....	5
--	----------

Analysen und Berichte	6
------------------------------------	----------

Haushaltsschluss 2015	6
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2015.....	20
Erfolgreiche deutsche G7-Präsidentschaft – ein Rückblick	25
Die Deauville-Partnerschaft: Fortschritte unter schwierigen Rahmenbedingungen	35

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage.....	40
--	-----------

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	40
Steuereinnahmen im Dezember 2015.....	49
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2015	53
Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2015	58
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	60
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	65
Termine, Publikationen	67

Statistiken und Dokumentationen.....	69
---	-----------

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung.....	71
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	102
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.....	109
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	123

Editorial

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund schließt seinen Haushalt 2015 mit der Bildung einer Rücklage in Höhe von 12,1 Mrd. € ab. Diese Rücklage dient der Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Jahr 2016 und den Folgejahren. Maßgeblich für die erfreuliche Entwicklung im Jahr 2015 war erneut ein robuster Arbeitsmarkt mit einem weiteren Anstieg der Beschäftigung. Der im zweiten Jahr in Folge ausgeglichene Haushalt ist ein Beleg für die vorausschauende und solide Finanzpolitik des Bundes.

Die Bundesregierung hat im Jahreswirtschaftsbericht ihre Projektion für 2016 aktualisiert. Auch im Jahr 2016 ist mit einer soliden konjunkturellen Aufwärtsbewegung zu rechnen, die insbesondere vom Konsum getragen wird. Für 2016 wird ein reales Wachstum von 1,7% erwartet.

Auch international war 2015 ein erfolgreiches Jahr. Unter deutscher Präsidentschaft erlangte die G7 neue Bedeutung und ihre aktive Rolle war an vielen Stellen zu spüren. Deutschland hat sich besonders für nachhaltiges Wachstum für die Generationen von heute und morgen, gut funktionierende Finanzmärkte und mehr Fairness und internationale Kooperation bei der Besteuerung eingesetzt. Das Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure



in Dresden vom 27. bis 29. Mai 2015 war sicherlich einer der Höhepunkte der deutschen Präsidentschaft. Daneben wurde in einer Vielzahl von Treffen und Telefonkonferenzen auf Arbeitsebene die internationale Finanzpolitik effektiv begleitet.

Mit der G7-Präsidentschaft hatte Deutschland auch den Vorsitz der Deauville-Partnerschaft übernommen. Diese Initiative unterstützt den demokratischen Wandel und die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des „Arabischen Frühlings“. In einem insgesamt schwierigen Umfeld konnten im Rahmen der Deauville-Partnerschaft wichtige positive Akzente gesetzt werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Dr. Thomas Steffen".

Dr. Thomas Steffen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

 Überblick zur aktuellen Lage

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds in einer guten Verfassung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2015 wie erwartet um real +1,7% angestiegen.
- Hauptmotor der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung im Jahr 2015 war die Inlandsnachfrage. Der Arbeitsmarkt hat sich ausgesprochen positiv entwickelt. Der Verbraucherpreisindex zeigte im Jahresdurschnitt 2015 ein hohes Maß an Stabilität. Die jüngsten Konjunkturindikatoren zeigen allerdings eine Schwäche der Produktionstätigkeit der Industrie an.
- Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion für das Jahr 2016 einen Anstieg des realen BIP um 1,7%.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Dezember 2015 im Vorjahresvergleich um 1,8% angestiegen. Im aktuellen Berichtsmonat legten die Steuern von Umsatz mit einem Zuwachs von 7,3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zu. Auch die Einnahmen aus der Lohnsteuer wuchsen mit + 5,2% erneut deutlich und konnten an die gute Entwicklung der Vormonate anknüpfen.
- Im Haushaltsjahr 2015 stieg das Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) gegenüber 2014 um 4,6 %. Steigende Beschäftigung und Löhne sowie expandierende Gewinne begünstigten die Entwicklung der Ertragsteuern, der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz.
- Nach den vorläufigen Daten zum Abschluss des Bundeshaushalts 2015 ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben für das vergangene Jahr die Möglichkeit, rund 12,1 Mrd. € einer Rücklage zuzuführen. Diese Rücklage dient der Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Jahr 2016 und den Folgejahren.

Europa

- In der Eurogruppe am 14. Januar 2016 wurden die Lage in Griechenland und Zypern, die Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit dem Euroraum, die Empfehlungen für den Euroraum im Europäischen Semester 2016 sowie nationale Regelungen für Insolvenzen diskutiert.
- Auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates am 15. Januar 2016 standen das Arbeitsprogramm der niederländischen Präsidentschaft für das 1. Halbjahr 2016, der Umsetzungsstand der Bankenunion, das Europäische Semester 2016, der Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug sowie der Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

Haushaltsabschluss 2015

Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Haushaltsjahr 2015

- Im Bundeshaushalt 2015 wurde der Haushaltsausgleich erstmals sowohl in der Aufstellung als auch im Vollzug ohne Neuverschuldung erreicht. Gleichzeitig wurden mit dem ersten und zweiten Nachtrag auch die neuen Schwerpunkte Kommunalinvestitionsförderung und Bewältigung der Flüchtlingskrise ohne Aufnahme neuer Kredite finanziert.
- Der Rücklage zur Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen konnte ein Betrag von 12,1 Mrd. € zugeführt werden.
- Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel eines strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalts wurde erfüllt und die Vorgaben der Schuldenbremse wurden wieder mit deutlichem Abstand eingehalten. Der strukturelle Überschuss des Bundes lag auf Basis der vorläufigen Daten für 2015 bei 0,14 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

1	Ausgangslage	6
2	Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse	10
3	Bedeutende Veränderungen im Haushaltsjahr 2015	12
4	Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben.....	13
4.1	Konsumtive Ausgaben	13
4.2	Investive Ausgaben.....	15
5	Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes nach Aufgabenbereichen sowie der wesentlichen Einnahmepositionen	15

1 Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz schwieriger außenwirtschaftlicher Rahmenbedingungen auf einem soliden Wachstumspfad. Das preisbereinigte BIP ist nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2015 um real 1,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen (+ 1,6 % im Jahr 2014). Im 3. Quartal 2015 stieg das BIP um 0,3 % und damit in etwa in gleicher Größenordnung wie in den ersten beiden Quartalen des Jahres (+ 0,3 % und + 0,4 % jeweils gegenüber Vorquartal). Den aktuellen Wirtschaftsdaten zufolge dürfte das Wirtschaftswachstum auch im 4. Quartal robust gewesen sein.

Positive Impulse kamen 2015 insbesondere von der Inlandsnachfrage. Begünstigende Faktoren für die konjunkturelle Aufwärtsbewegung

waren zum einen die anhaltende Einkommens- und Beschäftigungsexpansion. Zum anderen führte der Rückgang der Ölpreise zu Kostenentlastungen bei den Unternehmen und zusätzlichen Kaufkraftsteigerungen bei den privaten Haushalten. Die Investitionen neigten 2015 hingegen zur Schwäche. Dies dürfte insbesondere auf Verunsicherungen vor dem Hintergrund geopolitischer Risiken sowie die weltwirtschaftliche Abschwächung zurückzuführen sein. Detaillierte Ergebnisse zu den Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 2015 werden am 23. Februar 2016 vom Statistischen Bundesamt bekannt gegeben.

Der Arbeitsmarkt wies im Jahr 2015 erneut eine sehr gute Entwicklung auf. Im Jahresdurchschnitt waren 2,80 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote fiel um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 %. Die

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

Erwerbstätigkeit stieg auf einen neuen Rekordwert von 43,03 Millionen Personen.

Die gute konjunkturelle Lage begünstigte auch die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen im Haushaltsjahr 2015. Das Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) stieg um 4,6% gegenüber 2014. Insbesondere die Einnahmen aus den Ertragsteuern, der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz erhöhten sich deutlich. Einzelheiten hierzu können dem nachfolgenden Artikel „Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2015“ entnommen werden. Abweichungen zu den in Tabelle 1 und Tabelle 2 aufgeführten Einnahmen des Bundes sind methodisch bedingt.

Gesamtübersicht

Das Haushaltsgesetz 2015 wurde am 27. November 2014 mit einem Volumen von 299,1 Mrd. € vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 23. Dezember 2014 im Bundesgesetzblatt verkündet (BGBl. I S. 2442).

Am 24. Juni 2015 wurde mit dem 1. Nachtrag der Bundeshaushalt 2015 auf 301,6 Mrd. € aufgestockt (BGBl. I S. 980). Der 2. Nachtrag trat am 20. November 2015 in Kraft und erhöhte das Haushaltsvolumen schließlich auf 306,9 Mrd. € (BGBl. I S. 2056).

Tabelle 1 zeigt neben dem Haushaltssoll 2015 wesentliche Eckwerte des Haushaltsschlusses 2015 im Vergleich zum Haushaltsschluss 2014.

Ausgaben und Einnahmen

Die Ausgaben des Bundes (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) summieren sich im Haushaltsjahr 2015 auf 299,3 Mrd. €. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 mit Gesamtausgaben in Höhe von 295,5 Mrd. € stiegen die Ausgaben somit insgesamt um 3,8 Mrd. € beziehungsweise 1,3 %.

Die Einnahmen (ohne Umlaufmünzen) des Bundes addierten sich im Haushaltsjahr 2015

Tabelle 1: Gesamtübersicht

	Soll 2015	Ist 2015	Ist 2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
Ermittlung des Finanzierungssaldos					
1. Ausgaben zusammen	301 900	299 285	295 486	3 799	1,3
2. Einnahmen zusammen	306 620	311 055	295 147	15 908	5,4
Steuereinnahmen	280 068	281 706	270 774	10 932	4,0
sonstige Einnahmen (ohne Münzeinnahmen)	26 553	29 349	24 373	4 976	20,4
Einnahmen - Ausgaben = Finanzierungssaldo	4 720	11 792	- 297	12 089	X
Verwendung des Finanzierungssaldos					
Nettokreditaufnahme	0	0	0	0	X
Münzeinnahmen (nur Umlaufmünzen)	280	353	297	56	18,9
Zuführung an Rücklage	- 5 000	- 12 145	0	- 12 145	X
nachrichtlich:					
investive Ausgaben (Baumaßnahmen, Beschaffungen über 5 000 € je Beschaffungsfall, Darlehen, Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und ähnliches)	29 880	29 553	29 275	278	0,9

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

auf 311,1 Mrd. € und lagen somit um 15,9 Mrd. € oder 5,4 % über dem Ergebnis von 2014 mit 295,1 Mrd. €. Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen 2015 abermals um 10,9 Mrd. € oder 4,0 % auf 281,7 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr (270,8 Mrd. €). Insbesondere niedrigere EU-Eigenmittelabführungen haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Die sonstigen Einnahmen (ohne Umlaufmünzen) stiegen ebenfalls im Vergleich zu 2014, und zwar um rund 5,0 Mrd. € auf nun 29,3 Mrd. €. Dies entspricht einer Steigerung um 20,4 % und ist u. a. auf die Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen zurückzuführen.

Finanzierungssaldo und Nettokreditaufnahme

Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen (ohne Umlaufmünzen) und Ausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) ergibt sich im Haushaltsjahr 2015 ein rechnerischer Finanzierungssaldo von 11,8 Mrd. €. Hinzu kommen noch die Münzeinnahmen (Umlaufmünzen) in Höhe von rund 0,4 Mrd. €, sodass sich ein positiver Saldo von 12,1 Mrd. € ergibt. Dieser wird der Rücklage zur Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen gemäß haushaltsgesetzlicher Vorgabe zugeführt. Die Mittel aus der Rücklage stehen überjährig zur Finanzierung der flüchtlingsbezogenen Leistungen des Bundes zur Verfügung. Die Nettokreditaufnahme – die Differenz zwischen Bruttokreditaufnahme und Bruttotilgung – war null.

Entwicklung wesentlicher finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

Wichtige Kennziffern für das Jahr 2015 zeigen, dass der Bundeshaushalt auch weiterhin von günstigen Finanzierungsbedingungen und einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung profitiert. Besonders bei langfristiger Betrachtung werden die Konsolidierungsfortschritte deutlich.

- **Ausgabenquote zum nominalen BIP:** Die Ausgabenquote zum nominalen BIP (erste

Berechnung für 2015: 3026,6 Mrd. €) setzt die Bundesausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung in Deutschland. Mit 9,9 % verringerte sich die Ausgabenquote im Haushalt 2015 leicht um 0,3 Prozentpunkte gegenüber 10,1 % im Haushalt 2014. Dies belegt erneut die Ausgabendisziplin der Bundesregierung (siehe auch Abbildung 1).

- **Zinsausgabenquote:** Die Zinsausgabenquote zeigt den Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes. Mit 7,0 % für 2015 sinkt diese deutlich um 1,8 Prozentpunkte gegenüber 8,8 % im Jahr 2014. Im Vergleich zum Höchstwert des Haushalts 1999 mit rund 16,6 %, oder den Werten der Jahre 2003 bis 2008 von über 14,2 % ist dieser Indikator deutlich zurückgeführt worden, und zwar auf das Niveau von 1981 (siehe auch Abbildung 2).
- **Zins-Steuer-Quote:** Die Zins-Steuer-Quote zeigt den Anteil der durch Steuereinnahmen gedeckten Zinsausgaben. Die Zins-Steuer-Quote lag im Ergebnis 2015 bei 7,5 % und verbesserte sich deutlich um rund 2,6 Prozentpunkte gegenüber dem Wert aus dem Jahr 2014 von 9,6 % und bestätigt damit den langfristigen Trend. Dieses Niveau bestand zuletzt vor dem Jahr 1980.
- **Steuerfinanzierungsquote:** Die Steuerfinanzierungsquote zeigt den Anteil der durch Steuereinnahmen gedeckten Bundesausgaben. Dieser Anteil lag 2015 bei 94,1 % und verbesserte sich gegenüber 2014 mit 91,6 % deutlich um 2,5 Prozentpunkte. Dieses Niveau wurde zuletzt im Jahr 1970 und davor erreicht.
- **Primärsaldo:** Der Primärsaldo ist die Differenz zwischen öffentlichen Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme) und öffentlichen Ausgaben abzüglich der Zinszahlungen auf die ausstehenden Staatsschulden. Diese wichtige Größe eröffnet somit den Blick auf den Haushalt ohne die Altlasten der Vergangenheit (repräsentiert durch die Zinslasten) und ohne aktuelle Neuverschuldung, soweit

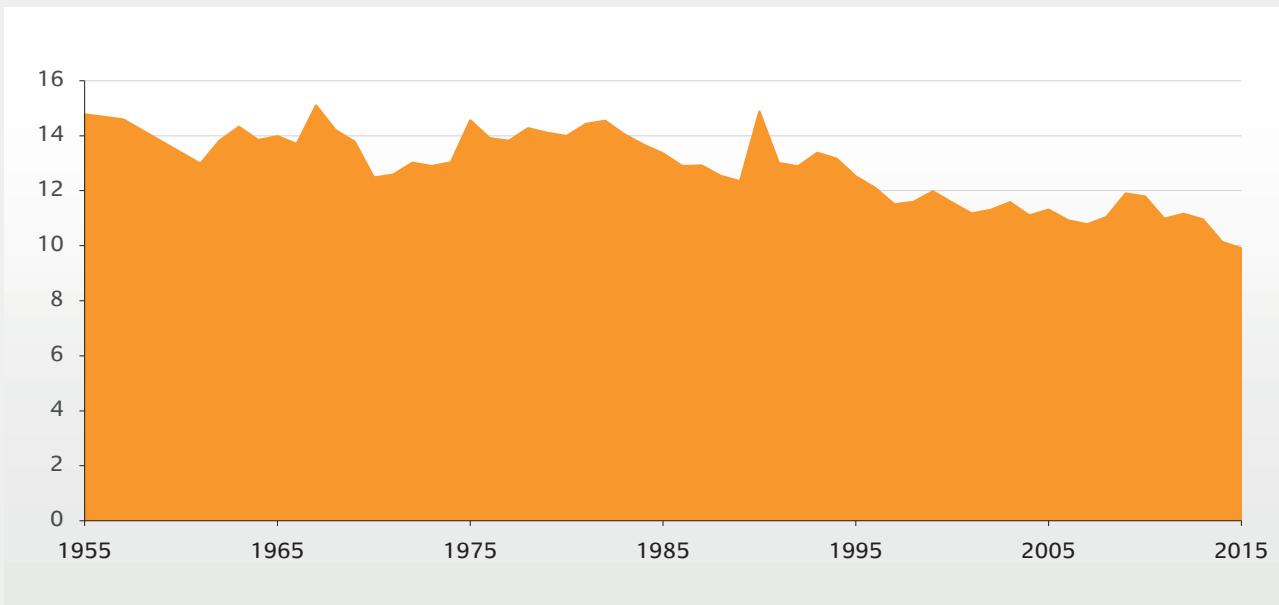
 Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

vorhanden. Der Bundeshaushalt 2015 schließt mit einem Primärüberschuss von 32,8 Mrd. € ab. Gegenüber 2014 mit einem

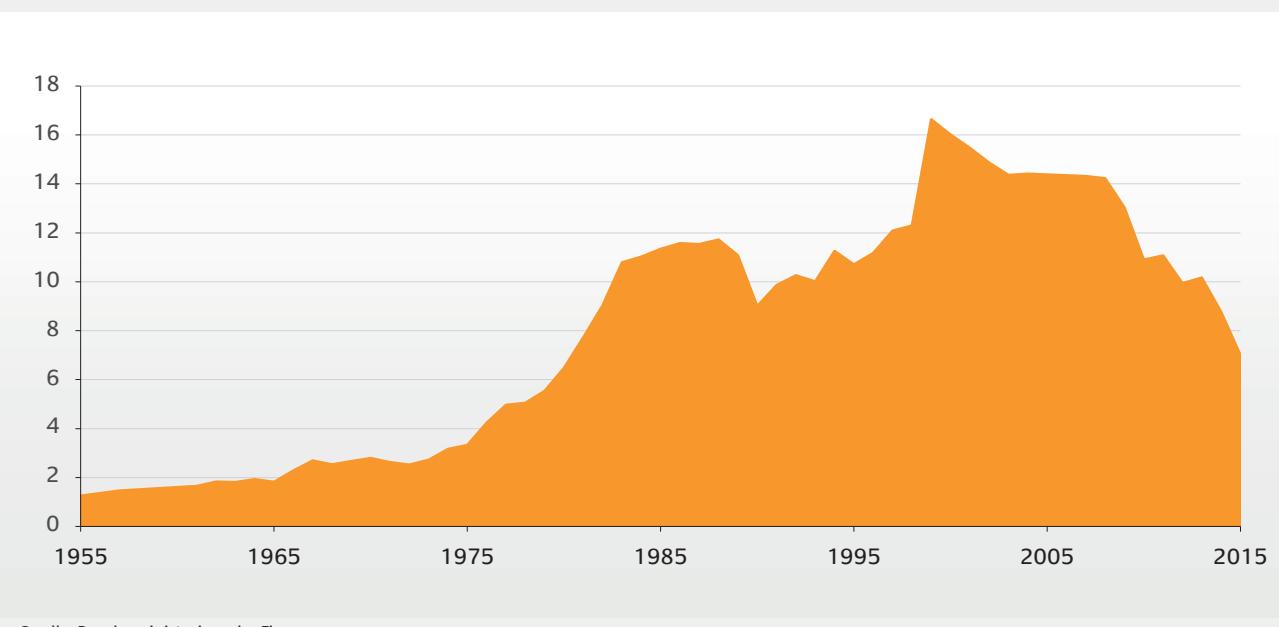
Primärüberschuss von 25,6 Mrd. € ist das eine Verbesserung von 7,3 Mrd. €.

**Abbildung 1: Ausgabenquote 1955 bis 2015
in Relation zum BIP in %**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

**Abbildung 2: Zinsausgabenquote 1955 bis 2015
in Relation zu den Gesamtausgaben des Bundes in %**



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

2 Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse

Der Bundeshaushalt 2015 war der fünfte Haushalt, der nach den Vorgaben der seit 2009 im Artikel 115 in Verbindung mit Artikel 143d Grundgesetz (GG) verankerten Regel zur Begrenzung der Neuverschuldung (Schuldenbremse) aufgestellt wurde. Um deren Einhaltung im Haushaltsvollzug zu überprüfen, wird die tatsächliche Nettokreditaufnahme (NKA) mit der maximal zulässigen NKA verglichen. Die Berechnung der nach der Schuldenbremse maximal zulässigen NKA für das Soll und Ist des Haushaltsjahrs 2015 ist in Tabelle 2 dargestellt.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2015 wurde die maximal zulässige NKA unter Berücksichtigung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung und der geplanten finanziellen Transaktionen ermittelt. Sie ergibt sich aus der maximal zulässigen strukturellen NKA (18,6 Mrd. €, Position 3 in Tabelle 2) abzüglich der – bei Haushaltsaufstellung negativen – Konjunkturkomponente (- 5,0 Mrd. €, Position 6 der Soll-Spalte) und des Saldos der finanziellen Transaktionen (+ 1,4 Mrd. €, Position 5 der Soll-Spalte). Damit ergab sich für das Haushalt-Soll eine maximal zulässige NKA in Höhe von 22,2 Mrd. € (Position 8 der Soll-Spalte).

Die maximal zulässige NKA nach Haushaltabschluss (gemäß vorläufigen Berechnungen) wird durch Abzug der an die tatsächliche Entwicklung angepassten Konjunkturkomponente und des tatsächlichen Saldos der finanziellen Transaktionen von der strukturellen Defizitobergrenze berechnet.

Die Konjunkturkomponente wird dabei folgendermaßen angepasst: Zunächst wird zu der zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung ermittelten Produktionslücke für das Jahr 2015 – gemäß der Herbstprojektion der Bundesregierung vom Oktober 2014 – die Differenz zwischen dem im Januar 2016 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten (Erstes vorläufiges Jahresergebnis 2015) und

dem zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung (Dezember 2014) prognostizierten Zuwachs des nominalen BIP für das Jahr 2015 addiert. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung erwartete die Bundesregierung für 2015 einen BIP-Anstieg von 3,2% (Position 6ba der Soll-Spalte). Gemäß der Meldung des Statistischen Bundesamts vom 14. Januar 2016 hat das nominale BIP im vergangenen Jahr um 3,8% (Position 6ba der Ist-Spalte) zugenommen. Damit fiel das nominale BIP-Wachstum um 0,6 Prozentpunkte höher aus als erwartet. Diese Differenz betrug demzufolge rund 18,3 Mrd. € (Zeile 6b). Da der BIP-Zuwachs höher ausfiel als erwartet, verringert sich das konjunkturbedingte Defizit. Die Konjunkturkomponente wurde um diesen Effekt auf 1,2 Mrd. € angepasst (Position 6 der Ist-Spalte).

Darüber hinaus lag der Saldo der finanziellen Transaktionen im Jahr 2015 mit + 1,9 Mrd. € (Position 5 der Ist-Spalte) um 0,5 Mrd. € über den Erwartungen zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung.

Gemäß vorläufigen Berechnungen des Haushaltabschlusses liegt nach Abzug der angepassten Konjunkturkomponente (- 1,2 Mrd. €) und des Ist-Saldos der finanziellen Transaktionen (+ 1,9 Mrd. €) von der strukturellen Defizitobergrenze (18,6 Mrd. €) die maximal zulässige NKA bei 17,9 Mrd. € (Position 8 der Ist-Spalte). Die tatsächliche NKA beträgt - 4,5 Mrd. € (Position 4 der Ist-Spalte). Dieser Betrag ergibt sich aus den positiven Finanzierungssalden der seit Inkrafttreten der Schuldenbremse errichteten Sondervermögen des Bundes. Die nach den Regeln der Schuldenbremse errechnete maximal zulässige Neuverschuldung wurde damit im Haushaltsjahr 2015 erneut mit deutlichem Abstand eingehalten.

Für den Bundeshaushalt überstiegen im Haushaltsjahr 2015 die Einnahmen die Ausgaben des Bundes insgesamt um 12,1 Mrd. €. Damit können über die bereits mit dem 2. Nachtragshaushalt veranschlagten 5,0 Mrd. € weitere 7,1 Mrd. € der Rücklage zur überjährigen Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

Tabelle 2: Vorläufige Abrechnung des Bundeshaushalts 2015 gemäß Schuldenbremse

	Soll ¹	Ist ²	
		in Mrd. €	
1	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (in % des BIP) (Basis 2010: 2,21%, Abbauschritt: 0,31 % p. a.)	0,66	
2	Nominales Bruttoinlandsprodukt der Haushaltshaufstellung vorangegangenem Jahres (Zeitpunkt der Haushaltshaufstellung)	2 809,5	
3	Maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme (1) x (2)	18,6	
4	Nettokreditaufnahme (4a) - (4b) - (4c)	0,0 ³	-4,5 ³
4a	Nettokreditaufnahme Bundeshaushalt	0,0	0,0
4b	Finanzierungssaldo Energie- und Klimafonds	0	1,9
4c	Finanzierungssaldo Aufbauhilfefonds	-	-0,9
4d	Finanzierungssaldo Kommunalinvestitionsförderungsfonds	-	3,5
5	Saldo finanzieller Transaktionen	1,4	1,9
5a	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen	1,8	2,6
5aa	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	1,8	2,6
5ab	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0
5ac	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0
5b	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen	0,5	0,7
5ba	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Bundeshaushalt	0,5	0,7
5bb	Ausgaben aus finanziellen Transaktionen Energie- und Klimafonds	-	0,0
5bc	Einnahmen aus finanziellen Transaktionen Aufbauhilfefonds	-	0,0
6	Konjunkturkomponente Soll: (6a) x (6c) Ist: [(6a) + (6b)] x (6c)	-5,0	-1,2
6a	nominale Produktionslücke (Zeitpunkt der Haushaltshaufstellung)	-	-24,4
6b	Anpassung an tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung [Ist (6ba) - Soll (6ba)] % x (6bb)	-	18,3
6ba	nominales Bruttoinlandsprodukt (% gegenüber Vorjahr)	3,2	3,8
6bb	nominales Bruttoinlandsprodukt des Vorjahrs	-	2 915,7
6c	Budgetsensitivität (ohne Einheit)	0,205	
7	Abbauverpflichtung aus Kontrollkonto	-	
8	Maximal zulässige Nettokreditaufnahme (3) - (5) - (6) - (7)	22,2	17,9
9	Strukturelle Nettokreditaufnahme (4) + (5) + (6) in % des BIP	-3,6 ⁴ -0,13 ⁴	-3,8 ⁴ -0,14 ⁴
10	Be(-)/Ent(+)lastung des Kontrollkontos (8) - (4) oder (3) - (9)	-	22,4
11	Saldo Kontrollkonto Vorjahr	-	119,8
12	Saldo Kontrollkonto neu (10) + (11)	-	0 ⁵

Abweichungen in den Summen und in den Produkten durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ Soll 2015 bezieht sich auf das Haushaltsgesetz 2015 vom 23. Dezember 2014 (BGBl. I Seite 2442).² Vorläufige Bebuchung des Kontrollkontos; endgültige Bebuchung erfolgt jeweils zum 1. September des dem betreffenden Haushaltsjahr folgenden Jahres.³ Die NKA erfasst sowohl die NKA des Bundeshaushalts als auch – mit umgekehrtem Vorzeichen – die Finanzierungssalden der seit Inkrafttreten der Schuldenbremse neu errichteten Sondervermögen des Bundes.⁴ Negative Werte stellen Überschüsse dar.⁵ Der kumulierte Saldo auf dem Kontrollkonto wurde zum Ablauf der Übergangsregelung am 31. Dezember 2015 gelöscht.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zugeführt werden. Entscheidend für die Schuldenregel ist, dass nach Artikel 115 Nr. 2 GG nicht der Finanzierungssaldo als Zielgröße der Haushaltswirtschaft festgelegt wurde, sondern die NKA als Hauptsteuerungsgröße dient. Aus der NKA im Ist (- 4,5 Mrd. €), addiert mit der Konjunkturkomponente (- 1,2 Mrd. €) und dem Saldo finanzieller Transaktionen (+ 1,9 Mrd. €), ergibt sich eine strukturelle NKA von - 3,8 Mrd. €. Das heißt: Es wurde ein struktureller Überschuss von 3,8 Mrd. € beziehungsweise 0,14 % des BIP erzielt. Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel eines strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalts wurde erfüllt.

Gemäß der hier ausgeführten ersten vorläufigen Berechnung nach dem fünften Jahr der Anwendung der Schuldenbremse ergibt sich eine rechnerische Entlastung des Kontrollkontos um 22,4 Mrd. € (Position 10), die jedoch nicht dem kumulierten Saldo auf dem Kontrollkonto in Höhe von 119,9 Mrd. € (Position 11) hinzugefügt wird. Die Übergangsregelung, die bis einschließlich 2015 eine erhöhte maximal zulässige strukturelle NKA zuließ, die in gleichmäßigen jährlichen Schritten auf 0,35 % des BIP auszubauen war, ist zum 31. Dezember des vergangenen Jahres ausgelaufen. Damit die im Übergangszeitraum kumulierten Positivbuchungen auf dem Kontrollkonto nach dem Ende des Übergangszeitraums nicht zu einer Verzerrung der Funktion des Kontrollkontos führen, wurde im Fiskalvertragsumsetzungsgesetz festgelegt, dass der kumulierte Saldo auf dem Kontrollkonto zum Ende des Übergangszeitraums am 31. Dezember 2015 auf null gestellt wird.

3 Bedeutende Veränderungen im Haushaltsjahr 2015

Steuereinnahmen

Ausführliche Angaben zu den Steuereinnahmen des Bundes können

dem nachfolgenden Artikel „Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2015“¹ entnommen werden.

Steuerpolitik

Die Bundesregierung hat im Juli 2015 steuerliche Entlastungen für die Bürger in einem Volumen von über 5 Mrd. € pro Jahr auf den Weg gebracht. Entsprechend den Ergebnissen des 10. Existenzminimumberichts wurden Erhöhungen des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags für die Jahre 2015 und 2016 beschlossen. Zum Abbau der kalten Progression auf tariflicher Ebene wird ergänzend mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 der Steuertarifverlauf entsprechend der Inflation der Jahre 2014 und 2015 angepasst. Hinzu kommen Verbesserungen gezielt für Familien durch Erhöhungen des Kindergelds, des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende und des Kinderzuschlags für Geringverdiener.

Sozialpolitik

Wie bereits in den vergangenen Jahren wirkte sich auch im Jahr 2015 der hohe Beschäftigungsstand positiv auf der Einnahmenseite der Sozialversicherungen aus. So stellt die Bundesregierung in ihrem Rentenversicherungsbericht 2015 fest, dass im Jahr 2015 die Beitragseinnahmen der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) bis zum Oktober um rund 3 % gestiegen sind. Dies spiegelt sich auch in der Nachhaltigkeitsrücklage wider, die dazu dient, Defizite und Einnahmenschwankungen unterjährig auszugleichen, um kurzfristige Beitragssatzänderungen zu vermeiden: Der Rentenversicherungsbericht geht für das Jahresende 2015 von einer Rücklage in Höhe von 33,7 Mrd. € aus. Auch deshalb kann der geltende Beitragssatz in der GRV, der für 2015 um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7 % gesenkt wurde, für 2016 fortgeschrieben werden. Insgesamt sind im Jahr 2015 rund 84,2 Mrd. €

¹ S. Artikel „Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2015“ im Monatsbericht Januar 2014.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

aus dem Bundeshaushalt an die gesetzliche Rentenversicherung geflossen.

Auch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) profitierte von kräftigen Einkommenssteigerungen und einem anhaltenden Beschäftigungszuwachs. Nach Berechnung des Schätzerkreises Gesundheit ist davon auszugehen, dass die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zum Jahresende 2015 geschätzt über 10 Mrd. € betrug. Nach vorliegenden Daten beliefen sich darüber hinaus die Finanzreserven der gesetzlichen Krankenkassen zum Ende des 3. Quartals 2015 auf 15,3 Mrd. €. Der Bundeszuschuss an die GKV zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben stieg nach 10,5 Mrd. € im Jahr 2014 auf 11,5 Mrd. € im Jahr 2015.

Entlastung der Länder und Kommunen

Der Bund entlastet Länder und Kommunen weiter auf vielfältige Weise. Mit dem Jahr 2015 trat etwa eine kommunale Sonderentlastung für die Jahre 2015 bis 2017 in Höhe von jährlich 1 Mrd. € in Kraft, welche jeweils hälftig über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung realisiert wird. Außerdem werden nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) in den Jahren 2015 bis 2018 Finanzhilfen in Höhe von 3,5 Mrd. € zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen gewährt. Es wurde zudem eine weitere Entlastung der Kommunen im Jahr 2017 in Höhe von 1,5 Mrd. € beschlossen (1 Mrd. € über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und 500 Mio. € über die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung).

Ab dem Jahr 2015 werden die Länder zudem dadurch entlastet, dass der Bund die Kosten für das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vollständig übernimmt, von denen er zuvor 65 % getragen hatte. Auf Grundlage der Daten, die zum Zeitpunkt der politischen Einigung zur Verfügung standen, werden die Länder hierdurch jährlich um 1,2 Mrd. € entlastet.

Bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern hat der Bund Länder und Kommunen im Jahr 2015 über eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer um 2 Mrd. € entlastet. Ab 2016 beteiligt sich der Bund strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Kosten, die in Abhängigkeit von der Zahl der aufgenommenen Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen. Als Abschlagszahlung für 2016 erhalten die Länder – ebenfalls über die Umsatzsteuerverteilung – einen Betrag von rund 3 Mrd. €. Über die Umsatzsteuer werden die Länder ab 2016 zusätzlich bei den Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und bei der Kinderbetreuung unterstützt. Ebenfalls ab 2016 wurden die Entflechtungsmittel für den Bereich „Wohnraumförderung“ um 500 Mio. € jährlich aufgestockt und damit nahezu verdoppelt.

4 Entwicklung der konsumtiven und investiven Ausgaben

Ausgaben können entsprechend ihrer ökonomischen Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen Abläufe nach konsumtiven und investiven Ausgabearten unterschieden werden. So werden u. a. Baumaßnahmen, der Immobilienkauf, Darlehen und die Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen den investiven Ausgaben zugeordnet. Personalausgaben, sächliche Verwaltungsausgaben inklusive der militärischen Beschaffungen sowie Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme derer für Investitionen werden den konsumtiven Ausgaben zugeordnet.²

4.1 Konsumtive Ausgaben

Unter konsumtiven Ausgaben werden die Ausgaben der Hauptgruppen 4 bis 6 des Gruppierungsplans verstanden. Die konsumtiven Ausgaben des Bundes summierten sich im Haushalt 2015 auf 269,7 Mrd. € und hatten somit

² Eine genaue Auflistung findet sich in § 13 Abs. 3 der Bundeshaushaltsoordnung.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

Tabelle 3: Gesamtübersicht der konsumtiven und investiven Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2015	Ist 2015	Ist 2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
Ausgaben zusammen¹	301 900	299 285	295 486	3 799	1,3
konsumtive Ausgaben	272 338	269 732	266 210	3 521	1,3
investive Ausgaben	29 880	29 553	29 275	278	0,9

¹ Im Soll enthält die Summe der Ausgaben auch sogenannte Globalposten, die noch nicht zugeordnet sind. Am Jahresende werden diese durch die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben ersetzt.

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

einen rechnerischen Anteil von 90,1% an den Gesamtausgaben des Bundes. Im Vergleich zum Haushalt 2014 mit 266,1 Mrd. € stiegen diese um 3,5 Mrd. € oder 1,3%. Mit 107,3 Mrd. € haben die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an

Sozialversicherungen auch 2015 wieder den größten Anteil an den konsumtiven Ausgaben des Bundes. Gegenüber dem Haushalt 2014 stiegen die Zuweisungen und Zuschüsse insgesamt deutlich um 6,4 Mrd. € oder 3,4%.

Tabelle 4: Konsumtive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2015	Ist 2015	Ist 2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
Konsumtive Ausgaben	272 338	269 732	266 210	3 521	1,3
Personalausgaben	29 996	29 907	29 209	698	2,4
Aktivitätsbezüge	21 748	21 695	21 280	415	1,9
Versorgung	8 248	8 212	7 928	283	3,6
Laufender Sachaufwand	24 480	24 305	23 174	1 131	4,9
sächliche Verwaltungsausgaben	12 873	13 058	12 432	626	5,0
militärische Beschaffungen	9 568	9 055	8 814	241	2,7
sonstiger laufender Sachaufwand	2 039	2 192	1 928	264	13,7
Zinsausgaben	21 267	21 066	25 916	-4 850	-18,7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	195 919	193 751	187 308	6 443	3,4
an Verwaltungen	24 666	24 064	21 108	2 956	14,0
Länder	16 480	16 154	14 133	2 021	14,3
Sondervermögen	8 180	7 890	6 969	921	13,2
an andere Bereiche	171 253	169 687	166 200	3 487	2,1
Unternehmen	26 980	25 616	25 517	100	0,4
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	29 270	28 903	28 029	874	3,1
an Sozialversicherung	106 761	107 334	104 719	2 616	2,5
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	2 035	1 936	1 889	47	2,5
an Ausland	6 206	5 894	6 043	-148	-2,5
an Sonstige	2	4	5	-1	-22,9
Sonstige Vermögensübertragungen	676	703	604	99	16,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

4.2 Investive Ausgaben

Investive Ausgaben sind im kameralistischen Haushalt die Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 des Gruppierungsplans. Die Definition ist nicht mit jener in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nach der jüngsten Revision zu vergleichen, bei der u. a. auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung hinzugezählt werden. Die investiven Ausgaben des Bundes beliefen sich 2015 auf 29,5 Mrd. € und haben somit einen rechnerischen Anteil von 9,9 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 mit 29,3 Mrd. € stiegen sie um 278 Mio. € oder 0,9 %.

Unter den investiven Ausgaben summieren sich 2015 die Sachinvestitionen des Bundes auf 7,7 Mrd. €. Dies ist ein geringfügiger Rückgang um 180 Mio. € oder 2,3 %. Den Hauptanteil an den Sachinvestitionen hatten mit 6,1 Mrd. € die Ausgaben für Baumaßnahmen des Bundes; größtenteils für den Bau und Erhalt von Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen.

Die Finanzierungshilfen bildeten mit 21,9 Mrd. € den größten Ausgabenblock der investiven Ausgaben im Jahr 2015. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahr mit 21,4 Mrd. € um

458 Mio. € oder 2,1% an. Hauptanteil hieran hatte die Zuweisung an den Kommunalinvestitionsförderungsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. €. Des Weiteren wurden u. a. Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Erhaltung der Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes in Höhe von 4,3 Mrd. € geleistet. Bedeutsam waren ebenso 2,5 Mrd. € Zuschüsse für die Bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit sowie Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden in Höhe von 1,3 Mrd. €.

5 Darstellung der Ausgabenstruktur des Bundes nach Aufgabenbereichen sowie der wesentlichen Einnahme-positionen

Im Sollbericht 2015 wurden die nachfolgenden Ausgabe- und Einnahmepositionen ausführlich kommentiert (siehe Sollbericht 2015 im Monatsbericht des BMF Februar 2015). Tabelle 6 zeigt die Ausgaben des Bundes nach

Tabelle 5: Investive Ausgaben des Bundes

Aufgabenbereich	Soll 2015	Ist 2015	Ist 2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
Investive Ausgaben	29 880	29 553	29 275	278	0,9
Sachinvestitionen	7 863	7 684	7 865	- 180	-2,3
Baumaßnahmen	6 132	6 141	6 419	-278	-4,3
Finanzierungshilfen	22 018	21 869	21 411	458	2,1
Finanzierungshilfen an öffentlichen Bereich	8 482	8 780	4 854	3 925	80,9
Finanzierungshilfen an sonstige Bereiche	13 536	13 089	16 556	-3 467	-20,9
Darlehen	403	312	230	82	35,6
Zuschüsse	12 112	11 737	11 118	619	5,6
Beteiligungen	71	370	4 416	-4 046	-91,6
Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	950	670	793	-123	-15,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

Aufgabenbereichen. Die Nummerierung und Darstellung erfolgt aufgrund der Systematik

des Funktionenplans. Es folgen die aktualisierten Ist-Ergebnisse für das Haushaltsjahr 2015.

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Soll 2015	Ist 2015	Ist 2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
Ausgaben zusammen	301 900	299 285	295 486	3 799	1,3
0. Allgemeine Dienste	66 614	66 947	69 720	-2 773	- 4,0
politische Führung und zentrale Verwaltung	14 651	14 175	13 738	437	3,2
politische Führung	3 757	3 419	3 249	170	5,2
Versorgung einschließlich Beihilfen	9 189	9 017	8 835	182	2,1
auswärtige Angelegenheiten	10 230	9 874	14 449	-4 575	- 31,7
Auslandsvertretungen	789	798	739	59	8,0
Beiträge an internationale Organisationen	723	832	5 091	-4 260	- 83,7
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 418	6 399	6 380	19	0,3
Verteidigung	32 496	33 442	32 594	849	2,6
öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 538	4 776	4 527	249	5,5
Polizei	3 139	3 345	3 237	108	3,3
Finanzverwaltung	4 221	4 199	3 932	267	6,8
1. Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung	20 757	20 271	18 822	1 449	7,7
Hochschulen	4 971	4 953	4 969	- 15	- 0,3
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	3 499	3 381	2 635	746	28,3
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 147	10 872	10 214	658	6,4
gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	4 545	4 531	4 222	309	7,3
Max-Planck-Gesellschaft	786	786	748	38	5,1
Fraunhofer-Gesellschaft	607	605	584	20	3,5
Zentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft	2 673	2 672	2 454	218	8,9
Forschung und experimentelle Entwicklung	5 959	5 678	5 371	307	5,7
2. Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	154 301	153 611	148 783	4 829	3,2
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	102 104	101 992	99 489	2 503	2,5
allgemeine Rentenversicherung (nur Bundesträger)	75 844	75 862	74 456	1 406	1,9
knappschaftliche Rentenversicherung (nur Bundesträger)	5 364	5 328	5 339	- 11	- 0,2
Unfallversicherung	261	259	287	- 28	- 9,7
Krankenversicherung	12 885	12 871	11 857	1 014	8,6
Alterssicherung der Landwirte (einschließlich Landabgabrente)	2 180	2 192	2 201	- 10	- 0,4
sonstige Sozialversicherungen	5 570	5 480	5 348	132	2,5

Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	Soll 2015	Ist 2015	Ist 2014	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege	8 214	7 890	7 396	494	6,7
Elterngeld	6 754	6 681	6 083	598	9,8
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 153	2 059	2 175	- 116	- 5,4
Arbeitsmarktpolitik	33 944	33 894	32 510	1 384	4,3
Arbeitslosengeld II nach dem SGB II	20 300	20 198	19 725	472	2,4
Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	5 350	5 249	4 162	1 087	26,1
aktive Arbeitsmarktpolitik	4 252	3 638	3 927	- 289	- 7,4
sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	4 042	4 810	4 696	113	2,4
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII (einschließlich Erstattung von Gutachtenkosten)	6 060	5 894	5 447	448	8,2
3. Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 041	1 915	1 889	26	1,4
4. Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 194	2 004	2 010	- 6	- 0,3
5. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	972	846	862	- 16	- 1,9
6. Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 237	4 156	4 076	80	2,0
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 501	1 497	1 580	- 83	- 5,3
regionale Fördermaßnahmen	619	997	710	288	40,5
7. Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 926	16 595	15 993	602	3,8
Straßen und Kompensationszahlungen an die Länder	7 610	7 859	7 852	7	0,1
Bundesautobahnen	3 836	4 050	4 029	21	0,5
Bundesstraßen	2 317	2 373	2 392	- 20	- 0,8
Kompensationszahlungen an die Länder	1 336	1 336	1 336		0,0
Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 921	1 717	1 660	57	3,4
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 961	4 953	4 274	679	15,9
Luftfahrt, Nachrichtenwesen, sonstiges Verkehrswesen	1 695	1 414	1 581	- 167	- 10,6
8. Finanzwirtschaft	38 858	45 370	33 718	11 653	34,6
Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 123	8 832	6 069	2 763	45,5
Zinsen (ohne sächliche Verwaltungskosten)	21 278	21 077	25 920	- 4 843	- 18,7

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

Tabelle 7: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2015	Ist 2015	Ist 2014	Abweichungen gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
Einnahmen zusammen	306 620	311 055	295 147	15 908	5,4
darunter:					
Steuereinnahmen zusammen	280 068	281 706	270 774	10 932	4,0
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage	229 835	229 618	222 376	7 243	3,3
Lohnsteuer	75 714	76 028	71 420	4 608	6,5
veranlagte Einkommensteuer	20 634	20 647	19 385	1 262	6,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	8 200	8 968	8 712	256	2,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 245	3 634	3 437	196	5,7
Körperschaftsteuer	10 400	9 792	10 022	- 231	- 2,3
Steuern vom Umsatz	110 775	109 694	108 596	1 097	1,0
Gewerbesteuerumlage	1 667	1 656	1 603	53	3,3
Bundessteuern	104 163	104 204	101 804	2 400	2,4
Energiesteuer	40 500	39 594	39 758	- 164	- 0,4
Tabaksteuer	14 190	14 921	14 612	309	2,1
Solidaritätszuschlag	15 600	15 930	15 047	884	5,9
Versicherungsteuer	12 500	12 419	12 046	373	3,1
Stromsteuer	6 900	6 593	6 638	- 46	- 0,7
Branntweinsteuern	2 062	2 072	2 061	11	0,5
Kraftfahrzeugsteuer	8 550	8 805	8 501	304	3,6
Kaffeesteuern	1 020	1 032	1 016	16	1,6
Schaumweinsteuern und Zwischenerzeugnissteuer	429	444	426	17	4,1
Luftverkehrsteuer	1 010	1 023	990	33	3,3
Kernbrennstoffsteuer	1 400	1 371	708	663	93,6
sonstige Bundessteuern	2	2	2	0	0,3
Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung	- 210	0	0	0	X
Abzugsbeträge	-53 721	-52 117	-53 406	1 289	- 2,4
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 040	-10 041	-10 681	640	- 6,0
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-7 299	-7 408	-7 299	- 109	1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 310	-4 098	-4 015	- 83	2,1
BNE-Eigenmittel der EU	-23 080	-21 578	-22 419	842	- 3,8
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-8 992	-8 992	0	0,0
Konsolidierungshilfen	- 800	- 800	- 800	0	0,0

 Analysen und Berichte

HAUSHALTSABSCHLUSS 2015

noch Tabelle 7: Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2015	Ist 2015	Ist 2014	Abweichungen gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €			in %	
Sonstige Einnahmen	26 553	29 349	24 373	4 976	20,4
darunter:					
Gebühren und sonstige Entgelte	10 608	10 823	7 042	3 782	53,7
Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut	4 340	4 386	4 464	- 78	- 1,7
Einnahmen aus Versteigerung von Mobilfunklizenzen	3 751	4 411	0	4 411	X
Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	6 907	6 747	6 777	- 30	- 0,4
Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank	2 954	2 954	2 500	454	18,1
Abführung der Bundesanstalt für Immobilienaufgabenimmobilienaufgaben	2 712	2 712	2 817	- 104	- 3,7
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	2 381	3 211	2 809	402	14,3
Zuweisung aus dem Sondervermögen Aufbauhilfe	500	254	0	254	X

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM HAUSHALTSJAHR 2015

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Haushaltsjahr 2015

- Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Haushaltsjahr 2015 gegenüber 2014 um insgesamt 4,6 % auf 620,3 Mrd. €.
- Die gemeinschaftlichen Steuern haben mit 490,6 Mrd. € oder 79,1% den größten Anteil am Gesamtergebnis und bilden somit die Basis des Steueraufkommens 2015. Hier trugen insbesondere einkommens- und gewinnabhängige Steuerarten wie Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag zum guten Ergebnis bei.
- Die Bundessteuern hatten mit 104,2 Mrd. € einen Anteil von 16,8 %, die Ländersteuern mit 20,3 Mrd. € einen Anteil von 3,3 % am Gesamtergebnis. Letztere entwickelten sich im Haushaltsjahr 2015 mit einem Zuwachs von 15,9 % besonders dynamisch; hervorzuheben sind hier die Grunderwerbsteuer (+20,4 %) sowie die Erbschaftsteuer (+15,4 %).

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im Haushaltsjahr 2015.....	20
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Quartalen 2015	23
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen	24

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im Haushaltsjahr 2015

Im Haushaltsjahr 2015 konnten Bund, Länder und Gemeinden Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern)¹ in Höhe von 620,3 Mrd. € verbuchen. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 mit Gesamteinnahmen von 593,0 Mrd. € ist dies ein Zuwachs von 27,2 Mrd. € oder 4,6 %.

Die Steuereinnahmen im Haushaltsjahr 2015 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sind in Tabelle 1 dargestellt.

Im Haushaltsjahr 2015 stiegen die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 um 4,6 % auf 490,6 Mrd. €. Das Aufkommen der Bundessteuern stieg um 2,4 % auf 104,2 Mrd. €. Die Ländersteuern verzeichneten einen Zuwachs um 15,9 % auf 20,3 Mrd. €. Die Zolleinnahmen wuchsen um 13,3 % auf 5,2 Mrd. €.

Grundlage des Anstiegs der Steuereinnahmen war eine – trotz schwieriger außenwirtschaftlicher Bedingungen – anhaltend positive Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Diese ging mit deutlich steigenden Löhnen und Gewinnen einher. Daraus resultierte sowohl ein weiterer starker Anstieg des Lohnsteueraufkommens als auch eine anhaltende Aufwärtsentwicklung der Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern, besonders der veranlagten Einkommensteuer und der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Zudem schlug sich die gute binnennwirtschaftliche Nachfrage in einem entsprechenden Wachstum der Steuern vom Umsatz nieder.

¹ Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmegergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM HAUSHALTSJAHR 2015

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im Haushaltsjahr 2015

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	Haushaltsjahr		Änderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €		in Mio. €	in %
	2015	2014		
Gemeinschaftliche Steuern	490 585	469 127	21 458	4,6
Bundessteuern	104 204	101 804	2 400	2,4
Ländersteuern	20 339	17 556	2 783	15,9
Zölle	5 159	4 552	607	13,3
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	620 287	593 039	27 248	4,6

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Gemeinschaftliche Steuern

Basis für wachsende Einnahmen bei der Lohnsteuer war die gute Beschäftigungslage, die sich in einer weiteren Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und kräftigen Lohnsteigerungen zeigte. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg dadurch im Haushaltsjahr 2015 auf 220,6 Mrd. €. Dies entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 5,7 %. Hier von abzuziehen ist das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld. Das Kindergeld wurde mit dem Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom 16. Juli 2015 um 48 € pro Jahr rückwirkend zum 1. Januar 2015 angehoben. Dadurch ergab sich – trotz einer tendenziell sinkenden Zahl von Kindergeldkindern – ein Plus von 2,3 % gegenüber 2014. Die mit dem vorgenannten Gesetz vorgenommene Erhöhung des Grundfreibetrags in Verbindung mit der Verschiebung der Tarifgrenzen – ebenfalls rückwirkend zum 1. Januar 2015 – hatte noch keinen Einfluss auf das Kassenaufkommen im Jahr 2015, da deren Umsetzung im Monat Dezember 2015 erst im Januar 2016 kassenwirksam wird. Im Ergebnis stieg das Aufkommen der Lohnsteuer im Haushaltsjahr 2015 um + 6,5 % auf 178,9 Mrd. €.

Die veranlagte Einkommensteuer verzeichnete im Haushaltsjahr 2015 Bruttoeinnahmen in

Höhe von 63,8 Mrd. €, was einer Steigerung von 2,7 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Abzugsbeträge von Investitionszulage und Eigenheimzulage beeinflussten das Ergebnis aufgrund des Auslaufens der Förderung nur noch unerheblich. Betragsmäßige Relevanz hatten hingegen die aus dem Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer gezahlten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer (§ 46 Einkommensteuergesetz). Unter Berücksichtigung der Abzugsbeträge ergeben sich Kasseneinnahmen im Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 48,6 Mrd. €. Dies bedeutet einen Anstieg um 6,5 %.

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer verringerte sich im Haushaltsjahr 2015 um 3,0 % auf 19,8 Mrd. €. Nach Abzug der betragsmäßig vergleichsweise geringen Investitionszulage ergibt sich ein Kassenaufkommen im Haushaltsjahr 2015 von 19,6 Mrd. € (-2,3 % gegenüber 2014).

Das Steueraufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stieg im Haushaltsjahr 2015 brutto um 1,1 % auf 19,3 Mrd. €. Hier von abzuziehen sind Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt). Diese lagen um 18,3 % unter dem Vorjahresniveau. Im Ergebnis stieg das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Haushaltsjahr 2015 um 3,0 % auf 17,9 Mrd. €.

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM HAUSHALTSJAHR 2015

Das Kassenaufkommen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge war im Haushaltsjahr 2015 deutlich höher als im Jahr zuvor. Es stieg um 5,7% auf 8,3 Mrd. €. Im Aufkommen sind Einnahmen aus der EU-Quellensteuer enthalten, die im Haushaltsjahr 2015 in Höhe von insgesamt 124,3 Mio. € überwiesen wurden.

Die gute binnenwirtschaftliche Nachfrage schlug sich in einem entsprechenden Wachstum der Steuern vom Umsatz nieder. Im Haushaltsjahr 2015 wiesen die Steuern vom Umsatz insgesamt einen Zuwachs von 3,4% gegenüber dem Haushaltsjahr 2014 auf und lagen bei 209,9 Mrd. €. Die (Binnen)-Umsatzsteuer zeigte ein Plus von 3,1%, die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern verzeichnete ein Plus von 4,1%.

Bundessteuern

Bei den Bundessteuern wurde mit 104,2 Mrd. € im Haushaltsjahr 2015 das Vorjahresniveau um 2,4% übertroffen. Die Energiesteuer ist mit einem Aufkommen von 39,6 Mrd. € im Haushaltsjahr 2015 die aufkommensstärkste Bundessteuer. Maßgeblich für das Volumen der Energiesteuer ist mit über 90 % Anteil am Aufkommen die Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs, insbesondere von Benzin und Diesel. Hier stiegen die Steuereinnahmen im Vorjahrsvergleich um 1,4 %. Das Aufkommen aus der Energiesteuer auf Heizöl stieg ebenfalls um 2,2 %. Diese Einnahmезuwächse wurden jedoch durch den starken Rückgang bei der Energiesteuer auf Erdgas um 22,2% mehr als ausgeglichen. Im Ergebnis ist bei der Energiesteuer ein leichter Rückgang um 0,4% zu verzeichnen.

Die Tabaksteuer verzeichnete im Haushaltsjahr 2015 einen Anstieg der Einnahmen von 2,1% auf 14,9 Mrd. €. Hierbei ist ein Blick auf die unterschiedliche Entwicklung im Jahresverlauf von Interesse. Während sich im 1. Halbjahr 2015 noch ein Rückgang von 4,5% ergab, war im 2. Halbjahr 2015 eine

Steigerung des Tabaksteueraufkommens von 7,0% zu verzeichnen. Als Ursache für diesen Anstieg kann eine Vorproduktion von Tabaksteuererzeugnissen im 2. Halbjahr 2015 angenommen werden. Da aus Verbraucherschutzgründen ab dem Jahr 2016 nur noch Packungsgrößen von mehr als 20 Stück Zigaretten zulässig sind, wurden vermutlich Zigarettenpackungen mit einer Packungsgröße von 19 Stück vorproduziert.

Der Solidaritätszuschlag wies im Haushaltsjahr 2015 ein Einnahmewachstum um 5,9% auf 15,9 Mrd. € auf. Damit folgt er der Entwicklung des überwiegenden Teils seiner Bemessungsgrundlagen – der Lohnsteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Als Zuschlag in Höhe von 5,5 % der festgesetzten Steuer profitierte der Solidaritätszuschlag von der Expansion dieser Steuern.

Das Kraftfahrzeugsteueraufkommen erhöhte sich im Haushaltsjahr 2015 um 3,6% auf 8,8 Mrd. €. Auch bei der Versicherungsteuer gab es 2015 mit 3,1% gegenüber 2014 deutliche Zuwächse im Steueraufkommen auf 12,4 Mrd. €. Die Luftverkehrsteuer legte um 3,3% auf 1,0 Mrd. € zu. Die Stromsteuer schloss mit einem leichten Minus von 0,7% bei 6,6 Mrd. € ab. Bei der Kernbrennstoffsteuer stieg das Aufkommen im Haushaltsjahr 2015 um 0,7 Mrd. € auf 1,4 Mrd. € an. Hier wirkte sich der Rechtsstreit um die Verfassungsmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer aus: Im Mai 2014 wurden rund 2,1 Mrd. € im Rahmen der Aussetzung der Vollziehung von Steuerbescheiden für frühere Jahre an die Unternehmen zurückgezahlt. Der Bundesfinanzhof entschied am 25. November 2014, dass anhängige Rechtsstreitigkeiten keine Aussetzung der Vollziehung rechtfertigen. Daraufhin wurden wiederum im Dezember 2014 circa 1,7 Mrd. € und im Januar 2015 circa 0,4 Mrd. € vom Fiskus vereinnahmt.

Es folgen die Absolutbeträge und Veränderungsraten für die vergleichsweise nur

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM HAUSHALTSJAHR 2015

geringfügig zum Gesamtaufkommen beitragenden Bundessteuern im Haushaltsjahr 2015: Branntweinsteuer (2,1 Mrd. €; + 0,5 %), Schaumweinsteuer (0,4 Mrd. €; + 4,3 %) und Kaffeesteuer (1,0 Mrd. €; + 1,6 %).

Die Ländersteuern steigerten ihr Aufkommen im Haushaltsjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich um 15,9 % auf 20,3 Mrd. €. Wie in den Vorjahren konnte insbesondere die Grunderwerbsteuer um 20,4 % auf aktuell 11,2 Mrd. € zulegen. Hierbei kamen verschiedene Faktoren zum Tragen: Neben der Anhebung von Steuersätzen in den Ländern zeigte sich ein verstärkter Trend zum Immobilienerwerb, welcher wiederum mit einem Anstieg der Immobilienpreise verbunden war. Die Erbschaftsteuer stieg um 15,4 % auf 6,3 Mrd. €; die Rennwett- und Lotteriesteuer um + 2,3 % auf 1,7 Mrd. €, die Feuerschutzsteuer um + 1,0 %

auf 0,4 Mrd. €. Das Biersteueraufkommen verringerte sich um 1,2 % auf 0,7 Mrd. €.

2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Quartalen 2015

Ein Blick auf die Ergebnisse der einzelnen Quartale des Haushaltjahres 2015 zeigt unterjährig zum Teil hohe Steigerungsraten der Einnahmen bei den gemeinschaftlichen Steuern sowie bei den Ländersteuern und den Zöllen. Beim Aufkommen der Bundessteuern zeigen sich starke Abweichungen in den Quartalen. Verursacht wird dies insbesondere durch die Auswirkungen von Gesetzesänderungen und Rechtsprechung, speziell bei Kraftfahrzeugsteuer und Kernbrennstoffsteuer.

Tabelle 2: Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Quartalen 2015

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit in Mio. €	2015			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Gemeinschaftliche Steuern	118 220,5	122 242,0	121 232,3	128 890,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 4,1	+ 5,2	+ 6,4	+ 2,8
Bundessteuern	22 268,5	24 891,8	25 637,2	31 406,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 6,6	+ 8,8	+ 2,8	- 5,1
Ländersteuern	5 207,0	4 838,3	5 028,5	5 265,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 16,2	+ 12,0	+ 14,4	+ 20,7
Zölle	1 227,8	1 182,9	1 408,8	1 339,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 16,6	+ 13,6	+ 13,3	+ 10,4
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	146 923,8	153 155,0	153 306,8	166 901,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 4,9	+ 6,1	+ 6,1	+ 1,7

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Analysen und Berichte

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM HAUSHALTSJAHR 2015

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Im Haushaltjahr 2015 konnten nahezu alle Ebenen bessere Ergebnisse erzielen als im Vorjahr. Basis dieser Entwicklung ist die

Steigerung der gemeinschaftlichen Steuern. Die Verteilung der Steuereinnahmen im Haushaltjahr 2015 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sind in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	Haushaltjahr		Änderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio. €		in Mio. €	in %
	2015	2014		
Bund ¹	281 608	270 746	10 861	4,0
EU	30 938	30 986	- 48	-0,2
Länder ¹	267 939	254 276	13 664	5,4
Gemeinden ²	39 802	37 031	2 771	7,5
Zusammen	620 287	593 039	27 248	4,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Nach Bundesergänzungszuweisungen.

²Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungsteuer und Steuern vom Umsatz.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

Erfolgreiche deutsche G7-Präsidentschaft – ein Rückblick auf die Zusammenarbeit der Finanzminister und Notenbankgouverneure

G7 ist weiterhin ein Kommunikationsforum einer Wertegemeinschaft

- Die G7 hat ihre Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie im Einsatz für ein nachhaltiges werte- und rechtsbasiertes Wirtschaftssystem intensiviert.
- 2014 und 2015 hat die G7 die internationalen Arbeiten im Finanzmarktbereich zum TLAC-Standard („Total Loss Absorbing Capacity“) für global systemrelevante Banken und im Steuerbereich zum automatischen Informationsaustausch sowie zum G20-/OECD-Aktionsplan zu „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS) geprägt und zu einem erfolgreichen Abschluss im Rahmen der G20 beigetragen.
- Einer der Höhepunkte der deutschen Präsidentschaft war das zweitägige Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai 2015 in Dresden. Zentrale Frage dieses Treffens war, wie dauerhaft dynamisches und zugleich nachhaltiges Wachstum der Weltwirtschaft herbeigeführt werden könne. In einem erstmals abgehaltenen Symposium zwischen den G7-Vertretern und führenden Wirtschaftswissenschaftlern wurde hierzu intensiv diskutiert.
- Deutschland wird auch in den kommenden Jahren mit der G20-Präsidentschaft 2017 und der Mitgliedschaft in der G20-Troika 2016 bis 2018 eine Führungsrolle in der internationalen Wirtschaftskooperation innehaben.

1	Die deutsche G7-Präsidentschaft	25
2	Die Zusammenarbeit der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure	26
2.1	Die Zusammenarbeit der G7	26
2.2	Die Entwicklung der G7-Kooperation im Finanzbereich	27
2.3	Die Zusammenarbeit der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure heute	28
3	Ausgewählte Fortschritte in den Jahren 2014 und 2015	28
3.1	Gedankenaustausch zur Lage der Weltwirtschaft	28
3.2	Finanzmarktregulierung	29
3.3	Internationale Steuerkooperation	31
3.4	Aktuelle Einzelthemen	32
4	Ausblick	33

1 Die deutsche G7-Präsidentschaft

Nach eineinhalb Jahren ist die deutsche G7-Präsidentschaft am 31. Dezember 2015 zu

Ende gegangen. Die deutsche Präsidentschaft stand im Zeichen zahlreicher internationaler Herausforderungen wie z. B. der Krise in der Ukraine und den Terroranschlägen in Paris. Auf der Grundlage gemeinsamer Werte wie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

übernimmt die G7 gemeinsam internationale Verantwortung, um das Leben der Menschen weltweit zu verbessern.

Das BMF hat zusammen mit der Bundesbank die Gespräche der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure – des sogenannten Finance Track oder Finanzstrangs – geleitet. Deutschland hat sich besonders für nachhaltiges Wachstum für die Generationen von heute und morgen, gut funktionierende Finanzmärkte und mehr Fairness und internationale Kooperation bei der Besteuerung eingesetzt.

Der Präsidentschaft kommt eine besondere Rolle im G7-Prozess zu, da die G7 ein informelles Forum ohne eigenständige Institutionen ist. Die Präsidentschaft beruft die Treffen und Gespräche ein, legt die Agenda fest und fungiert als Moderator und Mittler in den Gesprächen.

2 Die Zusammenarbeit der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

2.1 Die Zusammenarbeit der G7

Die G7 ist ein informelles Kooperationsforum der großen Weltwirtschaftsnationen Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und den USA. Außerdem ist die Europäische Union (EU) bei allen Treffen vertreten. Mit 10,5 % der Weltbevölkerung hat die G7 einen Anteil von 45 % am globalen Produktionspotenzial und wickelt rund ein Drittel der globalen Ein- und Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen ab. Auch beherbergt die G7 die fünf großen Finanzzentren New York, London, Frankfurt, Paris und Tokio. Nationale Entscheidungen der G7 zu geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen, Finanzmarktregeulierung oder Steuerpolitik und -verwaltung haben somit globale Auswirkungen. Der Wohlstand der G7-Länder wiederum hängt wesentlich von freiheitlichen Wirtschaftsbeziehungen und einem funktionierenden globalen Wirtschafts- und Finanzsystem ab.

Nach Vorarbeit durch die persönlichen G7-Beauftragten („Sherpas“) und Vorbereitung durch die Fachministerien führten die Staats- und Regierungschefs intensive Gespräche beim G7-Gipfel am 7. und 8. Juni 2015 auf Schloss Elmau. Einschätzungen und Vereinbarungen zu aktuellen Fragen der Weltwirtschafts-, Außen-, Gesundheits-, Klima-, Energie-, Umwelt- und Entwicklungspolitik sind in der Abschlusserklärung festgehalten.¹

Auch die Zusammenarbeit der Finanzminister und Notenbankgouverneure brachte wichtige Ergebnisse. Während der deutschen Präsidentschaft vom 1. Juli 2014 bis zum 31. Dezember 2015 fand eine Reihe von Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure unter Einbeziehung der EU-Kommission, der Eurogruppe, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) statt. Die Lage der Weltwirtschaft, Finanzmarktregeulierung, internationale Besteuerung und geopolitische Risikoherde standen im Zentrum der Gespräche. Ein wichtiges Ereignis der deutschen Präsidentschaft war das erfolgreiche zweitägige Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai 2015 in Dresden. In der abschließenden Pressekonferenz informierten Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble² und Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann³ über das Treffen und eine Ergebniszusammenfassung wurde veröffentlicht.⁴ Vorbereitet und ergänzt wurden die G7-Treffen der Finanzminister und -Notenbankgouverneure durch regelmäßige Treffen und Telefonkonferenzen ihrer Stellvertreter, der sogenannten Deputies, also in der Regel der zuständigen Staatssekretäre.

¹ www.bundesfinanzministerium.de/mb/G7-Abschluss

² www.bundesfinanzministerium.de/mb/G7-Pressekonferenz

³ <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/G7-Pk-Weidmann>

⁴ <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/G7-Ergebnisse>

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

2.2 Die Entwicklung der G7-Kooperation im Finanzbereich

Die Ölkrise war 1975 der Anlass für die Gründung⁵ der G7 als Forum internationaler wirtschaftspolitischer Koordinierung durch Bundeskanzler Helmut Schmidt und den französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing unter Beteiligung der Finanz- und Außenminister. 1986 beauftragten die Staats- und Regierungschefs der G7 ihre Finanzminister mit regelmäßigen Konsultationen zur Wirtschaftspolitik der G7 und institutionalisierten Treffen und Arbeiten im Finanzbereich. Wegen der Wechselwirkungen zwischen Fiskal- und Geldpolitik für Stabilität und Wachstum wurden diese Treffen schon frühzeitig meist zusammen mit den Notenbankgouverneuren abgehalten.

Wesentliche Ziele der G7-Kooperation waren und sind stets solides, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum sowie Beschäftigung und makroökonomische Stabilität. Die Zusammenarbeit im G7-Finanzstrang hat sich allerdings im Laufe der Jahre tiefgreifend verändert. Triebkräfte waren u. a. Änderungen in der Weltwirtschaftsordnung wie das Auseinanderfallen des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse, das Heranwachsen der Schwellenländer, die Etablierung neuer multilateraler Foren, insbesondere der G20, und die vertiefte Integration Europas. Die Bewältigung der großen Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahrzehnte gab meist die Anstöße dazu, die internationale Kooperation weiterzuentwickeln, denn jede dieser Krisen zeigte die Mechanismen und Auswirkungen neuer Pfade weltwirtschaftlicher Interdependenzen auf.

1999 gab die G7 den Anstoß zur Gründung der G20.⁶ Nach der Asienkrise und vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der großen Schwellenländer wurde ein neuer und regional repräsentativer Mechanismus für den informellen Dialog zu wesentlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen als erforderlich angesehen. Zusätzlich zu den G7-Ländern umfasst die G20 systemisch relevante Industrie- und Schwellenländer aller Weltregionen sowie die EU. Zur besseren Beobachtung des Finanzsektors wurde 1999 auch das Financial Stability Forum auf Anregung des damaligen Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer gegründet.

Im Jahr 2009, kurz nach dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise, wurde die G20 zum zentralen Forum für internationale wirtschaftliche Kooperation erklärt. Daneben wurden die Institutionen zur Beobachtung und Regulierung des Finanzsektors gestärkt und das Financial Stability Forum in das erweiterte und stärker institutionalisierte Financial Stability Board (FSB) überführt. Der Gouverneur der Bank of England, Mark Carney, ist derzeit Präsident des FSB.

Parallel hierzu vertieften die europäischen Mitglieder der G7 gemeinsam mit den anderen EU-Ländern die europäische Integration, auch in Bezug auf die makroökonomischen Aspekte der Geld- und Fiskalpolitik. Deshalb nehmen jetzt auch die Europäische Kommission, die Eurogruppe und die EZB regelmäßig an den G7-Gesprächen im Finanzstrang teil. Seit dem 1. Januar 1999 sind drei G7-Länder – Deutschland, Frankreich und Italien – mit weiteren EU-Ländern in der Europäischen Währungsunion verbunden. Seither verwenden diese Länder den Euro als Währung, ihre Zentralbanken sind Teil des europäischen Zentralbanksystems und

⁵ <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/G7-Abschluss>

⁶ Die G20 wurde zunächst als Forum der Finanzminister und Notenbankgouverneure gegründet. Der erste Gipfel der G20 Staats- und Regierungschefs fand erst 2008 in Washington D.C. statt.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

die Geldpolitik wird für den gesamten Euro-Währungsraum durch die EZB gesteuert. Zudem wurde in mehreren Schritten – auch auf Drängen Deutschlands – die gegenseitige Überwachung der Fiskalpolitik der EU-Mitgliedsländer intensiviert. Seit 2011 findet sie strukturiert im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters statt.

2.3 Die Zusammenarbeit der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure heute

Heute hat der G7-Finanzstrang im Wesentlichen die Funktion, einen vertrauensvollen Gedankenaustausch der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger zu internationalen Wirtschafts- und Finanzfragen im kleinen Kreis zu ermöglichen und Anstöße für die Weiterentwicklung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems zu geben. Zudem diskutiert die G7 Einzelthemen von besonderem Interesse für ihre Länder.

Die G7:

- tauscht sich zur Lage der Weltwirtschaft aus und versucht, ein gemeinsames Verständnis zu Erklärungsansätzen und Lösungen für aktuelle Entwicklungen zu erzielen. Hierzu diente in Dresden insbesondere das erstmalig durchgeführte Symposium mit namhaften Ökonomen. Die G7 besprach auch erstmals kurz das Thema „Digitalisierung“.
- bespricht Fragen, bei denen bisher noch kein Konsens erzielt wurde. In Dresden und Elmau bekannte sich die G7 u. a. zum Abschluss der G20-Arbeiten zu TLAC für global systemrelevante Banken beziehungsweise zu BEPS noch im Jahr 2015. In beiden Arbeitsbereichen wurden die geplanten Vereinbarungen erzielt.
- gibt Anstöße, neue Problemfelder anzugehen oder Arbeiten zu vertiefen. In Dresden und Elmau betonte die G7 insbesondere die Dringlichkeit, die

Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen. Weiterhin regte die G7 z. B. an, die grenzüberschreitende Kooperation in Steuersachen zu vertiefen, um das Risiko von Doppelbesteuerung zu vermeiden und eine faire Besteuerung zu erreichen.

- verpflichtet sich, Vorreiter bei der Umsetzung vereinbarter Maßnahmen zu sein. So werden die G7-Länder den automatischen Informationsaustausch zu Steuern zügig umsetzen.
- berät sich zu aktuellen Fragen. In den Jahren 2014 und 2015 besprach die G7 u. a. die Lage in Griechenland und der Ukraine.

Nach dem politischen Impuls der G7 finden die umsetzenden Arbeiten meist in weiteren internationalen Kooperationsprozessen statt. Manche Themen werden in die G20 oder internationale Fachforen wie das FSB getragen, andere werden durch die zuständigen internationalen Organisationen wie IWF, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder Weltbank bearbeitet. Die meisten Themen stehen auch auf der Agenda der relevanten EU-Gremien. Die G7 treibt dabei die Umsetzung der G7-Themen in den entsprechenden Fachprozessen voran und lässt sich regelmäßig Bericht erstatten.

3 Ausgewählte Fortschritte in den Jahren 2014 und 2015

3.1 Gedankenaustausch zur Lage der Weltwirtschaft

Auch mehrere Jahre nach der Finanzkrise 2008/09 bleibt das Wachstum der Weltwirtschaft weiterhin hinter den Erwartungen zurück und die G7-Volkswirtschaften schöpfen ihr volles Potenzial nach wie vor nicht aus. Trotz deutlicher Rückgänge über die vergangenen Jahre ist auch die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern noch zu hoch. Die Tatsache,

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

dass die Erwartungen an das globale Wachstum in den vergangenen Jahren zumeist enttäuscht wurden, spricht für systematische Faktoren und nicht nur für Sondereinflüsse. Diese systematischen Faktoren beinhalten u. a. die demografischen Veränderungen und geringes Produktivitätswachstum. Auch ist der private und/oder öffentliche Schuldenstand in vielen Ländern weiterhin hoch. In der Gesamtheit war eine merkliche Abschwächung des Potenzialwachstums zu beobachten.

Deshalb war eine der zentralen Fragen des G7-Treffens in Dresden, wie die Wachstumsmöglichkeiten der Weltwirtschaft einzuschätzen seien und wie eine dauerhaft dynamische Wirtschaft herbeigeführt werden könne. In dem erstmals abgehaltenen Symposium zwischen den G7-Vertretern und führenden Wissenschaftlern (Alberto Alesina, Jaime Caruana, Martin Hellwig, Kenneth Rogoff, Nouriel Roubini, Robert Shiller und Lawrence Summers) wurde diese Frage intensiv diskutiert, wobei jeder der Wissenschaftler die Gelegenheit hatte, seine Beobachtungen und Einschätzungen vorzustellen. Auch wenn sich die Teilnehmer selbstverständlich nicht in allem einig waren, wurde das Symposium von allen als lohnend empfunden und bereicherte die nachfolgende Beratung im G7-Kreis.

Alle betonten in Dresden die große Bedeutung von – auf die einzelnen Länder zugeschnittenen – Strukturreformen für Innovationen, Investitionen und eine anpassungsfähige Wirtschaft als Voraussetzung für dynamisches und nachhaltiges Wachstum. Daneben waren sich die Teilnehmer des G7-Treffens einig, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Nachfragestützung und Strukturreformen herzustellen sei – abhängig von der Lage eines Landes.

Die Bemühungen um ein solides, nachhaltiges und ausgewogenes Wirtschaftswachstum in der G7 und auch in der G20 werden eine Daueraufgabe bleiben. Deutschland wird sich deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass Schuldenabbau und Strukturreformen zur

Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

3.2 Finanzmarktregulierung

Die G7 unterstützt die Umsetzung weiterer Finanzmarktreformen zur Erhöhung der Stabilität des internationalen Finanzsystems. Seit der Finanzkrise 2008/09 sind die Regulierung und Aufsicht gestärkt worden, um hohen Verlustrisiken vorzubeugen, Finanzinstitute im Verlustfall widerstandsfähiger zu machen und die Mechanismen für den Fall einer notwendigen Abwicklung zu verbessern. Die erzielten Fortschritte und offenen Themen können den Berichten des FSB an die G20-Staats- und -Regierungschefs entnommen werden. Im Jahr 2015 war es insbesondere wichtig, internationale Vereinbarungen zur Regulierung der global systemrelevanten Banken abzuschließen und weitere Fortschritte in der Überwachung der sogenannten Schattenbanken zu machen. Neben der Sicherung der Finanzmarktstabilität und funktionierender Märkte stellt sich der G7 die wichtige Aufgabe, die Nutzung des Finanzsystems zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten zu erschweren und möglichst zu verhindern.

Verabschiedung des TLAC-Standards

Im Mittelpunkt der Befassungen in der G7, der G20 und im FSB stand nochmals die „Too-big-to-fail“-Problematik. Ziel war es, Steuerzahler vor Verlusten zu schützen, die im Falle einer Zahlungsunfähigkeit von global systemrelevanten Finanzinstitutionen entstehen könnten. Dazu war die Einigung auf einen gemeinsamen internationalen Standard, die TLAC, in Bezug auf die Verlust-absorptionsfähigkeit global systemrelevanter Banken notwendig.

In Dresden und Elmau bekräftigte die G7 das Ziel, noch im Jahr 2015 eine Vereinbarung zu TLAC herbeizuführen. Da mehr als zwei Drittel der vom FSB als global

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

systemrelevant eingestuften Banken in G7-Ländern ihr Hauptquartier haben, war diese Selbstverpflichtung ein wesentlicher Ansporn, die Fachgespräche im FSB zum Abschluss zu bringen. Und tatsächlich wurde die Vereinbarung zum TLAC-Standard im November 2015 beim G20-Gipfel in Antalya von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet.

Aufsicht und Regulierung der Schattenbanken

Unter deutscher Präsidentschaft bekraftigte die G7 ihren Einsatz für die rechtzeitige und umfassende Umsetzung des vereinbarten G20-Fahrplans zur Regulierung des Schattenbankwesens. Da der Schattenbankensektor sich dynamisch entwickelt und auch durch die neuen Regulierungen im Banken- und Versicherungssektor beeinflusst wird, will die G7 ferner mögliche systemische Risiken, die sich ergeben könnten, genau beobachten und angehen. Gleichzeitig will die G7 sicherstellen, dass marktbaserte Finanzierungsformen ihre Rolle bei der Stärkung der Realwirtschaft erfüllen können.

Der Begriff Schattenbankensektor ist ein Sammelbegriff für eine Vielzahl unterschiedlicher Finanzinstitutionen und -aktivitäten unter Beteiligung von Akteuren außerhalb des Bankensektors. Hierzu zählen z. B. Akteure wie Geldmarktfonds, Factoring-Gesellschaften oder Leasing-Unternehmen, aber auch Aktivitäten wie Verbriefungen und Finanzierungen über Wertpapierpensionsgeschäfte (Repurchase Agreements – Repos). Es geht in der Regel um wertpapier- oder marktbaserte Finanzierungen, die wichtige alternative Finanzierungsoptionen für die Realwirtschaft sind. Aufsicht und Regulierung des Schattenbankensektors sind vor dem Hintergrund der Risiken für die Finanzstabilität, die von diesem Sektor ausgehen können, seit dem G20-Gipfel in London 2009 Teil der G20-Agenda. Zur Fokussierung der Arbeiten wurde 2013 in Sankt Petersburg, auch auf deutsches Betreiben hin, ein G20-Fahrplan zum Schattenbankwesen vereinbart.

Im November 2015 hat das FSB zwei Berichte vorgelegt: den fünften Überwachungsbericht zum Schattenbankensystem und seinen Bericht an die G20-Staats- und -Regierungschefs zu Fortschritten bei der Transformation des Schattenbankensystems in widerstandsfähige marktbaserte Finanzierung. Die nächsten Schritte und Fachdiskussionen sind im FSB-Bericht dargelegt. Die G20-Staats- und -Regierungschefs haben sich dazu bekannt, die Aufsicht und Regulierung des Schattenbankwesens voranzutreiben. Der aktuelle G20-Vorsitz China hat ebenfalls angekündigt, die G20-Befassung mit diesen Fragen fortzuführen. Dazu sind auch weitere Arbeiten des FSB und anderer internationaler Organisationen wie der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO) und des Baseler Ausschusses zur Bankenaufsicht von Bedeutung.

Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung

Die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung ist insbesondere seit den Anschlägen von Paris eine hohe Priorität der G7. In Dresden und Elmau vereinbarte die G7, ihr abgestimmtes Vorgehen zu stärken. Arbeitsbereiche sind insbesondere verstärkte Kooperation und Vereinfachungen beim Informationsaustausch und Einfrieren von Vermögenswerten, Transparenz aller Zahlungsströme und angemessene Regulierung virtueller Währungen und anderer neuer Zahlungsmethoden.

Eine wichtige Rolle bei den technischen Arbeiten nimmt die Financial Action Task Force (FATF) ein. Die FATF wurde 1989 von der G7 gegründet, ursprünglich mit der Aufgabe, Geldwäsche zu bekämpfen. Im Jahr 2001 wurde das Mandat um die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung erweitert. Die FATF setzt Standards und fördert die Umsetzung rechtlicher, regulatorischer und praktischer Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Der FATF und dem Netzwerk an FATF-ähnlichen regionalen Körperschaften gehören heute insgesamt

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

194 Länder und Gebiete an, einschließlich aller G20-Länder.

Beim G20-Gipfel in Antalya im November 2015 hat sich auch die G20 zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung bekannt. Die FATF hatte bereits zum G20-Gipfel eine schnelle Bestandsaufnahme zur Umsetzung von Maßnahmen gegen Terrorismusfinanzierung in ihren 194 Ländern und Gebieten vorgelegt. Die G20-Staats- und -Regierungschefs forderten die FATF auf, bis zum ersten Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure im Februar 2016 zu berichten, welche Schritte die Länder unternehmen werden, um Schwachstellen bei der Unterbindung von Terrorismusfinanzierung zu eliminieren. Die FATF wurde auch aufgefordert, neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung zu identifizieren.

3.3 Internationale Steuerkooperation

Die G7 setzt sich für ein gerechtes und modernes internationales Steuersystem ein. Die internationale Kooperation hierzu soll auch in Zukunft weiter verstärkt werden. In den Jahren 2014 und 2015 wurden wichtige Vereinbarungen zum automatischen Informationsaustausch zu Finanzkonten, zur Bekämpfung der Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerungen (BEPS) und zum Informationsaustausch zu grenzüberschreitenden Vorabzusagen, sogenannten Tax-Rulings, abgeschlossen. Die Umsetzung dieser Vereinbarungen wird jetzt zügig angegangen. Zudem gab die G7 schon den ersten Anstoß dazu, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu Steuerfragen weiter zu vertiefen.

Automatischer Informationsaustausch zu Finanzkonten

Ein wesentlicher Schritt im Kampf gegen Steuerhinterziehung wurde bereits im Oktober 2014 gemacht: Im Anschluss an die 7. Jahrestagung des Globalen Forums für Transparenz und Informationsaustausch

für Besteuerungszwecke (Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes), die in Berlin stattgefunden hatte, haben 51 Länder und Jurisdiktionen eine multilaterale Vereinbarung über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen unterzeichnet.⁷ Die teilnehmenden Länder verpflichten sich, den von der OECD entwickelten neuen Standard zum automatischen steuerlichen Austausch von Informationen zu Finanzkonten umzusetzen. Somit wird es für die Finanzbehörden künftig deutlich einfacher, steuerrelevante Informationen aus dem Ausland zu erhalten, die für eine gleichmäßige Besteuerung bedeutsam sind.

In Dresden und Elmau betonte die G7 die Bedeutung einer zeitnahen Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs und forderte auch alle Finanzzentren zur Teilnahme auf. In der Zwischenzeit deckt die „Multilateral Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters“ 84 Länder und Gebiete ab. Insgesamt haben sich 93 Jurisdiktionen zur Umsetzung des OECD-Standards zum automatischen Informationsaustausch verpflichtet, einschließlich aller G20- und OECD-Länder. Die ersten Länder werden den automatischen Informationsaustausch im Jahr 2017 beginnen, die meisten anderen Länder im Jahr 2018.

BEPS-Aktionsplan

Schwächen in den Steuersystemen boten internationalen Unternehmen die Möglichkeit, Gewinne in Länder mit niedrigen Steuern zu verlagern und insgesamt Steuern zu verkürzen. Zur Bekämpfung dieser unerwünschten Steuergestaltung bekraftigte die G7 in Dresden und Elmau ihre Zusage, bis zum Jahresende 2015 konkrete und umsetzbare Empfehlungen für den G20-/OECD-Aktionsplan zur Bekämpfung der Aushöhlung von Steuerbemessungs-

⁷ <http://www.bundesfinanzministerium.de/mb/gf-Steuerhinterziehung>

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

grundlagen und Gewinnverlagerungen (BEPS) auszuarbeiten. 2012 waren die Arbeiten zu BEPS in der G20 und der OECD angelaufen und im Jahr 2013 verständigte man sich auf 15 spezifische Aktionspunkte, den BEPS-Aktionsplan. So wurden die Empfehlungen zum BEPS-Aktionsplan wie vorgesehen bis Herbst 2015 vorgelegt und beim G20-Treffen der Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Lima und dem G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Antalya gebilligt.

Die G7 betonte auch die Notwendigkeit, die BEPS-Empfehlungen wirksam umzusetzen, und sie ermunterte die G20 und die OECD, zu diesem Zweck einen fokussierten Überwachungsprozess zu etablieren. Im November 2015 haben dann die G20-Staats- und -Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen in Antalya die Einrichtung eines solchen Prozesses beschlossen und die OECD beauftragt, bis Anfang 2016 einen Vorschlag hierzu zu entwickeln. Interessierte Nicht-G20-Länder, die sich zur Umsetzung der BEPS-Empfehlungen verpflichten, einschließlich der Entwicklungsländer, sollen ebenfalls gleichberechtigt teilnehmen können.

Informationsaustausch zu steuerlichen Vorabzusagen („Tax-Rulings“)

Ein zentrales Element in BEPS ist der automatische Austausch von Informationen über grenzüberschreitende Vorabzusagen („Tax-Rulings“). Dieser Informationsaustausch erhöht die Transparenz der Steuersysteme und setzt damit dem Umfang solcher Entscheidungen und dem internationalen Steuerwettbewerb Grenzen. Die G7 bekannte sich dazu, den automatischen Austausch von Informationen über grenzüberschreitende Vorabzusagen intensiv fördern zu wollen. Auch die G20 hob die Bedeutung der Umsetzung der entsprechenden Empfehlung im BEPS-Aktionsplan hervor.

In Europa haben die EU-Finanzminister am 8. Dezember 2015 eine Einigung auf einen

Vorschlag zur Änderung der EU-Richtlinie erzielt, die einen verpflichtenden automatischen Informationsaustausch über Vorabzusagen durch die Mitgliedstaaten ab dem Jahr 2017 vorsieht. Ziel der EU ist es nun, diese Transparenz auch im Verhältnis zu Drittstaaten herzustellen.

Weitere Intensivierung der internationalen Kooperation zu Steuern

Darüber hinaus will sich die G7 bemühen, die bestehenden internationalen Informationsnetzwerke und die bestehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Steuerfragen zu verbessern. In Dresden diskutierten die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure das erste Mal mögliche Schwerpunkte für eine solche Post-BEPS-Agenda.

Ein wichtiger Aspekt ist die Schaffung eines besseren Mechanismus zur Lösung von Konflikten zwischen nationalen Steuerverwaltungen, damit das Risiko der Doppelbesteuerung nicht zu einem Handels- und Investitionshindernis wird. Die G7 bekannte sich dazu, ein obligatorisches, verbindliches Schiedsverfahren einzuführen zu wollen, und unterstützt hier besonders die laufenden Arbeiten im BEPS-Projekt.

3.4 Aktuelle Einzelthemen

Ukraine

Die G7 hat wiederholt ihre Unterstützung für den Reformprozess in der Ukraine bekräftigt, so z. B. in der Erklärung der G7-Staats- und -Regierungschefs vom 13. Februar 2015⁸, im Statement der G7-Finanzminister vom 4. März 2015⁹ und in der Abschlusserklärung

⁸ <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2015/02/2015-02-13-g7-ukraine.html>

⁹ <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2015/03/2015-03-04-PM10.html>

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

des G7-Gipfels von Elmau¹⁰. Im März 2015 verabschiedete das IWF-Exekutivdirektorium mit Unterstützung der G7 ein neues vierjähriges Programm unter der „Extended-Fund Facility“, welches das Finanzpaket ausweitete und der Ukraine auch mittelfristig finanzielle Unterstützung zusichert. Die erste Überprüfung des Programms wurde im Juli 2015 abgeschlossen. Seither hat die Ukraine mit privaten Gläubigern eine Umschuldung vereinbart und somit wesentliche Voraussetzungen für Schuldentragfähigkeit und makroökonomische Stabilität geschaffen. Die G7 wird die Ukraine weiterhin umsichtig unterstützen, um den dortigen wirtschaftlichen Reformprozess voranzubringen.

Griechenland

Die G7 tauschte sich auch über die Entwicklungen in Griechenland aus. Da Griechenland Mitglied der EU und des Euroraums sowie des IWF ist, finden die Gespräche zur Unterstützung Griechenlands in den europäischen Gremien beziehungsweise im IWF-Exekutivdirektorium statt, wo auch die relevanten internationalen Beschlüsse gefasst werden. Aber da die Entwicklungen in Griechenland sich auf den Euroraum und damit auf das gesamte globale Finanzsystem hätten auswirken können, waren insbesondere die nicht-europäischen G7-Partner an einem wiederkehrenden Gedankenaustausch interessiert.

Finanzierung der Tschernobyl-Schutzhülle

Die G7 setzt sich für ein hohes Maß an nuklearer Sicherheit ein und verpflichtete sich im Jahr 2015 insbesondere zur Fertigstellung der neuen Schutzhülle für den havarierten Tschernobyl-Reaktor. Die Finanzierung dieser Schutzhülle konnte im Rahmen einer außerordentlichen Geberkonferenz am 29. April 2015

unter deutscher Präsidentschaft sichergestellt werden. Die G7-Staaten und die EU haben gemeinsam 165 Mio. € bereitgestellt. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) hat 350 Mio. € übernommen sowie eine Ausfallgarantie über 100 Mio. €, falls dieser Betrag nicht – oder nicht in voller Höhe – von Drittstaaten eingeworben werden kann.

Überprüfung des Sonderziehungsrechte-Korbs

Die G7 begleitete auch die Diskussion im IWF-Exekutivdirektorium zur Zusammensetzung des Währungskorbs der Sonderziehungsrechte (SZR). Im Jahr 2015 stand die turnusmäßige Überprüfung der Korbzusammensetzung an. Der Währungskorb bestand bislang aus dem US-Dollar, dem Euro, dem Britischen Pfund und dem Japanischen Yen und damit aus den Währungen der G7-Länder mit Ausnahme Kanadas. Schon bei der vorherigen Überprüfung des Währungskorbs im Jahr 2011 hatte sich abgezeichnet, dass der chinesische Renminbi der nächste Kandidat für eine Aufnahme in den Korb geworden war. Die G7 bekannte sich frühzeitig dazu, dass der SZR-Korb weiterhin die Rolle der Währungen im Welthandel und den globalen Finanzsystemen widerspiegeln und die Entscheidung über einen Beitritt des Renminbi auf der Grundlage der bestehenden Kriterien getroffen werden soll. Im November 2015 entschied das IWF-Exekutivdirektorium – mit den Stimmen der G7-Vertreter –, dass der Renminbi die Kriterien erfüllt und somit zum 1. Oktober 2016 in den SZR-Korb aufgenommen wird.

4 Ausblick

Auch in Zukunft wird sich die G7 neuen Herausforderungen gemeinschaftlich stellen müssen. Im Verlauf der deutschen G7-Präsidentschaft ist z. B. die Zahl der Flüchtlinge nach Europa stark angestiegen, und die Weltwirtschaft muss u. a. die Anpassungsprozesse der

¹⁰ https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/G8_G20/2015-06-08-g7-abschluss-deu.pdf?__blob=publicationFile&v=4

█ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ERFOLGREICHE DEUTSCHE G7-PRÄSIDENTSCHAFT – EIN RÜCKBLICK

chinesischen Volkswirtschaft sowie die Effekte sehr niedriger Rohstoffpreise absorbieren.

2016 wird das Jahr der asiatischen Präsidentschaften sein: Japan hat die G7-Präsidentschaft für 2016 übernommen und China die G20-Präsidentschaft. Deutschland unterhält gute Beziehungen mit beiden Ländern und blickt einer positiven und konstruktiven Zusammenarbeit erwartungsvoll entgegen.

Überdies wird Deutschland auch in den nächsten Jahren eine führende Rolle in den G7-/G20-Prozessen spielen. Im Jahr 2017 wird Deutschland die G20-Präsidentschaft übernehmen. Damit wird Deutschland zwischen 2016 und 2018 der G20-Troika angehören, die aus der vorangehenden, laufenden und zukünftigen G20-Präsidentschaft besteht. Das BMF freut sich auf diese neue internationale Aufgabe.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT: FORTSCHRITTE UNTER SCHWIERIGEN RAHMENBEDINGUNGEN

Die Deauville-Partnerschaft: Fortschritte unter schwierigen Rahmenbedingungen

- Ende Mai 2011 wurde die Deauville-Partnerschaft ins Leben gerufen. Ziel ist es, den Wandel – insbesondere den Demokratisierungsprozess und die wirtschaftliche Entwicklung – in den Ländern im nordafrikanisch-arabischen Raum zu unterstützen.
- Angesichts der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage in der Region ist die Deauville-Partnerschaft eine wichtige Initiative zur Aufrechterhaltung des Momentum angestoßener Transformation.
- Im Rahmen der G7-Präsidentschaft hatte Deutschland den Vorsitz der Deauville-Partnerschaft in den vergangenen eineinhalb Jahren inne. Ziel war es, langfristig orientierte Unterstützung für Reformen und Wachstum zu mobilisieren.
- Ein Schwerpunkt war der Zugang zu Finanzdienstleistungen (Financial Inclusion). Dazu wurde im April 2015 ein Aktionsplan erarbeitet, der einen ersten koordinierten Ansatz in der Region darstellt, um Finanzierungsbedingungen für Unternehmen zu verbessern und Privatpersonen den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu erleichtern.

1	Einleitung	35
2	Deauville-Partnerschaft	35
3	Herausforderungen der Region	36
4	Schwerpunkte unter deutschem Vorsitz	38
5	Ausblick	39

1 Einleitung

Vor mehr als fünf Jahren zündete sich der arbeitslose Hochschulabsolvent Mohamed Bouazizi in Tunesien aus Protest gegen die korrupten Behörden und aus Mangel an Lebensperspektiven selbst an. Der 17. Dezember 2010 war Auslöser von Unruhen und Umwälzungen im nordafrikanisch-arabischen Raum (MENA-Region)¹. Die landesweiten Proteste und Demonstrationen weiteten sich rasch auf weitere Länder aus, darunter Ägypten, Marokko, Jordanien und Libyen, und wurden von den Medien als Arabischer Frühling benannt. Auch die internationale Staatengemeinschaft reagierte: Unter französischer G8-Präsidentschaft (heute G7) wurde im Mai 2011 die Deauville-Part-

nerschaft ins Leben gerufen. Die Staats- und Regierungschefs haben auf den folgenden Gipfeln in Camp David (2012), Lough Erne (2013), Brüssel (2014) und zuletzt in Elmau (2015) ihr Engagement für die Menschen in der MENA-Region bestätigt und das Bekenntnis erneuert, den Wandel in der Region, insbesondere den Demokratisierungsprozess und die wirtschaftliche Entwicklung, aktiv zu begleiten und zu unterstützen. Mit der G7-Präsidentschaft hat Deutschland auch den Vorsitz für die Deauville-Partnerschaft übernommen.

2 Deauville-Partnerschaft

Ziel der Deauville-Partnerschaft ist es, die arabischen Transformationsländer Tunesien, Ägypten, Marokko, Jordanien, Libyen und Jemen auf ihrem Weg zu Stabilität und

¹ Middle East & North Africa.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT: FORTSCHRITTE UNTER SCHWIERIGEN RAHMENBEDINGUNGEN

Abbildung 1: MENA-Region; insbesondere sechs Transformationsländer



Quelle: heimbüchel pr

Reformen zu unterstützen und internationale politische und finanzielle Hilfe besser zu koordinieren. Die Partnerschaft ist ein Forum, das die langfristige Perspektive der Transformation vor allem durch Strukturreformen in den Vordergrund stellt. Die Deauville-Partnerschaft ist in ihrer Zusammensetzung eine einmalige Plattform. Dazu gehören neben den Transformationsländern und den G7-Staaten wichtige regionale Partner wie die Golfstaaten (Saudi-Arabien, Katar, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate) und die Türkei. Eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit internationalen Institutionen hat sich bewährt. Neben dem Internationalen Währungsfonds (IWF) sind mehrere multilaterale Entwicklungsbanken (Weltbank, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Europäische Investitionsbank, Islamische Entwicklungsbank, Afrikanische Entwicklungsbank) sowie zwei regionale arabische Fonds (Arab Monetary Fund, OPEC Fund for International Development) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in der Deauville-Partnerschaft aktiv.

Die Deauville-Partnerschaft wird von den Außen- und Finanzministern der Mitglied-

staaten gemeinsam begleitet. Die Partnerschaft besteht also auf zwei Ebenen: einerseits auf der politischen und andererseits auf der wirtschaftlichen Ebene.

3 Herausforderungen der Region

Der Beginn der Umwälzungen im nordafrikanisch-arabischen Raum liegt über fünf Jahre zurück. Nach anfänglichen Hoffnungen ist inzwischen Ernüchterung eingetreten. Konflikte und Terror innerhalb der Region (Irak, Syrien, Libyen und Jemen) haben zu Rückschritten geführt. Die aktuelle Flüchtlings-situation stellt insbesondere Jordanien vor große Herausforderungen, da inzwischen ein hoher Anteil der jordanischen Bevölkerung aus Flüchtlingen besteht – laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) circa 12 %. Es wird deutlich erkennbar, wie wichtig es ist, dass Staaten handlungsfähig sind und auf unerwartete Herausforderungen auch kurzfristig angemessen reagieren können. Strukturreformen und bessere Perspektiven für die Menschen in der Region sind dafür eine unerlässliche Voraussetzung.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT: FORTSCHRITTE UNTER SCHWIERIGEN RAHMENBEDINGUNGEN

Tabelle 1: Indikatoren der sechs Transformationsländer für das Jahr 2015

	Reales BIP-Wachstum (in %)	Haushaltssaldo (in % des BIP)	Bruttostaatverschuldung (in % des BIP)	Arbeitslosenquote (in %)	Jugendarbeitslosenquote (in %)
Ägypten	4,2	- 11,7	90,0	13,1	41,9
Jordanien	2,9	- 3,0	90,0	12,2	28,6
Libyen	- 6,1	- 79,1	50,5	19,2	49,6
Marokko	4,9	- 4,3	63,9	9,0	20,5
Tunesien	1,0	- 5,7	54,0	15,0	32,1
Jemen	- 28,1	- 8,5	67,0	17,2	29,7

Quelle: IWF World Economic Outlook (Stand: Oktober 2015)/International Labour Organization (ILO) "Employment and Social Outlook – Trends 2015".

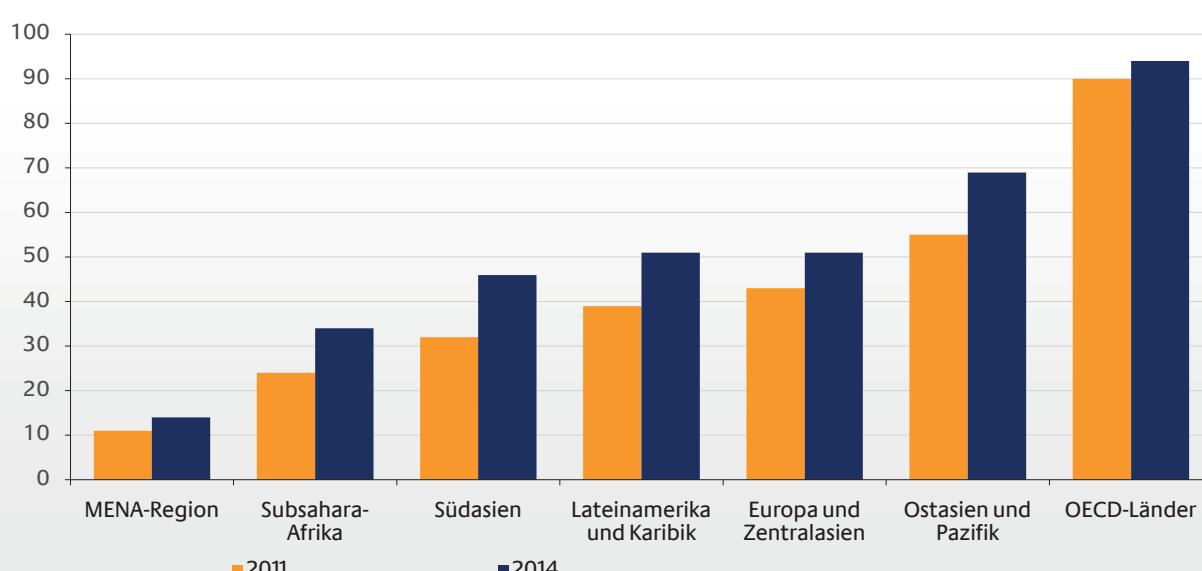
Trotz schwieriger Umstände haben einige Partnerstaaten in den vergangenen Jahren Erfolge in der makroökonomischen Stabilisierung und bei Strukturreformen vorzuweisen. Jedoch werden Reformen insgesamt zu zögerlich umgesetzt, um die Basis für inklusives, d. h. die ganze Bevölkerung erreichendes, Wachstum zu legen und der größten ökonomischen Herausforderung der Region wirksam zu begegnen: der hohen Arbeitslosigkeit.

Insbesondere unter Frauen und Jugendlichen ist die Arbeitslosenquote eine der höchsten

weltweit. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit trägt zur Perspektivlosigkeit der Heranwachsenden bei. Die dadurch entstehende wirtschaftliche Unsicherheit hat auch zur Folge, dass der gesellschaftliche Fortschritt ins Stocken gerät und das Risiko erhöht wird, das von radikalen Strömungen und religiösen Fundamentalisten ausgeht.

Gleichzeitig ist auch der Zugang zu Finanzdienstleistungen weltweit am geringsten. Dieser ist lediglich mit Subsahara-Afrika vergleichbar. Sowohl kleinen und mittleren

Abbildung 2: Zugang zu einem Bankkonto in % der Bevölkerung über 15 Jahre



Quelle: Weltbank, Financial Inclusion Data/Global Findex.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT: FORTSCHRITTE UNTER SCHWIERIGEN RAHMENBEDINGUNGEN

Unternehmen (KMU) wie auch breiten Bevölkerungsgruppen mangelt es an einem Zugang zu Krediten sowie der Möglichkeit, Guthaben anzusparen und sichere sowie preiswerte Geldtransfers zu veranlassen. Der Zugang zu diesen Dienstleistungen spielt eine wichtige Rolle, um wirtschaftliche Entwicklung und inklusives Wachstum zu fördern. Wachstum wiederum schafft Arbeitsplätze, belebt den Handel und verbessert die Lebensverhältnisse der Bevölkerung in der Region.

4 Schwerpunkte unter deutschem Vorsitz

Um den Zugang zu Finanzdienstleistungen und die hohe Arbeitslosigkeit anzugehen, wurden die Themen Zugang zu Finanzdienstleistungen (Financial Inclusion) und Förderung von Beschäftigung (Promoting Job Creation) Schwerpunkte des deutschen Vorsitzes. Hierzu fanden im April und im September 2015 Konferenzen in Berlin statt.

Im April 2015 wurde im Rahmen der hochrangigen Konferenz unter dem Titel „Financial Inclusion for Social Inclusion and Stability“ im BMF mit mehr als 100 Vertretern von Zentralbanken, Finanzministerien, der Privatwirtschaft sowie internationalen Finanzinstitutionen ein Aktionsplan² erarbeitet, der einen ersten koordinierten Ansatz in der Region darstellt. Auf mehreren Panels wurden die Themen Finanzierung der KMU, Konsumentenschutz und Digitale Technologien diskutiert. Die Diskussionsteilnehmer betonten die Bedeutung des regionalen Aktionsplans über die G7 hinaus, insbesondere in Verbindung mit der G20-Arbeitsgruppe „Global Partnership for Financial Inclusion“ (GPFI). Das Ziel der GPFI

ist es, einen G20-Aktionsplan für finanzielle Inklusion unter Einbindung wichtiger Akteure – insbesondere Öffentlicher Sektor, Privatsektor, Nichtregierungsorganisationen und internationale Standardsetzer – umzusetzen.

Bei der Konferenz „Promoting Job Creation“ im September 2015 in Berlin tauschten mehr als 120 Teilnehmer Erfahrungen und innovative Ideen aus, um neben der Anzahl der Arbeitsplätze auch die Qualität der Beschäftigung zu erhöhen. Eine Allianz aus verschiedenen Akteuren – insbesondere Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft – die während der Konferenz zusammengebracht wurden, soll Initiativen vorantreiben und das beschäftigungsschaffende Potenzial des Privatsektors fördern. Die Deauville-Partnerschaft bietet das Forum dazu. Anknüpfungspunkte gibt es auch hier auf G20-Ebene. Die 2014 gegründete G20 „Employment Working Group“ nahm im Jahr 2015 ihre Arbeit auf. Sie erarbeitet Politikempfehlungen, die den Beitrag der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zu wirtschaftlichem Wachstum stärken sollen, um das gemeinsame G20-Wachstumsziel von zusätzlichen 2 % des G20-Bruttoinlandsprodukts bis 2018 zu erreichen (Brisbane 2014). Wichtiges Thema ist die Verbesserung der Erwerbstätigkeit von Frauen und jungen Menschen.

Die beteiligten internationalen Institutionen haben sich bereit erklärt, die Initiativen des deutschen Vorsitzes mit Projekten zu unterstützen. Unter anderem beteiligt sich die Islamische Entwicklungsbank mit dem Microfinance Support Program und dem Youth Employment Support Program. OECD, Arab Monetary Fund und Weltbank helfen gemeinsam mit einem Projekt zur Financial Education; die Weltbank bringt zusätzlich eine Studie zu Digital Finance in Tunesien ein. Weitere Unterstützung erfolgt in Form von technischer Hilfe beziehungsweise Beratung. Es konnten im Laufe des deutschen Vorsitzes zusätzliche Beiträge für einen Hilfsfonds

² Link zum Bericht der Konferenz und dem Aktionsplan: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/EN/Standardartikel/Topics/International_affairs/G7/2015-05-06-g7-deauville-partnership-high-level-conference.html

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

DIE DEAUVILLE-PARTNERSCHAFT: FORTSCHRITTE UNTER SCHWIERIGEN RAHMENBEDINGUNGEN

(Transition Fund) mobilisiert werden. Zudem hat Deutschland seine Bereitschaft signalisiert, die Reformen in der Region über technische Hilfe des IWF finanziell zu unterstützen.

Die Deauville-Partnerschaft ist eine Plattform für effiziente Geberkoordinierung, die zusätzlich den Erfahrungsaustausch der Beteiligten und internationale Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht.

5 Ausblick

Die Deauville-Partnerschaft ist und bleibt – trotz der zum Teil schwierigen Lage in einigen Transformationsländern – ein sinnvolles und effektives Forum für den politischen Austausch und die angestrebte wirtschaftliche Stabilisierung. Dank der Deauville-Partner

ist es während des deutschen Vorsitzes gelungen, substanzelle Ergebnisse in den wichtigen Bereichen „Zugang zu Finanzdienstleistungen“ und „Förderung von Beschäftigung“ zu erreichen. Als Reaktion auf die sich verändernden Rahmenbedingungen und die gemachten Erfahrungen im Hinblick auf das Zusammenspiel von politischen und wirtschaftlichen Reformen wurden im Austausch mit den Deauville-Partnern während des deutschen Vorsitzes prozedurale Änderungen angestoßen. Um den Prozess der Deauville-Partnerschaft noch effektiver zu gestalten, wurde ein Verschmelzen des politischen und wirtschaftlichen Stranges initiiert. Japan als neuer Vorsitz hat bereits angekündigt, diesen neuen Ansatz im Jahr 2016 umzusetzen.

Das nächste Treffen der Deauville-Partnerschaft findet unter japanischer Präsidentschaft am 2. März 2016 in Tokio statt.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds in guter Verfassung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2015 wie erwartet um real +1,7% angestiegen.
- Hauptmotor der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung 2015 war die Inlandsnachfrage. Der Arbeitsmarkt hat sich ausgesprochen positiv entwickelt. Der Verbraucherpreisindex zeigte im Jahresdurchschnitt 2015 ein hohes Maß an Stabilität. Die jüngsten Konjunkturindikatoren zeigen allerdings eine Schwäche der Produktionstätigkeit der Industrie an.
- Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion für das Jahr 2016 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes um 1,7%.

Binnennachfrage Hauptmotor der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung 2015

Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz eines schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds in einer guten Verfassung. Das preisbereinigte BIP ist nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2015 um real 1,7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Im Jahr 2014 hatte das Wirtschaftswachstum noch 1,6% betragen. Diese Ergebnisse entsprechen insgesamt den Erwartungen der Herbstprojektion der Bundesregierung.

Im 1. bis 3. Quartal 2015 war die Wirtschaft moderat mit in etwa gleichförmiger Dynamik gewachsen (+ 0,3% im 3. Quartal nach + 0,3% und + 0,4% im 1. und 2. Quartal). Die aktuellen Konjunkturindikatoren deuten darauf hin, dass das BIP im Schlussquartal 2015 nur wenig angestiegen ist. Dazu trug insbesondere die schwache Produktionstätigkeit der Industrie bei, während die Dienstleistungsbereiche weiterhin positive Wachstumsbeiträge leisteten. Weiter in die Zukunft reichende Indikatoren wie steigende Auftragseingänge zeigen jedoch eine baldige Erholung an. Zahlen für das 4. Quartal 2015 werden am 12. Februar bekanntgegeben.

Hauptmotor der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung im Jahr 2015 war die Inlandsnachfrage, die von der anhaltenden Einkommens- und Beschäftigungsexpansion profitierte. Positive Impulse kamen zudem vom Ölpreisrückgang, der zu Kostenentlastungen bei den Unternehmen und zusätzlichen Kaufkraftsteigerungen bei den privaten Haushalten geführt hat. Die inländische Verwendung trug mit 1,5 Prozentpunkten zum Anstieg des BIP bei. Private Konsumausgaben wurden deutlich ausgeweitet (preisbereinigt um + 1,9% gegenüber dem Vorjahr). Der Staatskonsum nahm ebenfalls kräftig zu (preisbereinigt + 2,8%). Ausrüstungsinvestitionen stiegen merklich an (+ 3,6%). Die Bauinvestitionen stagnierten dagegen nahezu (+ 0,2%).

Trotz günstiger Fremd- und Innenfinanzierungsmöglichkeiten entwickelten sich die Investitionen nach einem starken Jahreinstieg insgesamt wenig dynamisch. Offensichtlich trugen hierzu Verunsicherungen vor dem Hintergrund geopolitischer Risiken sowie die weltwirtschaftliche Abschwächung bei, insbesondere die Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern. Zukünftig dürften sich die internationalen Absatzperspektiven verbessern und die Investitionstätigkeit begünstigen. Die Nettoexporte trugen

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

leicht positiv zum Wirtschaftswachstum bei (+ 0,2 Prozentpunkte). Detaillierte Ergebnisse zu den Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 2015 werden am 23. Februar 2016 vom Statistischen Bundesamt bekannt gegeben.

Der Arbeitsmarkt hat sich 2015 ausgesprochen positiv entwickelt. Im Jahresdurchschnitt waren 2,80 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote fiel um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 %. Die Erwerbstätigkeit stieg auf 43,03 Millionen Personen. Angesichts der hohen ArbeitskräfteNachfrage und des robusten Wirtschaftswachstums dürfte sich der Arbeitsmarkt auch im Jahr 2016 günstig entwickeln.

Steigende Beschäftigung und Löhne sowie expandierende Gewinne begünstigten auch die Entwicklung des Steueraufkommens im Jahr 2015. Insbesondere die Einnahmen aus den Ertragsteuern, der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz erhöhten sich deutlich. Im Haushaltsjahr 2015 stieg das Lohnsteuaufkommen um 6,5 % gegenüber dem Jahr 2014. Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz lag 3,4 % über dem Vorjahresniveau. Das Nettoaufkommen der nicht veranlagten Steuern aus dem Ertrag erhöhte sich um 3,0 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2014.

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2016, der am 27. Januar im Bundeskabinett beschlossen wurde, veröffentlicht die Bundesregierung ihre Jahresprojektion für 2016. Es wird darin von einem Anstieg des BIP um 1,7 % ausgegangen. Im Vergleich zur Herbstprojektion entspricht dies einer marginalen Abwärtskorrektur (Herbstprojektion: +1,8 %). Das Konjunkturbild, das der Jahresprojektion zugrunde liegt, basiert insbesondere auf den zu Jahresbeginn vorliegenden Wirtschaftsdaten und den daraus abgeleiteten Einschätzungen zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Schlussquartal 2015. Es wird angenommen, dass sich der Beschäftigungsaufbau 2016 vor dem Hintergrund einer guten Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft

fortsetzt und zusammen mit merklichen Einkommenssteigerungen die Basis für eine anhaltende binnenwirtschaftliche Aufwärtsbewegung bildet. Die sehr kräftige Zuwanderung von Flüchtlingen wirkt sich laut der Projektion zunächst nur wenig auf den Arbeitsmarkt aus.

Eine allmählich einsetzende weltwirtschaftliche Erholung und die nach wie vor günstigen Fremd- und Innenfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen sollten im Jahr 2016 zu steigenden Investitionen (2,3 % gegenüber dem Vorjahr) führen. Die Haupttriebfeder des Wirtschaftswachstums in Deutschland wird jedoch die Ausweitung des privaten Konsums bleiben (+1,9 %). Es wird unterstellt, dass die Tarifvertragsparteien gesamtwirtschaftlich vertretbare Lohnsteigerungen vereinbaren. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer dürften um 2,6 % steigen. Die Bruttolöhne und -gehälter insgesamt dürften um 3,7 % steigen. In Verbindung mit dem moderaten Preisniveauanstieg und dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau ist ein merklicher Reallohnzuwachs zu erwarten, der allerdings wegen des langsam anziehenden Preisniveaus etwas niedriger ausfällt als im vergangenen Jahr. Die turnusmäßige Anpassung der Rentenleistungen, die Ausweitung des Kindergelds und die Transfers an die sich in Deutschland aufhaltenden Flüchtlinge werden die monetären Sozialleistungen dieses Jahr deutlich erhöhen und zusammen mit den vorgenommenen Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer die verfügbaren Einkommen (2,9 %) begünstigen. Der Staatskonsum wird sich aufgrund der anhaltend hohen Zuwanderung von Flüchtlingen erneut dynamisch zeigen (3,5 %). Darüber hinaus werden die Wohnungsbauminvestitionen merklich ausgeweitet.

Auf der außenwirtschaftlichen Seite wird in der Projektion eine fortgesetzte Erholung im Euroraum angenommen. Das außenwirtschaftliche Umfeld bleibt aufgrund beachtlicher geopolitischer Spannungen und der Wachstumsverlangsamung

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/Einkommen ¹	2015		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			1. Q. 15	2. Q. 15	3. Q. 15	1. Q. 15	2. Q. 15	3. Q. 15
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	107,9	+1,7	+0,3	+0,4	+0,3	+1,2	+1,6	+1,8
jeweilige Preise	3 027	+3,8	+1,1	+1,0	+0,5	+3,2	+3,7	+3,8
Einkommen								
Volkseinkommen	2 265	+4,1	+1,8	+0,4	+1,2	+3,5	+3,6	+4,0
Arbeitnehmerentgelte	1 485	+3,9	+0,9	+1,2	+0,7	+3,4	+4,1	+3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	722	+4,6	+3,7	-1,3	+2,2	+3,7	+2,5	+4,2
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 758	+2,8	+0,1	+0,7	+0,9	+2,8	+2,9	+2,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 259	+3,8	+1,0	+1,4	+0,7	+3,5	+4,2	+4,0
Sparen der privaten Haushalte	176	+4,9	-2,8	+2,7	-0,8	+4,1	+4,9	+4,2
2014								
Außenhandel/Umsätze/Produktion/ Auftragseingänge		Mrd. € bzw. Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr ²	
				Okt 15	Nov 15	Zweimonatsdurchschnitt	Okt 15	Nov 15
in jeweiligen Preisen								
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	1 124	+3,3	-1,3	+0,4	+0,2	+3,2	+7,7	+5,4
Waren-Importe	910	+2,2	-3,2	+1,6	-0,8	+3,0	+5,3	+4,2
in konstanten Preisen von 2010								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	109,8	+1,9	+0,7	-0,8	-0,2	+0,1	-0,8	-0,3
Bauhauptgewerbe	108,4	+2,7	+1,6	+1,6	+1,4	+1,4	+2,2	+1,8
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	108,6	+2,6	+1,9	-2,3	+0,1	+1,7	-0,4	+0,6
Inland	104,5	+1,2	+2,6	-2,4	+0,7	+2,0	-0,5	+0,8
Ausland	113,0	+4,1	+1,4	-2,1	-0,4	+1,4	-0,4	+0,5
Auftragseingang (Index 2010 = 100)								
Industrie ³	109,1	+2,9	+1,7	+1,5	+2,0	-1,6	+2,1	+0,2
Inland	103,4	+1,6	+1,4	+2,6	+2,5	-0,8	+6,0	+2,5
Ausland	113,7	+3,8	+1,9	+0,6	+1,7	-2,1	-0,8	-1,4
Bauhauptgewerbe	109,4	-1,8	-5,1	.	+4,5	+2,9	.	+6,1
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,5	+1,2	-0,3	+0,4	+0,0	+2,8	+2,4	+2,6
Handel mit Kfz	103,9	+2,3	+0,6	.	+0,0	+6,6	.	+6,5

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2014		Veränderung in Tausend gegenüber					
	Personen Mio.	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Okt 15	Nov 15	Dez 15	Okt 15	Nov 15	Dez 15
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	-7	-14	-14	-83	-84	-82
Erwerbstätige, Inland	42,70	+0,9	+32	+42	.	+376	+423	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+60	.	.	+713	.	.
Preisindizes 2010 = 100	2014		Veränderung in % gegenüber					
	Index	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode			Vorjahr		
			Okt 15	Nov 15	Dez 15	Okt 15	Nov 15	Dez 15
Importpreise	103,6	-2,2	-0,3	-0,2	.	-4,1	-3,5	.
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	105,9	-1,0	-0,4	-0,2	-0,5	-2,3	-2,5	-2,3
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	+0,0	+0,1	-0,1	+0,3	+0,4	+0,3
ifo Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	saisonbereinigte Salden							
	Jun 15	Jul 15	Aug 15	Sep 15	Okt 15	Nov 15	Dez 15	Jan 16
	+8,3	+9,1	+9,7	+10,1	+9,4	+10,9	+10,4	+7,8
Klima	+15,8	+16,8	+18,4	+16,9	+14,3	+15,6	+14,4	+13,9
Geschäftslage	+1,1	+1,7	+1,4	+3,5	+4,6	+6,3	+6,4	+1,8
Geschäftserwartungen								

¹ Jahresdurchschnitt Stand: Januar 2016, Quartale Stand: November 2015.

² Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereinigt.

³ Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

einiger Schwellenländer schwierig. In der Projektion für das Jahr 2016 wird eine leichte Beschleunigung der Weltwirtschaft und des Welthandels unterstellt. Verbunden mit einem niedrigen Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar wird daher eine moderate Zunahme der deutschen Exporte (3,2%) erwartet.

Der Anstieg des Preisniveaus dürfte sowohl auf der Konsumenten- als auch auf der Produzentenstufe weiterhin moderat bleiben. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten werden auch zukünftig weitgehend normal ausgelastet sein. Die Gewinne werden dieses Jahr auch infolge sinkender Ölpreise merklich steigen, die Lohnquote dürfte geringfügig sinken. Die Lohnstückkosten werden moderat zunehmen.

Die Jahresprojektion des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung dient als Basis für die Vorbereitung des Eckwertebeschlusses der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2017.

Deutscher Außenhandel zum Jahresende insgesamt robust

Die nominalen saisonbereinigten Warenexporte nahmen im November leicht zu. Vor dem Hintergrund des Rückgangs im Oktober sind sie im Zweimonatsvergleich nun seitwärtsgerichtet (+ 0,2% gegenüber der Vorperiode). Auch die nominalen Warenimporte stiegen im November wieder leicht an. Im Zweimonatsvergleich zeigt sich jedoch noch eine leichte Abwärtstendenz (- 0,7% gegenüber der Vorperiode). Im Zeitraum Januar bis November überschritten nach Ursprungswerten sowohl Warenexporte als auch Warenimporte das entsprechende Vorjahresniveau deutlich (+ 6,7% beziehungsweise + 4,2%).

Der Handel mit EU-Ländern außerhalb des Euroraums nahm im Zeitraum Januar bis Oktober 2015 (Daten nach Ursprungsland liegen nur bis Oktober vor) gegenüber dem

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

entsprechenden Vorjahresergebnis erneut spürbar zu. Ausfuhren in das Vereinigte Königreich lagen in diesen Monaten zusammengenommen 9,2 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Hier dürfte sich vor allem die Abwertung des Euro bemerkbar machen. So hielt auch die kräftige Ausweitung der Exporte in die USA an (+ 20,2 %). Aber auch die Exporte in den Euroraum expandierten weiter deutlich (Niederlande, Spanien, Italien). Merkliche Rückgänge waren bei den Ausfuhren nach Russland zu beobachten. Exporte nach China und Brasilien nahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht ab.

Die Handelsbilanz überschritt im Zeitraum Januar bis November das entsprechende Vorjahresniveau um 33,9 Mrd. €. Der Leistungsbilanzüberschuss erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 36,8 Mrd. €.

Trotz der über die Monate zu beobachtenden Volatilität zeigen sich Exporte und Importe zum Jahresende damit insgesamt robust. Eine Vielzahl von Indikatoren deutet auf eine Fortsetzung einer verhalten positiven Exportentwicklung hin. Während das weltwirtschaftliche Umfeld schwierig ist, hat sich die wirtschaftliche Situation im Euroraum gefestigt. Auch die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in für den deutschen Außenhandel bedeutenden Drittländern wie den USA, Japan und dem Vereinigten Königreich setzte sich im 3. Quartal 2015 fort. Gleichzeitig schwächt sich das Wachstum in Schwellenländern wie China, Russland und Brasilien tendenziell weiter ab.

Laut dem ifo Konjunkturtest geht die deutsche Industrie in allen Branchen von steigenden Exporten in den nächsten drei Monaten aus. Auch der Anstieg der Auslandsaufträge aus den Ländern außerhalb des Euroraums weist auf zunehmende Ausfuhren hin. Begünstigend wirkt dabei der niedrige Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar. Im weiteren Verlauf wird insbesondere die Stabilisierung der Wachstumsdynamik in den Schwellenländern von Bedeutung sein, aber auch die zukünftige Entwicklung in den USA.

Abschwächung der industriellen Aktivität

Die industrielle Erzeugung zeigte sich im Oktober und November zusammengenommen im Verlauf wenig dynamisch. Mit den aktuellen Einbußen in saisonbereinigter Betrachtung wurde der Anstieg vom Oktober gegenüber dem Vormonat wieder zurückgenommen. Im Zweimonatsvergleich blieb die industrielle Erzeugung damit nahezu auf dem Niveau der Vorperiode. Der Rückgang der Produktion von Vorleistungs- und Konsumgütern konnte durch eine geringfügige Zunahme der Produktion von Investitionsgütern (saisonbereinigt + 0,2 % gegenüber der Vorperiode) nicht vollständig kompensiert werden. Der Investitionsgüterbereich war dabei von einer sehr volatilen Entwicklung im Kraftwagen- und Maschinenbau geprägt.

Der Verkauf der hergestellten Erzeugnisse brachte im November einen Umsatz, der saisonbereinigt deutlich unter dem Niveau des Vormonats lag. Dabei gaben sowohl die Umsätze im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft nach. Im Zweimonatsvergleich sind die Inlandsumsätze, gestützt vom Investitionsgüterbereich, jedoch weiterhin aufwärtsgerichtet, während Auslandsumsätze leicht nachgaben.

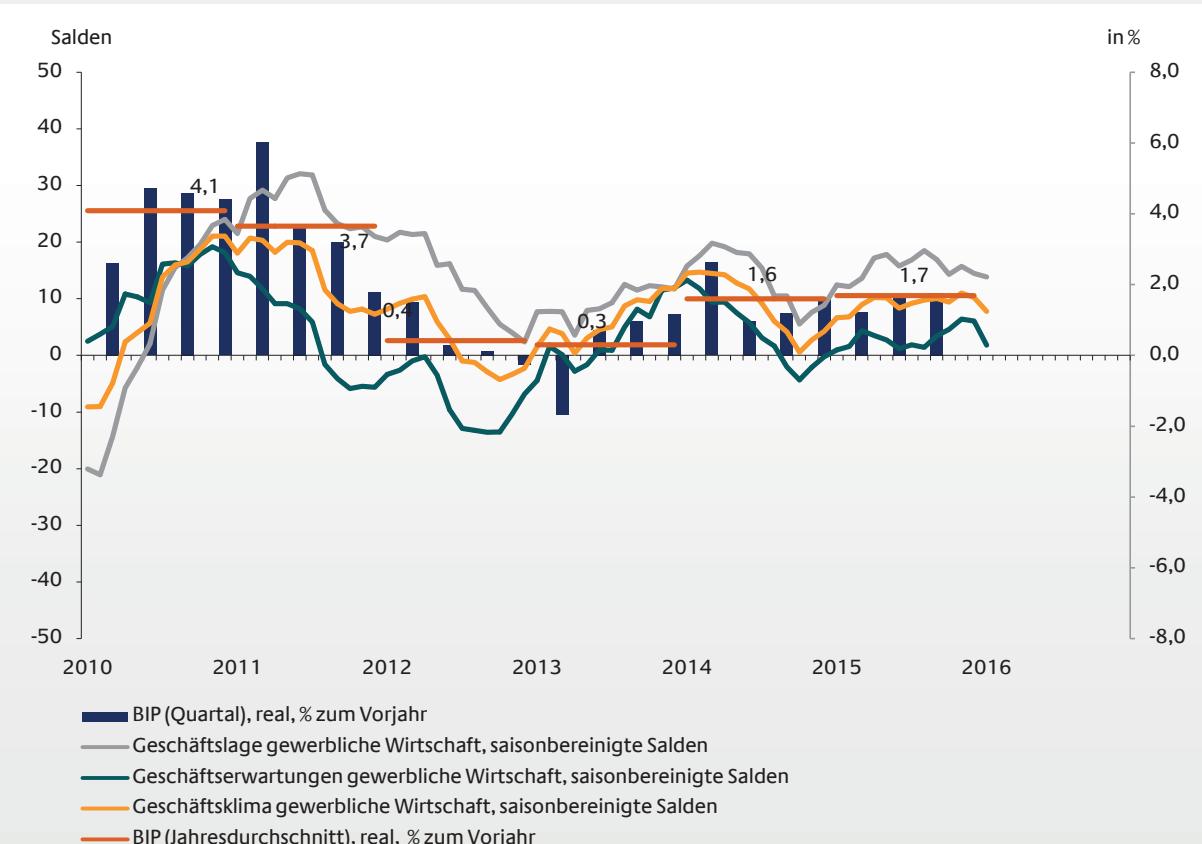
Die Ergebnisse von Produktion und Umsatz in der Industrie deuten darauf hin, dass die industrielle Aktivität im Schlussquartal des vergangenen Jahres erneut schwach war.

Die Aufwärtsbewegung der Auftragseingänge ist jedoch ein Anzeichen dafür, dass für die nächsten Monate mit einer günstigeren Entwicklung der Industrieproduktion gerechnet werden kann. So wurden die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im November den zweiten Monat in Folge deutlich ausgeweitet (saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat). Im Zweimonatsvergleich kamen die kräftigsten Impulse von der Inlandsnachfrage, aber auch die Auslandsbestellungen zogen merklich

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

BIP-Wachstum und ifo Geschäftsklima



an. Hierzu trugen alle drei Gütergruppen bei. Im Inland zog die Nachfrage nach Investitionsgütern besonders kräftig an. Stützend wirkte hier das Auftragsplus bei Kraftfahrzeugen sowie im sonstigen Fahrzeugbau. Beide Indikatoren weisen eine tendenzielle Aufwärtsbewegung auf. Dagegen dämpften rückläufige Bestellungen im Maschinenbau die positive Entwicklung.

Über die Zunahme der Auftragseingänge hinaus deutet auch die gute Stimmung in den Unternehmen auf eine Erholung in der Industrie in den nächsten Monaten hin. Die ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe waren im Dezember den vierten Monat in Folge angestiegen. Auch erhöhte sich im November und Dezember die Zahl der Unternehmen, die angaben, ihre Produktion

ausweiten zu wollen. Als positiv ist ebenfalls zu vermerken, dass sich mit einem dreimaligem Auftragsplus in Folge eine Erholung der Nachfrage aus den Ländern außerhalb des Euroraums abzeichnet.

Die Produktion im Baugewerbe zeigt im bisherigen Verlauf des Schlussquartals 2015 eine Aufwärtsbewegung. Diese speist sich im Zweimonatsvergleich aus einer Zunahme im Hoch- und Tiefbau (saisonbereinigt + 4,0 % und + 4,6 % jeweils gegenüber der Vorperiode). Die Produktion im Ausbaugewerbe ist dagegen – trotz eines zweiten monatlichen Anstiegs in Folge – noch rückläufig (- 1,8 %). Für die nächsten Monate zeichnet sich erneut eine Ausweitung der Bautätigkeit ab. Dafür spricht zum einen die deutliche Expansion

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe (saisonbereinigter Durchschnitt der Monate September/Oktober gegenüber Juli/August 2015). Hierzu tragen sowohl der Hochbau als auch der Tiefbau bei. Zum anderen weisen die Baugenehmigungen im Hochbau im gleichen Zeitraum ebenfalls eine kräftige Steigerungsrate auf (+ 8,1 %). Die Stimmung der Unternehmen im Bauhauptgewerbe hat sich zum Jahresende zwar etwas abgekühlt, sie bewegt sich jedoch auf überdurchschnittlich hohem Niveau.

Die Aussichten für die industrielle und bauliche Aktivität stellen sich insgesamt positiv dar. Jedoch sind die außenwirtschaftlichen Risiken nach wie vor hoch. Der jüngste Einbruch am Finanzmarkt in China könnte darauf hindeuten, dass die dortige Abschwächung die Weltkonjunktur stärker belasten könnte als vielfach bisher angenommen. Dies könnte über verringerte Absatzperspektiven auch die Aktivität deutscher Unternehmen dämpfen. Der Rückgang des ifo Geschäftsklimaindex im Januar spricht dafür, dass die Unternehmen entsprechende Anpassungen ihrer Geschäftserwartungen vornehmen.

Beschäftigungsaufbau wichtige Stütze des Wirtschaftswachstums 2015

Der Arbeitsmarkt hat sich 2015 bei einem moderaten Wirtschaftswachstum ausgesprochen positiv entwickelt. Die Erwerbstätigkeit und die Arbeitslosigkeit erreichten neue Höchst- beziehungsweise Tiefstwerte seit der deutschen Einheit. Im Jahresdurchschnitt 2015 waren 2,80 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet (- 104 000 Personen beziehungsweise - 4 % gegenüber dem Vorjahr). Die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 6,4 %.

Die Erwerbstätigkeit stieg um 329 000 Personen beziehungsweise um 0,8 % auf 43,03 Millionen Personen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm um 597 000 Personen beziehungsweise

um 2 % auf 30,77 Millionen Personen zu. Den größten Zuwachs verzeichneten qualifizierte Unternehmensdienstleistungen, Pflege und Soziales sowie der Handel.

Belastende Auswirkungen der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Beschäftigung sind bisher nicht zu erkennen. Zwar ging die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten zurück, aber die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchs 2015 kräftig und stärker als die Erwerbstätigkeit.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften war das ganze Jahr über hoch. Der umfassende Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) legte im Dezember gegenüber dem Vormonat noch einmal zu (+ 1 auf 206 Punkte).

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld befindet sich weiter auf einem niedrigen Niveau.

Der Zuwachs der Beschäftigung speiste sich 2015 auch aus einem Anstieg des Arbeitsangebots. Die Arbeitslosigkeit profitierte nur zum Teil von der Expansion der Arbeitskräftenachfrage. Trotz sichtbarer Effekte des demografischen Wandels hat sich das Erwerbspersonenpotential um 100 000 Personen erhöht, wobei die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren sowie insbesondere die Zuwanderung maßgeblich waren.

Angesichts der hohen Arbeitskräftenachfrage und des robusten Wirtschaftswachstums dürfte sich der Arbeitsmarkt auch im Jahr 2016 günstig entwickeln. Aufgrund der langsamsten Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist zunächst nur mit geringen Beschäftigungseffekten aus der Flüchtlingsmigration zu rechnen sowie mit einem moderaten Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Laufe des Jahres. Gemäß der Jahresprojektion der Bundesregierung wird in diesem Jahr die Arbeitslosenzahl um 300 000 leicht steigen. Die Arbeitslosenquote bleibt bei 6,4 %. Es wird damit gerechnet,

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

dass sich die Zahl der Erwerbstätigen und insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter erhöhen werden.

Rahmenbedingungen für privaten Konsum weiterhin günstig

Der private Konsum trug im Jahr 2015 maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei. Die privaten Konsumausgaben lagen nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um +1,9 % über dem Vorjahresniveau. Dies ist der höchste Anstieg seit dem Jahr 2000.

Allerdings fiel die Einschätzung der Einzelhändler hinsichtlich ihrer aktuellen Geschäftslage (Umfrage ifo Institut) zuletzt weniger positiv aus als noch in den Vormonaten. Auch das Verbrauchertrauen nahm leicht ab. Insgesamt könnte die Zunahme der privaten Konsumausgaben im 4. Quartal etwas flacher ausgefallen sein als im 3. Quartal.

Der Umsatz im Einzelhandel (mit und ohne Kfz) zeigte im Zweimonatsvergleich zuletzt eine Seitwärtsbewegung. Allerdings legten private Kfz-Zulassungen im Zweimonatsvergleich deutlich zu (+ 4,8 %). Die Verbrauchermotivation stabilisierte sich im Dezember und Januar auf einem hohen Niveau. Gemäß GfK-Umfrage legten die Konjunktur- und Einkommenserwartungen der Konsumenten zuletzt kräftig zu. Der private Konsum dürfte auch im Jahr 2016 vom erwarteten Beschäftigungsaufbau positive Impulse erhalten. Darüber hinaus wird mit spürbaren realen Einkommenszuwachsen je Erwerbstätigem gerechnet. Hierzu tragen Tariflohnsteigerungen und eine auch im nächsten Jahr moderate Inflationsrate bei. Diese wichtigen Bestimmungsgründe für die Konsumtätigkeit stützen auch die Anschaffungsneigung. Das niedrige Zinsniveau dürfte ebenfalls die Absicht zu größeren Anschaffungen fördern. Dafür spricht auch die rückläufige Sparneigung.

Hohes Maß an Preisstabilität im Jahresdurchschnitt 2015

Die Entwicklung des Verbraucherpreisniveaus zeigte im vergangenen Jahr im Vorjahresvergleich ein hohes Maß an Stabilität. Im Jahresdurchschnitt 2015 stieg der Verbraucherpreisindex marginal um 0,3 % gegenüber 2014. Dabei überstieg der Verbraucherpreisindex ohne Berücksichtigung von Energiegütern das Vorjahresniveau zwar spürbar, der Rückgang der Energiepreise konnte damit jedoch nur leicht überkompensiert werden.

Energie insgesamt verbilligte sich 2015 gegenüber 2014 erheblich um 7,0 %. Die Tendenz sinkender Energiepreise hat sich damit 2015 gegenüber dem Vorjahr noch verstärkt. Die Verbilligung von Energiegütern war auf rückläufige Preise für Rohöl auf dem Weltmarkt zurückzuführen, mit den entsprechenden Auswirkungen auf Import- und Erzeugerpreise. Der Erzeugerpreisindex lag im November weiterhin deutlich unter Vorjahresniveau (- 2,5 % nach - 2,3 % im Oktober, jeweils gegenüber dem Vorjahr). Dies war vor allem auf den kräftigen Rückgang von Erzeugerpreisen für Energie zurückzuführen (- 7,1 % gegenüber dem Vorjahr). Ohne Berücksichtigung von Energie wurde Vorjahresniveau nur um 0,7 % unterschritten.

Die Importpreise gaben im November gegenüber dem Vorjahr ebenfalls kräftig nach, aber etwas weniger stark als einen Monat zuvor (- 3,5 % im November nach - 4,1 % im Oktober, jeweils gegenüber dem Vorjahr). Dabei hatte die Verbilligung von Energiegütern nach wie vor den entscheidenden Einfluss (- 28,5 % gegenüber dem Vorjahr). Der Einfuhrpreisindex ohne Energie überschritt dagegen das Vorjahresniveau um 0,5 %.

Der Rohölpreis erholte sich zur Jahresmitte zwar etwas, jedoch setzte ab Juli 2015 ein neuer Preisverfall im Verlauf ein, sodass der Rohölpreis der Sorte Brent in US-Dollar

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

gerechnet im Monat Dezember auf dem niedrigsten Niveau seit Juni 2004 lag.

Die rückläufige Entwicklung des Ölpreises ist u. a. Ausdruck einer im vergangenen Jahr schwachen Zunahme der weltwirtschaftlichen Aktivität. Darauf deutet auch die Verbilligung von einigen Nicht-Energierohstoffen hin. Insbesondere die Nachfrage aus China, einem großen Verbraucher von Rohstoffen, war im gesamten Jahr deutlich gedämpfter als in den Jahren zuvor. Gleichzeitig hat der Schieferöl-Boom in den USA das Ölangebot ausgeweitet und die Ölförderung der OPEC-Staaten ist ungebremst. Die von Iran unlängst verkündete Erhöhung der Fördermenge im Zuge der Aufhebung der Wirtschaftssanktionen dürfte das Überangebot des Rohöls noch verstärken und könnte zu weiteren Preisrückgängen führen.

Leicht preistreibend wirkten im Jahr 2015 hingegen die Preise für Nahrungsmittel. Die

Verbraucherpreise für Nahrungsmittel in Deutschland lagen im Jahr 2015 um 0,8 % höher als im Jahr 2014 und stiegen damit deutlich stärker als die Verbraucherpreise insgesamt (+ 0,3 % gegenüber 2014). Im Einzelnen gab es gegenläufige Preisentwicklungen: Deutlich teurer waren Obst und Gemüse, während vor allem Molkereiprodukte und Eier sowie Speisefette und Speiseöle weniger kosteten.

Angesichts der bis zuletzt rückläufigen Import- und Erzeugerpreise dürfte noch einige Monate mit einem eher verhaltenden Preisniveauanstieg sowohl auf der Konsumenten- als auch auf der Produzentenstufe zu rechnen sein. Angesichts der bis zuletzt rückläufigen Import- und Erzeugerpreise dürfte noch einige Monate mit einem eher verhaltenden Preisniveauanstieg sowohl auf der Konsumenten- als auch auf der Produzentenstufe zu rechnen sein.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM DEZEMBER 2015

Steuereinnahmen im Dezember 2015

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Dezember 2015 im Vorjahresvergleich um 1,8 % angestiegen. Das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern lag 4,4 % über dem Niveau vom Dezember 2014. Im aktuellen Berichtsmonat legten die Steuern von Umsatz mit einem Zuwachs von 7,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich zu. Auch die Einnahmen aus der Lohnsteuer wuchsen mit + 5,2 % erneut deutlich und konnten an die gute Entwicklung der Vormonate anknüpfen. Bei den Veranlagungssteuern war die Entwicklung des Steueraufkommens uneinheitlich. Mehreinnahmen bei der veranlagten Einkommensteuer standen deutliche Rückgänge bei der Körperschaftsteuer gegenüber. Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungsgewinne verbuchte einen hohen Zuwachs von 48,6 %.

Deutlich unter dem Vorjahresniveau lag im Dezember 2015 das Steueraufkommen bei den Bundessteuern (- 9,9 %), was aber auf einen Basiseffekt aus dem Dezember 2014 zurückzuführen ist. Nachzahlungen von Kernbrennstoffsteuer in Höhe von 2,3 Mrd. € hatten im Vergleichszeitraum Dezember 2014 das Aufkommen deutlich erhöht. Demgegenüber entwickelten sich die Ländersteuern mit einem Zuwachs von 24,3 % abermals sehr dynamisch. Eine Ursache ist hier die Zunahme der Grunderwerbsteuer mit einem Plus von 16,8 % gegenüber Dezember 2014. Zudem hatte die Erbschaftsteuer aktuell einen hohen Aufkommenszuwachs von + 46,8 % im Vorjahresvergleich zu verzeichnen.

EU-Eigenmittel

Die EU-Eigenmittel insgesamt sanken im aktuellen Berichtsmonat deutlich um 22,3 %. Begründet wird dies durch geringere BNE-Eigenmittelabrufe (- 29,7 %) aus dem Bundeshaushalt im Dezember 2015. Die Zolleinnahmen sind um 12,0 % sowie die Mehrwertsteuer-Eigenmittel um 11,3 % gegen-

über Dezember 2014 gestiegen. Wichtiger ist hier der Blick auf das Haushaltsjahr 2015. Hier lagen die an die Europäische Union (EU) abzuführenden EU-Eigenmittel nur leicht um 0,2 % unter dem Niveau des Jahres 2014.

Gesamtüberblick im Haushaltsjahr 2015

Im Haushaltsjahr 2015 stieg das Steueraufkommen (ohne reine Gemeindesteuern) gegenüber 2014 um 4,6 %. Ein wichtiger Grund für den Aufkommensanstieg im Jahr 2015 war die günstige konjunkturelle Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft, die – nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes – um real 1,7 % gewachsen war. Steigende Beschäftigung und Löhne sowie expandierende Gewinne begünstigten die Entwicklung der Ertragsteuern, der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz. Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern erhöhten sich um 4,6 %. Während die Einnahmen der Bundessteuern lediglich um 2,4 % anstiegen, konnten die Ländersteuern einen kräftigen Zuwachs von 15,9 % verbuchen. Die Gemeinden profitierten von den Zuwächsen bei den gemeinschaftlichen Steuern im Jahr 2015. Ihr Anteil hieran stieg um 7,5 % gegenüber dem Jahr 2014.

Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes nach Bundesergänzungszuweisungen stiegen im Dezember 2015 lediglich um 0,6 % gegenüber Dezember 2014. Dies wird insbesondere durch die überhöhte Vorjahresbasis bei der Kernbrennstoffsteuer verursacht. Der Anteil des Bundes an den gemeinschaftlichen Steuern konnte hingegen um 3,7 % zulegen. Zudem waren in Summe deutlich geringere Eigenmittelabführungen des Bundes an die EU zu leisten. Aufgrund der Einigung von Bund und Ländern wurden im Dezember um 0,1 Mrd. € höhere Regionalisierungsmittel vom Bund

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM DEZEMBER 2015

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2015	Dezember in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	Januar bis Dezember in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %	Schätzungen für 2015 ⁴ in Mio. €	Veränderung ggü. Vorjahr in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	22 986	+5,2	178 891	+6,5	179 100	+6,6
veranlagte Einkommensteuer	13 318	+6,4	48 580	+6,5	48 650	+6,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 052	-0,1	17 945	+3,0	17 010	-2,4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	763	+48,6	8 259	+5,7	8 123	+4,0
Körperschaftsteuer	6 013	-10,8	19 583	-2,3	20 970	+4,6
Steuern vom Umsatz	18 429	+7,3	209 921	+3,4	209 400	+3,1
Gewerbesteuerumlage	868	+3,8	4 000	+3,4	4 023	+4,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	792	+4,8	3 406	+4,1	3 401	+3,9
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	65 219	+4,4	490 585	+4,6	490 677	+4,6
Bundessteuern						
Energiesteuer	8 453	+0,4	39 594	-0,4	39 850	+0,2
Tabaksteuer	2 241	+12,5	14 921	+2,1	14 640	+0,2
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	207	-4,8	2 070	+0,5	2 075	+0,7
Versicherungsteuer	562	+7,2	12 419	+3,1	12 400	+2,9
Stromsteuer	600	+20,4	6 593	-0,7	6 550	-1,3
Kraftfahrzeugsteuer	604	+16,0	8 805	+3,6	8 800	+3,5
Luftverkehrsteuer	117	-0,8	1 023	+3,3	1 030	+4,1
Kernbrennstoffsteuer	0	X	1 371	+93,6	1 340	+89,3
Solidaritätszuschlag	2 504	+4,2	15 930	+5,9	15 750	+4,7
übrige Bundessteuern	147	+14,9	1 479	+2,4	1 453	+0,6
Bundessteuern insgesamt	15 434	-9,9	104 204	+2,4	103 888	+2,0
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	680	+46,8	6 290	+15,4	6 011	+10,2
Grunderwerbsteuer	978	+16,8	11 249	+20,4	11 150	+19,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	147	+9,5	1 712	+2,3	1 658	-0,9
Biersteuer	50	-0,5	676	-1,2	676	-1,2
sonstige Ländersteuern	38	-0,6	412	+1,4	413	+1,6
Ländersteuern insgesamt	1 893	+24,3	20 339	+15,9	19 908	+13,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	418	+12,0	5 159	+13,3	5 100	+12,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	345	+11,3	4 201	+4,7	4 140	+3,1
BNE-Eigenmittel	2 217	-29,7	21 578	-3,8	21 460	-4,3
EU-Eigenmittel insgesamt	2 980	-22,3	30 938	-0,2	30 700	-0,9
Bund³	40 402	+0,6	281 608	+4,0	281 402	+3,9
Länder³	33 654	+5,5	267 939	+5,4	267 654	+5,3
EU	2 980	-22,3	30 938	-0,2	30 700	-0,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	5 929	+6,7	39 802	+7,5	39 817	+7,5
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	82 965	+1,8	620 287	+4,6	619 573	+4,5

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinbarten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

²Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM DEZEMBER 2015

an die Länder gezahlt. Auch in diesem Monat beteiligte sich der Bund über eine geänderte Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden an den Kosten zur Bewältigung der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Im Haushaltsjahr 2015 stiegen die Steuereinnahmen des Bundes um 4,0% gegenüber dem Jahr 2014.

Die Steuereinnahmen der Länder lagen im Dezember 2015 um +5,5% über denen vom Dezember 2014 und zeigten sich erneut deutlich dynamischer als die Einnahmen des Bundes. Zum einen profitieren die Länder abermals von kräftig steigenden Einnahmen aus Ländersteuern, insbesondere bei der Erbschaftsteuer und der Grunderwerbsteuer. Aber auch die oben angeführte Umverteilung von Umsatzsteueraufkommen zur Bewältigung der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie die zusätzlichen Regionalisierungsmittel trugen zu dieser Entwicklung bei. Im Haushaltsjahr 2015 stiegen die Steuereinnahmen der Länder um 5,4%. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg im Dezember 2015 um 6,7% und im Haushaltsjahr 2015 um 7,5%.

Gemeinschaftliche Steuern

Lohnsteuer

Die anhaltend gute Lage auf dem Arbeitsmarkt begünstigt weiterhin das Lohnsteueraufkommen. Im Dezember 2015 lag das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer um 4,8% über dem Vorjahresniveau. Das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld stieg aufgrund der Erhöhung zum 1. Januar 2015 gegenüber Dezember 2014 um 1,8%. Abzüglich des Kindergeldes lag das Nettoaufkommen der Lohnsteuer um 5,2% über dem Vorjahresniveau. Im Haushaltsjahr 2015 stieg damit das Lohnsteueraufkommen um 6,5% gegenüber dem Jahr 2014.

Körperschaftsteuer

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat Dezember lag das Körperschaftsteuaeraufkommen brutto aktuell deutlich unter dem Vorjahresniveau (-11,0% gegenüber Dezember 2014). Hervorzuheben ist der weitere Anstieg der Vorauszahlungen für das 4. Quartal 2015 (+6%). Dieser reichte allerdings nicht aus, um die durch Sonderfaktoren bedingte starke Zunahme der Erstattungen in diesem Monat auszugleichen. Nach Abzug der betragsmäßig eher unbedeutenden Investitionszulage verbleibt ein Rückgang des Nettoaufkommens von 10,8%. Im Haushaltsjahr 2015 verringerte sich das Körperschaftsteueraufkommen um 2,3% gegenüber dem Jahr 2014.

Veranlagte Einkommensteuer

Auch bei der veranlagten Einkommensteuer waren im Dezember die Vorauszahlungen fällig. Infolge des starken Anstiegs der Vorauszahlungen um 8% stieg das Steuaeraufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto um 5,5% gegenüber Dezember 2014. Nach Abzug von Investitionszulage und Eigenheimzulage sowie der Arbeitnehmererstattungen ergab sich eine Steigerung des Nettoaufkommens von 6,4%. Im Haushaltsjahr 2015 lag der Aufkommenszuwachs mit 6,5% deutlich über dem des Vorjahrs.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hatten im Dezember 2015 brutto einen leichten Rückgang von 1,2% zu verzeichnen. Nach Abzug der Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern verblieben die Nettoeinnahmen nahezu auf Vorjahresniveau (-0,1% gegenüber Dezember 2014). Starke unterjährige monatliche Schwankungen kennzeichnen den

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

STEUEREINNAHMEN IM DEZEMBER 2015

Eingang des Steueraufkommens. Aus diesem Grund ist der Blick auf das Jahresergebnis aussagekräftiger: Im Haushaltsjahr 2015 erhöhten sich die kassenmäßigen Einnahmen um 3,0 % gegenüber dem Jahr 2014.

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Auch die Entwicklung des Aufkommens der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist im Jahresverlauf durch eine hohe Volatilität geprägt. Im Dezember 2015 lagen die Einnahmen aus dieser Steuerart um 48,6 % über dem Vorjahresniveau, nachdem diese im Vormonat um 31,4 % hinter dem Vorjahresniveau zurückgeblieben waren. Dies zeigt die Bandbreite möglicher Veränderungen. Über die Ursachen dieser starken Schwankungen liegen keine Erkenntnisse vor. Im Jahresvergleich gleichen sich die starken monatlichen Schwankungen wieder aus. Im Haushaltsjahr 2015 stieg das Steueraufkommen um 5,7 % gegenüber dem Jahr 2014.

Steuern vom Umsatz

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stieg im Dezember 2015 mit 7,3 % deutlich gegenüber Dezember 2014. Hierbei konnten sowohl das Aufkommen der inländischen Umsatzsteuer (+ 6,2 %) als auch die Einnahmen der Einfuhrumsatzsteuer (+ 10,8 %) deutliche Zuwächse verzeichnen. Eine schwache Vorjahresbasis könnte hierzu beigetragen haben. Im Haushaltsjahr 2015 stieg das Aufkommen der Steuern vom Umsatz um 3,4 % gegenüber dem Jahr 2014.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern lag im Vorjahresvergleich im Dezember 2015 mit - 9,9 % deutlich unter dem Vorjahresniveau. Ursache ist hier eine überhöhte Vorjahresbasis, die im aktuellen Berichtsmonat zu einem hohen Rückgang führt. Nachdem der Bundesfinanzhof am 25. November 2014 entschieden hatte, dass anhängige Rechtsstreitigkeiten keine Aussetzung der Vollziehung rechtfertigen, wurde kurzfristig im Dezember 2014 von den betroffenen Unternehmen ein Betrag von 2,3 Mrd. € ausstehender Kernbrennstoffsteuer an die Bundesfinanzverwaltung gezahlt. Bereinigt um die überhöhte Basis lag die Veränderung im Dezember bei rund + 4 %, denn nahezu alle übrigen Bundessteuern konnten im Dezember Zuwächse verzeichnen. Hervorzuheben sind hier die Tabaksteuer (+ 12,5 %), die Versicherungsteuer (+ 7,2 %), die Kraftfahrzeugsteuer (+ 16,0 %), die Stromsteuer (+ 20,4 %) und der Solidaritätszuschlag (+ 4,2 %). Geringe Aufkommensrückgänge gab es dagegen bei der Branntweinsteuер (- 4,8 %) und der Luftverkehrsteuer (- 0,8 %). Im Haushaltsjahr 2015 stieg das Aufkommen der Bundessteuern um 2,4 % gegenüber dem Jahr 2014.

Ländersteuern

Das Aufkommen aus den Ländersteuern stieg im Dezember 2015 erneut kräftig um + 24,3 % an. Neben der Grunderwerbsteuer mit einen Zuwachs von + 16,8 % trug insbesondere die Erbschaftsteuer (+ 46,8 %) hierzu bei. Zudem stieg das Steueraufkommen aus der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 9,5 %) deutlich. Im Haushaltsjahr 2015 stieg das Aufkommen aus den Ländersteuern kumuliert um 15,9 %.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH DEZEMBER 2015

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Dezember 2015

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich im Haushaltsjahr 2015 auf 299,3 Mrd. €. Damit lagen sie um +3,8 Mrd. € über dem Ergebnis des Vorjahres (+1,3 %), aber um 2,6 Mrd. € unter dem im 2. Nachtragshaushalt vorgesehenen Wert.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes (ohne Umlaufmünzen) addierten sich im Haushaltsjahr 2015 auf 311,1 Mrd. €. Sie übertrafen damit die Planung um 4,4 Mrd. € und lagen um 15,9 Mrd. € (+5,4 %) über dem Ergebnis von 2014. Die Einnahmensteigerung ist im Wesentlichen auf das gute Ergebnis bei den Steuereinnahmen zurückzuführen. Die Steuereinnahmen des Bundes stiegen 2015 gegenüber 2014 um 11,0 Mrd. € (+4,0 %) auf 281,7 Mrd. €. Sie lagen um 1,6 Mrd. € über dem Soll. Die Verwaltungseinnahmen (ohne Umlaufmünzen) übertrafen die Haushaltsplanungen für 2015 um 2,8 Mrd. €.

und das Ergebnis des Vorjahres um rund 5,0 Mrd. €.

Finanzierungssaldo

Nach den vorläufigen Daten zum Abschluss des Bundeshaushalts 2015 ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Einnahmen (ohne Umlaufmünzen) und Ausgaben für das vergangene Jahr ein Finanzierungsüberschuss von 11,8 Mrd. €. Zusammen mit den Münzeinnahmen aus Umlaufmünzen in Höhe von knapp 0,4 Mrd. €, ergibt sich ein positiver Saldo von rund 12,1 Mrd. €. Dieser wird der Rücklage zur Finanzierung von Belastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen gemäß haushaltsgesetzlicher Vorgabe zugeführt. Die Mittel aus der Rücklage stehen überjährig zur Finanzierung der flüchtlingsbezogenen Leistungen des Bundes zur Verfügung. Die Nettokreditaufnahme – die Differenz zwischen Bruttokreditaufnahme und Bruttotilgung – war Null.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2014	Soll 2015	Ist-Entwicklung ¹ Dezember 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	301,9	299,3
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+1,3
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	306,6	311,1
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+5,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	280,1	281,7
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+4,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	4,7	11,8
Finanzierung/Verwendung:	0,3	-4,7	-11,8
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	0,0
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,4
Zuführung an Rücklagen	-	-5,0	-12,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo² (Mrd. €)	0,0	0,0	0,0

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH DEZEMBER 2015

Sondervermögen des Bundes

Das zur Beseitigung von Hochwasserschäden errichtete Sondervermögen „Aufbauhilfe“ wurde im Sommer 2013 mit Mitteln in Höhe von 8 Mrd. € ausgestattet. Aus dem Sondervermögen wurden bis zum 31. Dezember 2015 rund 2,0 Mrd. € verausgabt, davon rund 0,9 Mrd. € im Jahr 2015. Die Mittelbewilligungen an die Antragsteller lassen jedoch einen deutlich höheren weiteren Bedarf erkennen.

Der Energie- und Klimafonds (EKF) hat im Jahr 2015 Einnahmen in Höhe von rund 3,2 Mrd. € verbucht, davon rund 1,1 Mrd. € aus Erlösen aus der Versteigerung von CO₂-Emissionszertifikaten und 2,1 Mrd. € aus der Zuweisung aus dem Bundeshaushalt. Dem standen Programmausgaben in Höhe von rund 1,3 Mrd. € gegenüber. Rund 1,9 Mrd. € wurden in das Jahr 2016 übertragen.

Zum 31. Dezember 2015 stehen beim Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS)¹ keine Liquiditätsgarantien für Unternehmen des Finanzsektors sowie Rekapitalisierungsmaßnahmen für vier Unternehmen in Höhe von 15,8 Mrd. € aus. Unter Berücksichtigung aller laufenden beziehungsweise ausgelaufenen Transaktionen wurde die Kreditermächtigung des SoFFin per Ende September 2015 in Höhe von 24,7 Mrd. € genutzt.

Mit Gesetz vom 30. Juni 2015 wurde das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ errichtet. Der Fonds dient der Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in den Jahren 2015 bis 2018 und soll dadurch einen Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur leisten. Das Volumen des Fonds beträgt 3,5 Mrd. €. Mit Blick auf den Adressatenkreis – finanzschwache Kommunen in den Flächenländern und entsprechende Gebiete in den Stadtstaaten – beträgt die Förderquote des Bundes bis zu 90 %. Die Länder stellen sicher, dass die finanzschwachen Kommunen einen Eigenanteil von mindestens 10 % der Investitionssumme auch erbringen können. Die Einzelheiten zur Durchführung des Gesetzes sind in einer Verwaltungsvereinbarung geregelt; seit dem Inkrafttreten am 20. August 2015 haben die Länder rund 0,3 Mio. € abgerufen.

Der Bund hat mit dem Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege in den vergangenen Jahren für den investiven Ausbau der Kindertagesbetreuung im Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau insgesamt rund 2,7 Mrd. € bis Ende 2015 zur Verfügung gestellt. Von den im Jahr 2015 noch zur Verfügung stehenden Mitteln von rund 200 Mio. € wurden rund 153 Mio. € verausgabt. Die verbleibenden Mittel von rund 47 Mio. € werden nach 2016 übertragen und mit 230 Mio. € als erstem Aufstockungsbetrag der zugesagten 550 Mio. € verstärkt. Im Jahr 2015 stellte der Bund im Rahmen der jährlichen zusätzlichen Mittel für Betriebskosten einen Betrag von 845 Mio. € zur Verfügung.

¹ Auch Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin).

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH DEZEMBER 2015

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2014		Soll 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember 2014	Januar bis Dezember 2015	
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	66 614	22,1	69 720	66 947	-4,0
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6 380	2,2	6 418	2,1	6 380	6 399	+0,3
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,8	32 594	33 442	+2,6
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 651	4,9	13 738	14 175	+3,2
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4 221	1,4	3 932	4 199	+6,8
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 757	6,9	18 822	20 271	+7,7
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	2 635	3 381	+28,3
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 214	3,5	11 147	3,7	10 214	10 872	+6,4
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	154 301	51,1	148 783	153 611	+3,2
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,8	99 489	101 992	+2,5
Arbeitsmarktpolitik	32 510	11,0	33 944	11,2	32 510	33 894	+4,3
darunter:							
Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 725	6,7	20 300	6,7	19 725	20 198	+2,4
Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 162	1,4	5 350	1,8	4 162	5 249	+26,1
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 396	2,5	8 214	2,7	7 396	7 890	+6,7
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 153	0,7	2 175	2 059	-5,4
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 041	0,7	1 889	1 915	+1,4
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 194	0,7	2 010	2 004	-0,3
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 643	0,5	1 530	1 491	-2,5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	862	846	-1,9
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 237	1,4	4 076	4 156	+2,0
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	710	997	+40,5
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 580	1 497	-5,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,6	15 993	16 595	+3,8
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	7 852	7 859	+0,1
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 274	1,4	4 961	1,6	4 274	4 953	+15,9
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	38 858	12,9	33 718	45 370	+34,6
Zinsausgaben	25 916	8,8	21 267	7,0	25 916	21 066	-18,7
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 900	100,0	295 486	299 285	+1,3

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH DEZEMBER 2015

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2014		Soll 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember 2014	Januar bis Dezember 2015	
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	272 338	90,2	266 210	269 732	+1,3
Personalausgaben	29 209	9,9	29 996	9,9	29 209	29 907	+2,4
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 748	7,2	21 280	21 695	+2,0
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	7 928	8 212	+3,6
Laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 480	8,1	23 174	24 305	+4,9
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	1 352	1 462	+8,1
militärische Beschaffungen	8 814	3,0	9 568	3,2	8 814	9 055	+2,7
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 495	4,5	13 008	13 788	+6,0
Zinsausgaben	25 916	8,8	21 267	7,0	25 916	21 066	-18,7
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	195 919	64,9	187 308	193 751	+3,4
an Verwaltungen	21 108	7,1	24 666	8,2	21 108	24 064	+14,0
an andere Bereiche	166 200	56,2	171 253	56,7	166 200	169 687	+2,1
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26 980	8,9	25 517	25 616	+0,4
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	29 270	9,7	28 029	28 903	+3,1
Sozialversicherungen	104 719	35,4	106 761	35,4	104 719	107 334	+2,5
Sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	604	703	+16,4
Investive Ausgaben	29 275	9,9	29 880	9,9	29 275	29 553	+0,9
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	22 018	7,3	21 411	21 869	+2,1
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 593	6,8	15 971	20 516	+28,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 354	0,4	1 024	983	-4,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 416	1,5	71	0,0	4 416	370	-91,6
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 863	2,6	7 865	7 684	-2,3
Baumaßnahmen	6 419	2,2	6 132	2,0	6 419	6 141	-4,3
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 244	0,4	983	1 186	+20,7
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	463	357	-22,9
Globalansätze	0	0,0	- 319	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 900	100,0	295 486	299 285	+1,3

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

ENTWICKLUNG DES BUNDESHAUSHALTS BIS EINSCHLIESSLICH DEZEMBER 2015

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist 2014		Soll 2015		Ist-Entwicklung		Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	in %	
I. Steuern	270 774	91,7	280 068	91,3	270 774	281 706	+4,0
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	229 735	74,9	222 376	229 618	+3,3
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112 976	38,3	119 593	39,0	112 976	119 068	+5,4
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 714	24,7	71 420	76 028	+6,5
veranlagte Einkommensteuer	19 385	6,6	20 634	6,7	19 385	20 647	+6,5
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 712	3,0	8 200	2,7	8 712	8 968	+2,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 245	1,1	3 437	3 634	+5,7
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 400	3,4	10 022	9 792	-2,3
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	108 475	35,4	107 796	108 894	+1,0
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 667	0,5	1 603	1 656	+3,3
Energiesteuer	39 758	13,5	40 391	13,2	39 758	39 594	-0,4
Tabaksteuer	14 612	5,0	14 190	4,6	14 612	14 921	+2,1
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 600	5,1	15 047	15 930	+5,9
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12 500	4,1	12 046	12 419	+3,1
Stromsteuer	6 638	2,2	6 900	2,3	6 638	6 593	-0,7
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 550	2,8	8 501	8 805	+3,6
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 400	0,5	708	1 371	+93,6
Branntweinabgaben	2 061	0,7	2 062	0,7	2 061	2 072	+0,5
Kaffeesteuers	1 016	0,3	1 020	0,3	1 016	1 032	+1,6
Luftverkehrsteuer	990	0,3	1 010	0,3	990	1 023	+3,3
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10 040	-3,3	-10 681	-10 041	-6,0
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 080	-7,5	-22 419	-21 578	-3,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4 015	-1,4	-4 310	-1,4	-4 015	-4 098	+2,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-7 299	-7 408	+1,5
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw-Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-2,9	-8 992	-8 992	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	26 553	8,7	24 373	29 349	+20,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 913	2,3	6 994	2,3	6 913	6 889	-0,3
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	237	269	+13,5
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 381	0,8	2 809	3 211	+14,3
Einnahmen insgesamt	295 147	100,0	306 620	100,0	295 147	311 055	+5,4

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

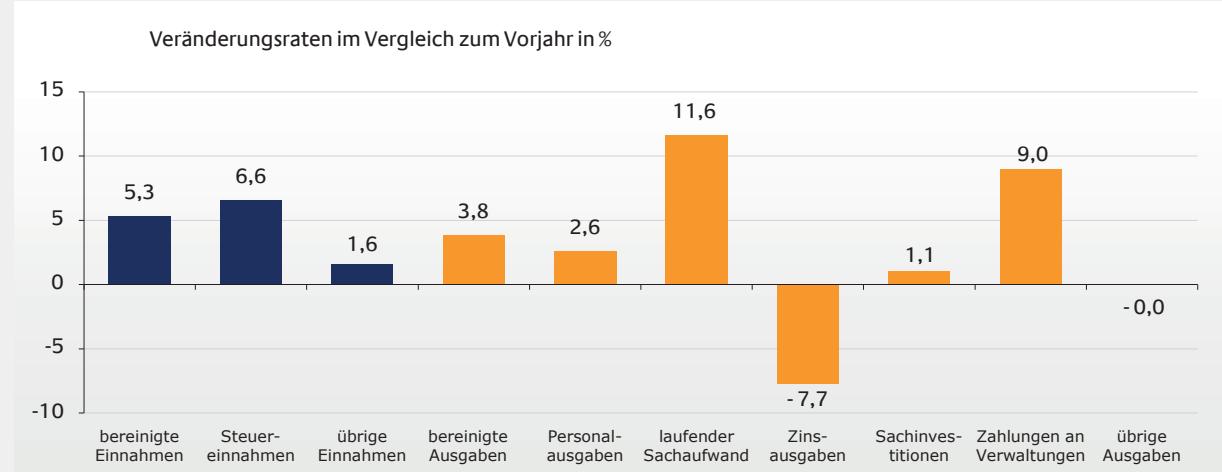
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS NOVEMBER 2015

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2015

Die Einnahmen der Länder erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,3%, während die Ausgaben um 3,8% zunahmen. Die Steuereinnahmen stiegen gegenüber dem Vergleichszeitraum um 6,6 %. Am Ende des Berichtszeitraums lag das Finanzierungsdefizit

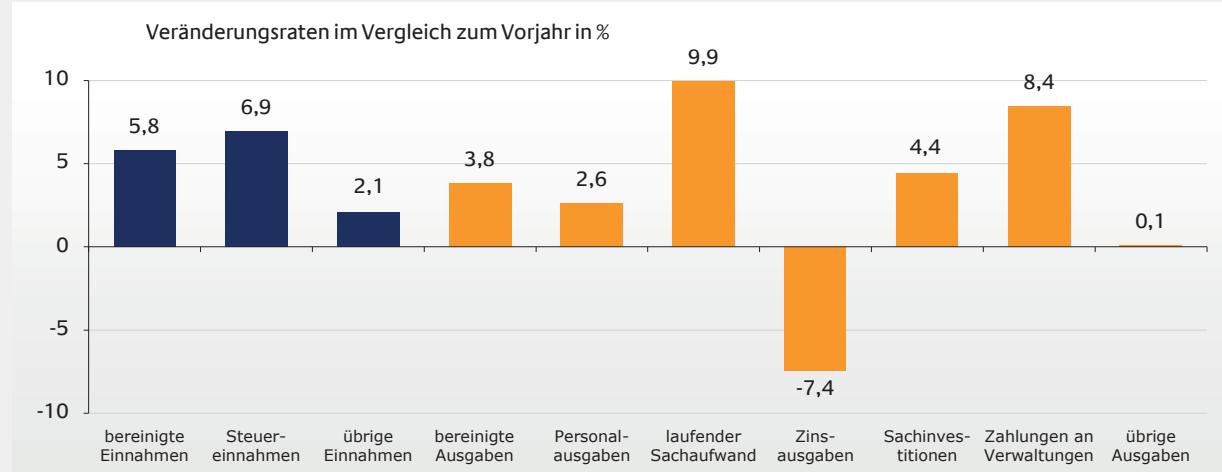
der Ländergesamtheit bei - 5,7 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verbesserung um knapp 3,7 Mrd. €. Zurzeit sehen die Planungen der Länder insgesamt für 2015 ein Gesamtdefizit von - 7,4 Mrd. € vor.

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2015, Länder insgesamt



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2015, Flächenländer (West)

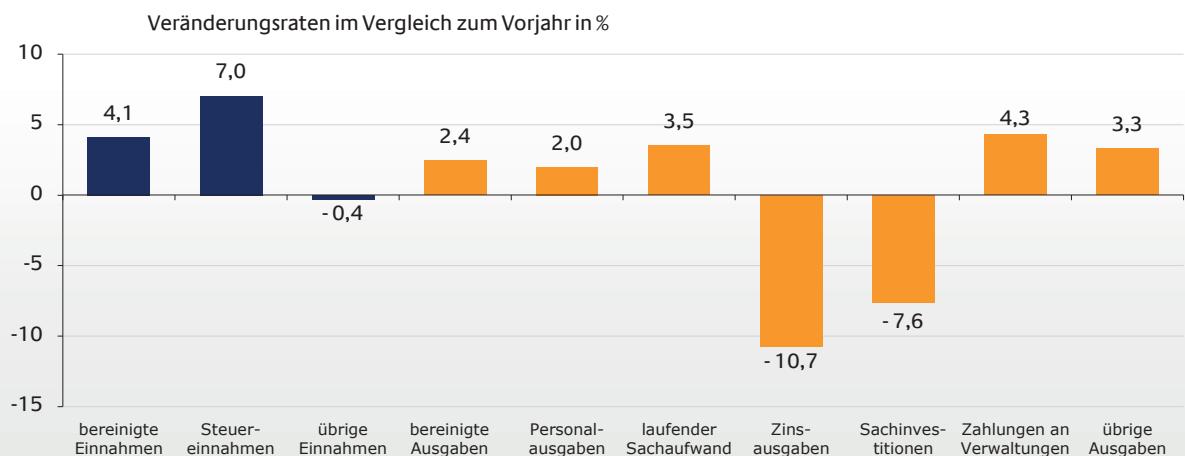


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

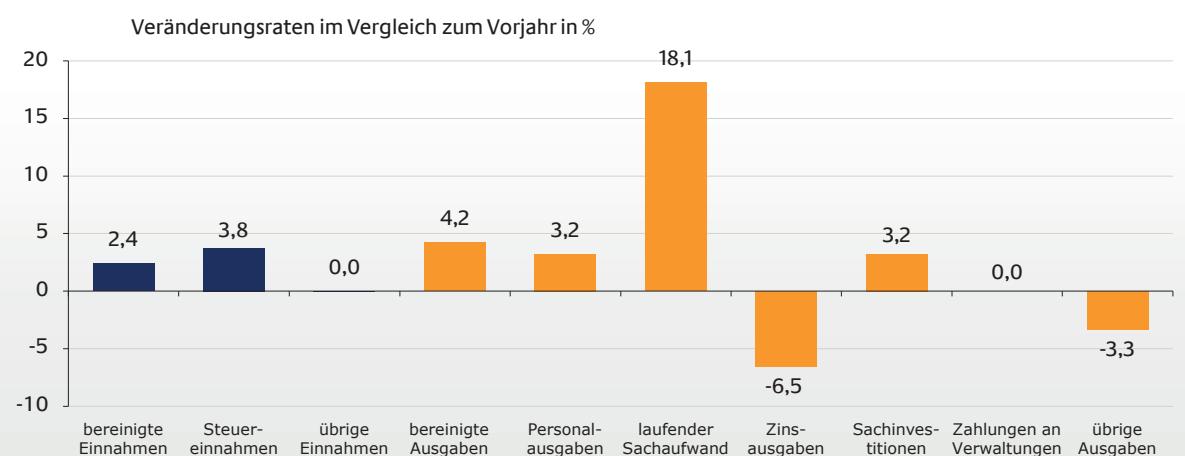
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS NOVEMBER 2015

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2015, Flächenländer (Ost)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2015, Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Dezember durchschnittlich 1,17% (1,12 % im November).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Dezember 0,63% (0,47 % Ende November).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Dezember auf - 0,131% (- 0,114 % Ende November).

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 21. Januar 2016 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,30 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 10 743 Punkte am 30. Dezember (11 382 Punkte am 30. November). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 506 Punkten am 30. November auf 3 268 Punkte am 31. Dezember.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag bei 5,1% im November nach 5,3% im Oktober und 4,9% im September. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von September bis November bei 5,1%, verglichen mit 5,1% in der Zeit von August bis Oktober.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im November auf 1,2% (1,0 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 2,92 % im November gegenüber 2,73 % im Oktober.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Im Jahr 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 179,7 Mrd. €. Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 170,2 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts, von 5,1 Mrd. € für den Finanzmarktstabilisierungsfonds und von 4,4 Mrd. € für den Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt. Um den Bruttokreditbedarf zu finanzieren, wurden im Wesentlichen festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 167,8 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 11,2 Mrd. € aufgenommen.

Die Übersicht „Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015“ zeigt die Kapital- und Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.¹

Im Jahr 2015 betrug der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen 219,6 Mrd. €. Davon waren 197,5 Mrd. € Tilgungen und 22,1 Mrd. € Zinsen. Während die Zinsen vollständig aus dem Bundeshaushalt 2015 beglichen wurden, überstiegen die Tilgungen den Bruttokreditbedarf um 17,8 Mrd. €.

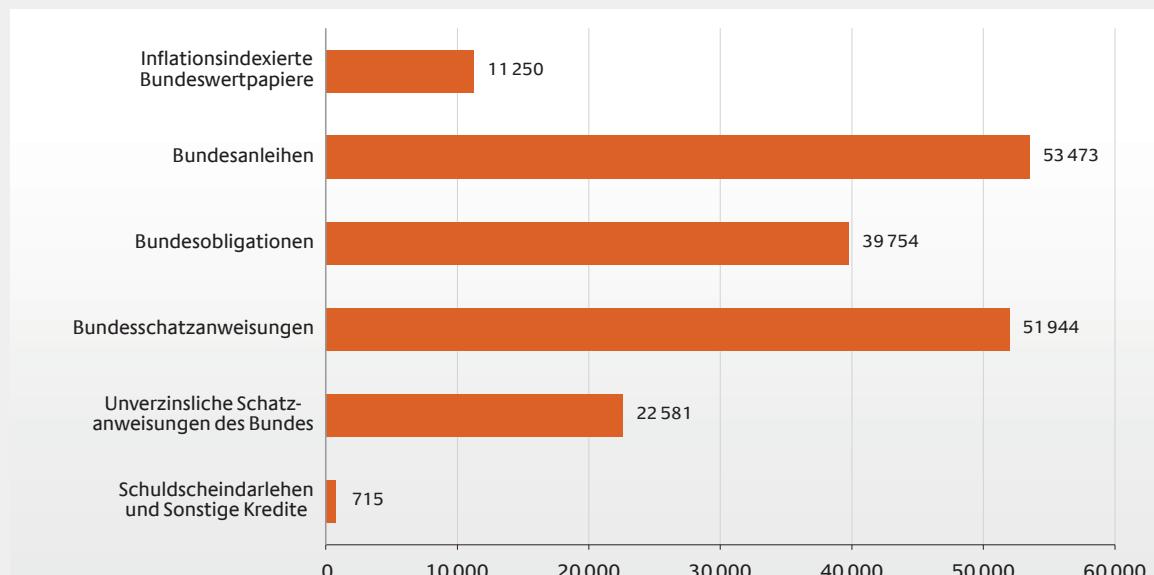
Für den nächsten Monatsbericht bereitet das BMF eine neue Darstellung zur Kreditaufnahme vor, die es dem Leser ermöglichen soll, sich noch umfassender und genauer über die Verschuldung und den Schuldendienst zu informieren.

¹ Die Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH veröffentlicht unter <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/primaermarkt/auktionsergebnisse/weiterfuhrende-Details-ueber-die-durchgefuehrten-Auktionen-von-Bundeswertpapieren> und unter <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/primaermarkt/emissionsplanung/> die für 2016 geplanten Auktionen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

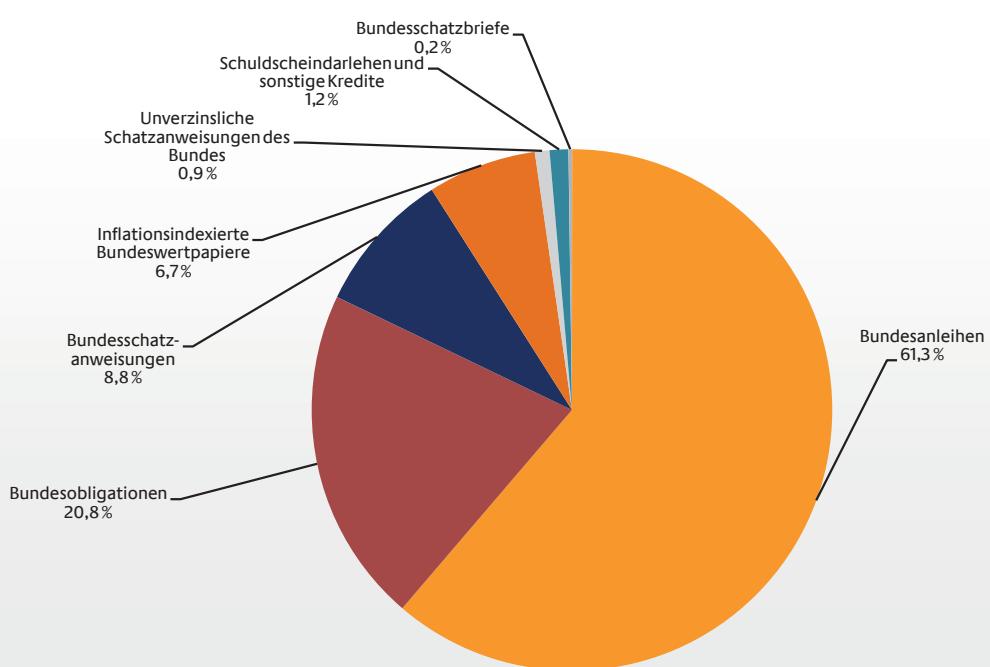
FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Kreditaufnahme des Bundes und seiner Sondervermögen bis Dezember 2015 in Mio. €



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inklusive Sondervermögen per 31. Dezember 2015



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-	-	21,0	-	-	-	-	-	44,0
Bundesobligationen	-	17,0	-	19,0	-	-	-	-	-	16,0	-	-	52,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	14,0	59,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0	4,0	4,0	2,0	2,0	4,0	4,0	4,0	4,0	2,0	2,0	40,0
Bundesschatzbriefe und Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,3	0,0	0,1	0,0	0,1	0,3	1,2
Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,6	0,1	0,0	0,3	0,0	0,0	1,3
Gesamtes Tilgungsvolumen	27,0	21,0	19,0	23,1	2,1	17,2	25,9	4,1	19,1	20,3	2,1	16,3	197,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. €

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
	in Mrd. €												
Gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5	-0,3	1,1	-0,1	0,3	10,1	0,7	0,5	0,4	-0,2	0,1	22,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

**Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015
Kapitalmarktinstrumente**

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	7. Oktober 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141729 WKN 114172	Aufstockung	14. Oktober 2015	5 Jahre/fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104610 WKN110461	Aufstockung	21. Oktober 2015	2 Jahre/fällig 15. September 2017 Zinslaufbeginn 21. August 2015 erster Zinstermin 15. September 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	28. Oktober 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141729 WKN 114172	Aufstockung	11. November 2015	5 Jahre /fällig 16. Oktober 2020 Zinslaufbeginn 3. Juli 2015 erster Zinstermin 16. Oktober 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104628 WKN110462	Neuemission	18. November 2015	2 Jahre/fällig 15. Dezember 2017 Zinslaufbeginn 20. November 2015 erster Zinstermin 15. Dezember 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102382 WKN 110238	Aufstockung	25. November 2015	10 Jahre/fällig 15. August 2025 Zinslaufbeginn 17. Juli 2015 erster Zinstermin 15. August 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104628 WKN110462	Aufstockung	9. Dezember 2015	2 Jahre/fällig 15. Dezember 2017 Zinslaufbeginn 20. November 2015 erster Zinstermin 15. Dezember 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
4. Quartal 2015 insgesamt				28 Mrd. €	28 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissio- nkalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119543 WKN 111954	Neuemission	12. Oktober 2015	6 Monate/fällig 13. April 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €
4. Quartal 2015 insgesamt				2 Mrd. €	2 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2015 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin/Termin der Syndizierung	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere insgesamt 2015	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag eines Monats außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 4. Quartal					
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030575 WKN 103057	Aufstockung	6. Oktober 2015	30 Jahre/fällig 15. April 2046 Zinslaufbeginn 15. April 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	500 Mio. €	500 Mio. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030559 WKN 103055	Aufstockung	10. November 2015	15 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2016	1Mrd. €	1Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 14. und 15. Januar 2016 in Brüssel

In der Eurogruppe am 14. Januar 2016 standen die Lage in Griechenland und Zypern, die Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit dem Euroraum, die Empfehlungen für den Euroraum im Europäischen Semester 2016 sowie nationale Regelungen für Insolvenzen auf der Tagesordnung.

Zu Griechenland berichteten die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank (EZB), der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) sowie Griechenland über den aktuellen Stand des Programms. Schwerpunkt war der Ausblick auf die in den kommenden Wochen anstehende erste Programmüberprüfung durch die Institutionen.

Zu Zypern berichteten die Europäische Kommission, die EZB, der IWF sowie Zypern über den Stand der 8. Programmüberprüfung. Die Institutionen sehen zwei der vereinbarten Vorabmaßnahmen des ESM-Programms, die sogenannten Prior Actions, als nicht erfüllt an, weswegen eine Freigabe der nächsten Programmtranche des ESM in Höhe von 275 Mio. € noch nicht infrage kommt. Die Eurogruppe wird sich in ihrer kommenden Sitzung im Februar wieder mit dem Thema befassen, dann auch mit Schwerpunkt auf dem anstehenden Auslaufen des Hilfsprogramms im März 2016.

Der IWF berichtete über die Ergebnisse der Interimsmission vom Dezember 2015, die er im Rahmen der Konsultationen mit dem Euroraum durchgeführt hat. Die Minister nutzten den Punkt für einen allgemeinen Austausch über die Finanz- und Wirtschaftspolitik im Euroraum. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble warnte in diesem Zusammenhang davor, der Analyse der Finanzpolitik des Euroraums als Ganzes zu viel Aufmerksamkeit

beizumessen. Entscheidend sei die Analyse und Überwachung der einzelnen Mitgliedstaaten. Im Finanzmarktbereich müsse der Schwerpunkt weiterer Arbeiten darauf liegen, Risiken abzubauen.

Die Europäische Kommission stellte die Empfehlungen an den Euroraum für 2016 im Rahmen des Europäischen Semesters vor. Schwerpunkte sind die Bereiche Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen, Arbeitsmarktreformen, nachhaltige Finanzpolitik, Reduzierung notleidender Kredite und privater Verschuldung sowie Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Eurogruppe wird sich in den kommenden Monaten vertieft mit diesen Fragestellungen befassen.

Die Minister tauschten sich über nationale Reformen zu Insolvenzregeln und deren makroökonomische Relevanz aus. Hierzu berichteten Italien, Irland und Portugal über ihre jeweiligen Erfahrungen. Es bestand Einvernehmen über die hohe Bedeutung des Themas im Zusammenhang mit der Banken- und Kapitalmarktunion sowie dem europäischen Investitionsplan.

Im ECOFIN am 15. Januar 2016 standen das Arbeitsprogramm der Präsidentschaft, der Umsetzungsstand der Bankenunion, das Europäische Semester 2016, der Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug sowie der Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung auf der Tagesordnung.

Beim ECOFIN-Frühstück tauschten sich die Minister zunächst über die Wirtschaftslage aus. Zudem fand auf deutschen Wunsch ein Austausch über die Themen Migration und Finanzierung der EU-Türkei-Fazilität statt. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble hob die Bedeutung einer gesamteuropäischen

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Lösung hervor. Er appellierte an die übrigen Mitgliedstaaten, den Zusagen für die EU-Türkei-Fazilität nun schnell nachzukommen. In der Zukunft seien auch darüber hinausgehend zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise erforderlich.

Im ECOFIN stellte die niederländische Präsidentschaft ihr Arbeitsprogramm für das 1. Halbjahr 2016 vor. Schwerpunkte seien die Bereiche Bankenunion, Kapitalmarktunion, Straffung des EU-Semesters sowie Steuerthemen.

Zur Umsetzung der Bankenunion unterrichtete die Europäische Kommission den ECOFIN, wie auch in den vergangenen Sitzungen üblich, über den Umsetzungsstand in den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Bankenrestrukturierungs- und -abwicklungsrichtlinie (BRRD), dem Intergouvernementalen Abkommen zum einheitlichen Abwicklungsfonds, der Umsetzung der im Dezember 2015 vereinbarten nationalen Brückenfinanzierung für den einheitlichen Abwicklungsfonds sowie der Einlagensicherungsrichtlinie. Sie wies auf die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur rechtzeitigen Umsetzung und die bereits eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren hin.

Unter dem Tagesordnungspunkt Europäisches Semester nahm der ECOFIN die bereits am

Vortag in der Eurogruppe diskutierten Empfehlungen an den Euroraum insgesamt für 2016 unverändert an. Diese werden nun dem Europäischen Rat zur Billigung vorgelegt. Zudem verabschiedete der ECOFIN Schlussfolgerungen zum Jahreswachstumsbericht der Europäischen Kommission sowie zum Frühwarnbericht im makroökonomischen Ungleichgewichteverfahren.

Auf Bitte Tschechiens diskutierte der ECOFIN über den Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug. Tschechien zielt darauf ab, EU-rechtlich abgesichert ein nationales Pilotverfahren zum sogenannten generellen Reverse-Charge-Verfahren (Umkehrung der Steuerschuldnerhaft) auf nationale Umsätze durchführen zu können. Die Europäische Kommission kündigte an, im Rahmen ihres für März 2016 angekündigten Mehrwertsteuer-Aktionsplans auch das Anliegen Tschechiens zu prüfen.

Unter dem TOP „Sonstiges“ kündigte die Europäische Kommission nunmehr einen Aktionsplan zur besseren Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung rechtzeitig vor dem nächsten ECOFIN am 12. Februar 2016 an. Die wortnehmenden Mitgliedstaaten wie auch Deutschland wiesen auf die Dringlichkeit konkreter Maßnahmen hin. Der niederländische Vorsitz kündigte an, das Thema mit Priorität zu behandeln.

 Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

11./12. Februar 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
18./19. Februar 2016	Europäischer Rat in Brüssel
26./27. Februar 2016	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Shanghai
7./8. März 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel
17./18. März 2016	Europäischer Rat in Brüssel
13./14. April 2016	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
15. - 17. April 2016	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
22./23. April 2016	Eurogruppe und informeller ECOFIN-Rat in Amsterdam
24./25. Mai 2016	Eurogruppe und ECOFIN-Rat in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2017 und des Finanzplans bis 2020

23. März 2016	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
2. - 4. Mai 2016	Steuerschätzung in Essen
Juni 2016	Stabilitätsrat
6. Juli 2016	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2017 und Finanzplan bis 2020
August 2016	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Februar 2016	Januar 2016	19. Februar 2016
März 2016	Februar 2016	21. März 2016
April 2016	März 2016	21. April 2016
Mai 2016	April 2016	20. Mai 2016
Juni 2016	Mai 2016	20. Juni 2016
Juli 2016	Juni 2016	21. Juli 2016
August 2016	Juli 2016	19. August 2016
September 2016	August 2016	22. September 2016
Oktober 2016	September 2016	21. Oktober 2016
November 2016	Oktober 2016	21. November 2016
Dezember 2016	November 2016	22. Dezember 2016

¹ Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IWF, siehe <http://dsbb.imf.org>.

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

<http://www.bundesfinanzministerium.de>
<http://www.bmf.bund.de>

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 71

1	Kreditmarktmittel	71
2	Gewährleistungen	72
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund.....	73
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund.....	75
5	Bundeshaushalt 2011 bis 2016	77
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016.....	78
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016	80
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016.....	84
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	86
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen.....	88
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	90
12	Entwicklung der Staatsquote	91
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte.....	92
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	94
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte.....	95
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....	96
16	Staatschuldenquoten im internationalen Vergleich.....	97
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich.....	98
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich.....	99
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	100
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	101

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte..... 102

1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2015.....	102
	Abb.1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015	102
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2015.....	103
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2015	105

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes.... 109

1	Produktionslücken, Budgetsemelastizität und Konjunkturkomponenten	110
2	Produktionspotenzial und -lücken	111
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum	112
4	Bruttoinlandsprodukt.....	113
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	115
6	Kapitalstock und Investitionen	119
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	120
8	Preise und Löhne.....	121

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 123

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	123
2	Preisentwicklung	124
3	Außenwirtschaft	125
4	Einkommensverteilung.....	126
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	127
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	128
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich.....	129
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	130
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	131
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	132
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	136

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel
in Mio. €

	Stand: 30. November 2015	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Dezember 2015
Gliederung nach Schuldenarten				
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	77 000	-	-	77 000
Bundesanleihen	699 405	-	-	699 405
Bundesobligationen	238 000	-	-	238 000
Bundesschatzanweisungen	112 000	3 000	14 000	101 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	12 528	-	2 003	10 525
Bundesschatzbriefe und Tagesanleihen des Bundes	2 633	-	258	2 375
Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite	10 810	2 477	50	13 237
Kreditmarktmittel insgesamt	1 152 376			1 141 542
Gliederung nach Restlaufzeiten				
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	183 803			184 107
Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	354 118			343 730
Langfristig (mehr als 4 Jahre)	614 455			613 705
Kreditmarktmittel insgesamt	1 152 376			1 141 542

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung	
		am 31. Dezember 2015 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2014
Ausfuhren	160,0	132,8	138,9
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	45,1	45,5
FZ-Vorhaben	22,2	13,3	9,7
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	112,2	106,6
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,8
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2015 Dezember	299 285	311 055	11 792	0	353	0
November	275 901	267 237	-8 617	-19 916	200	11 500
Oktober	252 058	247 873	-4 144	-23 768	198	19 822
September	228 888	226 166	-2 686	-14 053	188	11 555
August	202 583	196 915	-5 636	-12 976	191	7 531
Juli	180 764	174 943	-5 794	-21 268	179	15 653
Juni	147 444	147 872	450	-4 819	129	5 398
Mai	124 549	113 481	-11 046	-17 612	72	6 638
April	104 640	90 101	-14 518	-34 653	-28	20 106
März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	-105	14 620
Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	-129	17 144
Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	-126	10 252
2014 Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0
November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4 579
Juli	184 378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
Juni	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704
Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388	0	1 322
April	103 067	84 896	-18 139	-28 185	-18	10 028
März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	-126	7 040
Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179
Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	-161	18 534
2013 Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367
Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176
April	104 661	83 276	-21 371	-34 642	-58	13 213
März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	-107	4 780
Februar	59 487	35 678	-23 786	-24 082	-128	168
Januar	37 510	17 690	-19 803	-23 157	-132	3 222

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

	Central Government Operations					
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs-saldo	Kassenmittel	Münzein-nahmen	Kapitalmarkt-saldo/Nettokredit-aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financial market balance/Net borrowing
in Mio. €/€ m						
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	-1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	-77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	-98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	-123	-250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4 344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 300	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34 012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	-90	-3 861

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

	Central Government Debt					Debt guaranteed			
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Gewährleistungen ¹				
	Outstanding debt								
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt					
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	in Mrd. €/€ bn				
	in Mio. €/€ m								
2015									
Dezember	184 107	343 730	613 705	1 141 542		479			
November	183 803	354 118	614 455	1 152 376		-			
Oktober	189 880	349 135	607 485	1 146 500		-			
September	194 126	345 223	612 985	1 152 333		471			
August	200 206	354 984	602 004	1 157 194		-			
Juli	202 205	350 125	594 004	1 146 334		-			
Juni	199 834	346 331	607 064	1 153 229		469			
Mai	197 896	358 174	598 615	1 154 694		-			
April	196 390	353 279	588 623	1 138 291		-			
März	182 714	366 563	595 628	1 144 905		464			
Februar	186 389	374 708	589 632	1 150 729		-			
Januar	187 880	369 704	596 687	1 154 171		-			
2014									
Dezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804		464			
November	189 068	373 694	605 013	1 167 776		-			
Oktober	194 120	368 692	596 722	1 158 934		-			
September	194 113	363 965	597 130	1 155 207		459			
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758		-			
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003		-			
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222		452			
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109		-			
April	203 663	370 577	570 976	1 145 216		-			
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381		449			
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425		-			
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659		-			
2013									
Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814		443			
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432		-			
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592		-			
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789		470			
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273		-			
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882		-			
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877		474			
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512		-			
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651		-			
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928		472			
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897		-			
Januar	219 615	357 434	554 028	1 131 078		-			

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund**

	Central Government Debt					Debt guaranteed			
	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten				Gewährleistungen ¹				
	Outstanding debt								
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt					
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	in Mrd. €/€ bn				
	in Mio. €/€ m								
2012									
Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334		470			
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620		-			
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734		-			
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449		508			
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499		-			
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841		-			
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000		459			
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356		-			
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004		-			
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084		454			
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475		-			
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545		-			
2011									
Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570		378			
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028		-			
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125		-			
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211		376			
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286		-			
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277		-			
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355		361			
Mai	232 210	364 702	534 474	1 131 385		-			
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409		-			
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457		348			
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437		-			
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606		-			

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2011 bis 2016
Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll
Mrd. €						
1. Ausgaben	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+1,3	+5,9
2. Einnahmen¹	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	-0,2
darunter:						
Steuereinnahmen	248,1	256,1	259,8	270,8	281,7	288,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+4,0	+2,3
3. Finanzierungssaldo	-17,7	-22,8	-22,4	-0,3	11,9	-6,4
in % der Ausgaben	6,0	7,4	7,3	0,1	4,0	2,0
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (-)	274,2	245,2	238,6	201,8	170,2	210,1
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	3,1	9,9	7,9	-1,5	-18,5	13,9
6. Tilgungen (+)	260,0	232,6	224,4	200,3	188,7	196,2
7. Entnahme aus Rücklagen	-	-	-	-	-	-6,1
8. Zuführung aus Rücklagen	-	-	-	-	12,1	-
7. Nettokreditaufnahme	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	31,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-2,7	+43,0	-7,8	-12,6	+0,9	+6,5
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,2	0,6	0,7	2,5	2,5	2,5

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ Gemäß BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.² Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Januar 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

Ausgabeart	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
	Ist				Soll		
	in Mio. €						
Ausgaben der laufenden Rechnung							
Personalausgaben	27 856	28 046	28 575	29 209	29 907	30 989	
Aktivitätsbezüge	20 702	20 619	20 938	21 280	21 695	22 562	
ziviler Bereich	9 274	9 289	9 599	9 997	10 395	11 594	
militärischer Bereich	11 428	11 331	11 339	11 283	11 300	10 968	
Versorgung	7 154	7 427	7 637	7 928	8 212	8 427	
ziviler Bereich	2 472	2 538	2 619	2 699	2 765	2 831	
militärischer Bereich	4 682	4 889	5 018	5 229	5 447	5 596	
Laufender Sachaufwand	21 946	23 703	23 152	23 174	24 305	26 202	
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 545	1 384	1 453	1 352	1 462	1 493	
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 137	10 287	8 550	8 814	9 055	10 186	
sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	12 033	13 148	13 008	13 788	14 523	
Zinsausgaben	32 800	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772	
an andere Bereiche	32 800	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772	
sonstige	32 800	30 487	31 302	25 916	21 066	23 772	
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42	
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	32 759	30 446	31 261	25 874	21 024	23 730	
an Ausland	- 0	-	-	0	0	0	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	187 734	190 781	187 308	193 751	204 322	
an Verwaltungen	15 930	17 090	27 273	21 108	24 064	24 285	
Länder	10 642	11 529	13 435	14 133	16 154	17 137	
Gemeinden	12	8	8	5	19	6	
Sondervermögen	5 276	5 552	13 829	6 969	7 890	7 143	
Zweckverbände	1	1	0	0	0	0	
an andere Bereiche	171 624	170 644	163 508	166 200	169 687	180 036	
Unternehmen	23 882	24 225	25 024	25 517	25 616	28 296	
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	26 718	26 307	27 055	28 029	28 903	29 609	
an Sozialversicherung	115 398	113 424	103 693	104 719	107 334	111 824	
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 665	1 668	1 656	1 889	1 936	2 575	
an Ausland	3 958	5 017	6 075	6 043	5 894	7 730	
an Sonstige	2	2	5	5	4	2	
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	270 156	269 971	273 811	265 607	269 028	285 285	

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2011 bis 2016

Ausgabeart	2011	2012	2013	2014	2015	2016	
	Ist				Soll		
	in Mio. €						
Ausgaben der Kapitalrechnung							
Sachinvestitionen	7 175	7 760	7 895	7 865	7 684	9 264	
Baumaßnahmen	5 814	6 147	6 264	6 419	6 141	7 137	
Erwerb von beweglichen Sachen	869	983	1 020	983	1 186	1 491	
Grunderwerb	492	629	611	463	357	636	
Vermögensübertragungen	15 284	16 005	15 327	16 575	21 219	20 639	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14 589	15 524	14 772	15 971	20 516	19 919	
an Verwaltungen	5 243	5 789	4 924	4 854	8 779	6 128	
Länder	5 178	5 152	4 873	4 786	5 213	5 790	
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	56	52	68	66	107	
Sondervermögen	-	581	-	0	3 500	231	
an andere Bereiche	9 346	9 735	9 848	11 118	11 737	13 792	
sonstige - Inland	6 060	6 234	6 393	5 886	6 625	8 114	
Ausland	3 287	3 501	3 455	5 232	5 112	5 678	
sonstige Vermögensübertragungen	695	480	555	604	703	719	
an andere Bereiche	695	480	555	604	703	719	
Unternehmen - Inland	260	4	7	5	0	30	
sonstige - Inland	123	129	141	135	131	132	
Ausland	311	348	406	464	572	557	
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 613	13 040	10 810	5 439	1 353	2 301	
Darlehensgewährung	2 825	2 736	2 032	1 024	983	1 848	
an Verwaltungen	1	1	0	0	0	1	
Länder	1	1	0	0	0	1	
an andere Bereiche	2 825	2 735	2 032	1 023	983	1 847	
sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 115	1 070	597	793	708	1 597	
Ausland	1 710	1 666	1 435	230	274	250	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	10 304	8 778	4 416	370	453	
Inland	0	0	91	72	370	113	
Ausland	788	10 304	8 687	4 343	0	340	
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 072	36 804	34 032	29 879	30 257	32 203	
darunter: Investive Ausgaben	25 378	36 324	33 477	29 275	29 553	31 484	
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	0	- 588	
Ausgaben zusammen	296 228	306 775	307 843	295 486	299 285	316 900	

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
0	Allgemeine Dienste	71 572	64 884	27 369	20 458	0	17 057
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	15 172	14 682	4 157	1 938	0	8 588
02	auswärtige Angelegenheiten	12 348	7 126	573	267	0	6 285
03	Verteidigung	33 966	33 740	16 564	15 878	0	1 298
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	5 126	4 586	2 764	1 480	0	342
05	Rechtsschutz	515	498	308	122	0	67
06	Finanzverwaltung	4 445	4 253	3 003	773	0	476
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	21 961	18 265	549	1 221	0	16 494
13	Hochschulen	5 401	4 384	12	10	0	4 362
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 648	3 634	0	182	0	3 452
15	sonstiges Bildungswesen	365	271	12	75	0	184
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 689	9 352	524	941	0	7 887
19	übrige Bereiche aus 1	858	623	1	13	0	609
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	161 485	160 492	395	488	0	159 609
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	106 888	106 888	39	0	0	106 849
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	8 374	8 374	0	0	0	8 374
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 139	1 577	0	4	0	1 572
25	Arbeitsmarktpolitik	34 676	34 563	1	82	0	34 479
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	424	421	0	28	0	393
29	übrige Bereiche aus 2	8 985	8 671	355	374	0	7 942
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 312	1 413	389	651	0	374
31	Gesundheitswesen	620	581	222	254	0	105
32	Sport und Erholung	210	154	0	22	0	132
33	Umwelt- und Naturschutz	877	488	100	313	0	76
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	604	190	67	62	0	62
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 502	546	0	20	0	527
41	Wohnungswesen, Wohnungsbaurämie	1 809	535	0	9	0	527
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	690	11	0	11	0	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	3	0	0	0	0	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 066	573	15	242	0	317
52	Landwirtschaft und Ernährung	1 041	549	0	234	0	314
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	129	129	0	103	0	26
529	übrige Bereiche aus 52	912	420	0	131	0	289
599	übrige Bereiche aus 5	26	24	15	8	0	2

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Sach-investitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehns-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
0	Allgemeine Dienste	1 394	4 703	590	6 688	6 669
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	396	95	0	490	490
02	auswärtige Angelegenheiten	151	4 481	590	5 222	5 221
03	Verteidigung	181	44	0	226	208
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	458	83	0	541	541
05	Rechtsschutz	17	0	0	17	17
06	Finanzverwaltung	192	0	0	192	192
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	117	3 580	0	3 696	3 696
13	Hochschulen	1	1 015	0	1 016	1 016
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	0	14	0	14	14
15	sonstiges Bildungswesen	0	94	0	94	94
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	114	2 223	0	2 337	2 337
19	übrige Bereiche aus 1	1	235	0	235	235
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	75	910	7	992	322
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	0	0	0	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	560	1	562	5
25	Arbeitsmarktpolitik	0	113	0	113	0
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	3	0	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	74	234	7	314	314
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	442	456	0	898	898
31	Gesundheitswesen	32	7	0	39	39
32	Sport und Erholung	0	56	0	56	56
33	Umwelt- und Naturschutz	6	383	0	389	389
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	10	0	414	414
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	0	1 951	4	1 955	1 955
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	0	1 269	4	1 273	1 273
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	0	679	0	679	679
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	0	3	0	3	3
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1	492	1	493	493
52	Landwirtschaft und Ernährung	0	491	1	492	492
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
529	übrige Bereiche aus 52	0	491	1	492	492
599	übrige Bereiche aus 5	1	1	0	1	1

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €					
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 870	2 779	101	457	0	2 222
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	125	0	0	0	0	0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 707	1 666	0	0	0	1 666
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	603	493	0	56	0	437
65	Handel und Tourismus	369	369	0	304	0	66
66	Geld- und Versicherungswesen	40	10	0	10	0	0
68	sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 513	93	0	40	0	52
69	regionale Fördermaßnahmen	1 389	28	0	27	0	1
699	übrige Bereiche aus 6	124	121	101	20	0	0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	18 881	4 530	1 106	2 267	0	1 156
72	Straßen	8 786	1 181	0	1 008	0	173
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 587	560	102	386	0	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	5 349	82	0	4	0	78
75	Luftfahrt	517	231	69	23	0	140
799	übrige Bereiche aus 7	2 642	2 476	936	846	0	694
8	Finanzwirtschaft	31 252	31 802	1 065	398	23 772	6 566
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 853	5 853	0	0	0	5 853
82	Steuern und Finanzzuweisungen	751	713	0	0	0	713
83	Schulden	23 780	23 780	0	8	23 772	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	565	565	565	0	0	0
88	Globalposten	- 88	500	500	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	391	391	0	390	0	0
Summe aller Hauptfunktionen		316 900	285 285	30 989	26 202	23 772	204 322

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2016

		Sach-investitionen	Vermögens-übertragun-gen	Darlehns-gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital-rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	in Mio. €				
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	3	1 673	1 415	3 091	3 061
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	0	125	0	125	125
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	0	41	0	41	41
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	0	111	0	111	111
65	Handel und Tourismus	0	0	0	0	0
66	Geld- und Versicherungswesen	0	30	0	30	0
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	0	5	1 415	1 420	1 420
69	regionale Fördermaßnahmen	0	1 361	0	1 361	1 361
699	übrige Bereiche aus 6	3	0	0	3	3
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	7 232	6 835	284	14 351	14 351
72	Straßen	6 165	1 441	0	7 606	7 606
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 026	1	0	1 027	1 027
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0	5 267	0	5 267	5 267
75	Luftfahrt	1	0	284	285	285
799	übrige Bereiche aus 7	41	125	0	166	166
8	Finanzwirtschaft	0	38	0	38	38
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	0	0	0	0	0
82	Steuern und Finanzzuweisungen	0	38	0	38	38
83	Schulden	0	0	0	0	0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	0	0	0	0	0
88	Globalposten	0	0	0	0	0
899	übrige Bereiche aus 8	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen		9 264	20 639	2 301	32 203	31 484

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2016
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
		Ist-Ergebnisse							
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 8,6	+ 12,7	+ 37,5	+ 2,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,0	+ 3,3
Einnahmen	Mrd. €	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 17,9	+ 0,2	+ 6,0	+ 5,0	+ 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd. €	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd. €	0,0	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	0,7	0,0	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 12,4	+ 5,9	+ 6,5	+ 3,4	+ 4,5	+ 0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 14,3	+ 23,1	+ 24,1	+ 5,1	+ 6,7	- 6,2	- 4,7	+ 3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+ 8,4	+ 8,8	- 1,7	+ 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen²	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 18,7	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,6	+ 4,7	- 3,4	+ 3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ¹	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd. €	61,9	129,2	236,6	386,8	536,2	1 009,3	1 198,1	1 447,5
darunter: Bund	Mrd. €	30,1	58,1	119,2	203,8	306,2	657,1	773,9	888,0

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts
1969 bis 2016
(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		Ist-Ergebnisse						Soll	
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd. €	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	299,3	316,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,5	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+1,3	+5,9
Einnahmen	Mrd. €	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	311,1	310,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-4,7	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+5,4	-0,2
Finanzierungssaldo	Mrd. €	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3	11,8	-6,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd. €	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4	-0,3
Rücklagenbewegung	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	12,1	-6,4
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd. €	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,9	31,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+3,4	+0,9	-1,2	+0,7	+1,9	+2,2	+2,4	+3,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	10,0	9,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,4	12,4	12,8
Zinsausgaben	Mrd. €	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	21,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-5,2	-13,1	-0,9	-7,1	+2,7	-17,2	-18,7	+12,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,0	7,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	46,5	43,6	49,2
Investive Ausgaben	Mrd. €	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	29,6	31,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+11,5	-3,8	-2,7	+43,1	-7,8	-12,6	+0,9	+6,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9	9,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	33,6	34,7	37,0
Steuereinnahmen²	Mrd. €	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	281,7	288,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-4,8	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+4,0	+2,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	94,1	90,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	90,6	92,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,1	41,9	42,9
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-34,1	-44,0	-17,3	-22,5	-22,1	0,0	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0	0,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	-38,0	-55,9	-67,0	-83,4	-169,9	0,0	0,0	0,0
nachrichtlich: Schuldenstand⁴									
öffentliche Haushalte ³	Mrd. €	1 642,3	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 043,3	2 049,2	-	-
darunter: Bund	Mrd. €	1 032,6	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 282,7	1 289,7	-	-

¹Stand: November 2015; 2015/2016 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite.

²Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³Ab 1991 Gesamtdeutschland.

⁴Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite;
Quelle: Statistisches Bundesamt; Stand: 7. September 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	in Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	679,2	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,5
Einnahmen	668,9	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,6
Finanzierungssaldo	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	1,8
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5
Einnahmen	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1
Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	46,3	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9
Einnahmen	40,4	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5
Finanzierungssaldo	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	317,4	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5
Einnahmen	299,7	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8
Finanzierungssaldo	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,4
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	48,4	44,2	46,3	48,1
Einnahmen	-	-	-	48,0	44,8	48,0	50,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-0,4	0,6	1,7	0,4
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,3
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	342,8
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	0,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1
Einnahmen	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3
Finanzierungssaldo	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,7	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6
Einnahmen	4,7	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7
Finanzierungssaldo	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	170,4	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6
Einnahmen	178,8	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0
Finanzierungssaldo	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	4,6	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6
Einnahmen	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0
Einnahmen	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	13,7	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8
Einnahmen	4,1	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8
Bund insgesamt							
Ausgaben	4,8	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4
Einnahmen	4,7	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,5
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-8,7	4,7	3,9
Einnahmen	-	-	-	-	-6,7	7,0	4,2
Länder insgesamt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,1
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8
Einnahmen	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	1,9	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0
Einnahmen	0,4	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3
Einnahmen	3,8	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen") finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juli 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in %	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	insgesamt	Steueraufkommen			
		davon			
		Direkte Steuern in Mrd. €	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Bundesrepublik Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015 ²	671,7	353,7	317,9	52,7	47,3
2016 ²	686,2	357,9	328,3	52,2	47,8
2017 ²	717,6	381,0	336,6	53,1	46,9
2018 ²	744,6	400,0	344,6	53,7	46,3
2019 ²	769,5	416,7	352,8	54,1	45,9
2020 ²	795,6	434,3	361,3	54,6	45,4

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschafts- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Solidaritätszuschlag (30. Juni 1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).

² Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹
(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²			Abgrenzung der Finanzstatistik ³		
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
Jahr	in Relation zum BIP in %					
1960	33,4	23,0	10,3	.	.	.
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9
1991	38,3	22,0	16,3	36,9	21,4	15,5
1992	39,1	22,4	16,7	38,1	22,1	16,0
1993	39,5	22,3	17,2	38,4	21,9	16,4
1994	40,1	22,4	17,7	38,7	21,9	16,8
1995	40,1	22,0	18,1	39,1	21,9	17,2
1996	40,5	21,8	18,7	38,9	21,2	17,6
1997	40,4	21,5	19,0	38,4	20,7	17,7
1998	40,6	21,9	18,7	38,5	21,1	17,4
1999	41,4	22,9	18,5	39,1	21,9	17,2
2000	41,2	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9
2001	39,3	21,4	17,8	37,1	20,5	16,6
2002	38,8	21,0	17,8	36,7	20,0	16,7
2003	39,1	21,1	18,0	36,7	19,9	16,8
2004	38,2	20,6	17,6	36,0	19,5	16,5
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,6	16,2
2006	38,5	21,6	16,9	36,8	20,4	16,4
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9
2009	39,3	22,4	16,9	37,0	21,3	15,7
2010	37,9	21,4	16,5	35,8	20,6	15,3
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,1
2012	39,0	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3
2013	39,1	22,6	16,5	37,3	22,0	15,3
2014	39,2	22,6	16,5	37,4	22,1	15,4
2015	39,4	22,8	16,6	37 1/2	22 1/4	15 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2015.³ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 bis 2014: teilweise Kassenergebnisse. 2015: Schätzung.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates		
		darunter		Sozialversicherung ³
		Gebietskörperschaften ³	in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7		11,2
1965	37,1	25,4		11,6
1970	38,5	26,1		12,4
1975	48,8	31,2		17,7
1980	46,9	29,6		17,3
1985	45,2	27,8		17,4
1990	43,6	27,3		16,4
1991	46,4	28,8		17,5
1992	47,2	28,5		18,7
1993	48,0	28,6		19,4
1994	47,9	28,4		19,5
1995 ⁴	48,2	28,2		20,0
1995	54,7	34,6		20,0
1996	48,9	28,1		20,9
1997	48,1	27,4		20,7
1998	47,7	27,2		20,5
1999	47,7	27,1		20,6
2000 ⁵	44,7	24,2		20,5
2000	45,1	23,9		21,2
2001	46,9	26,3		20,6
2002	47,3	26,3		21,0
2003	47,8	26,5		21,3
2004	46,3	25,8		20,6
2005	46,2	26,0		20,2
2006	44,7	25,4		19,3
2007	42,8	24,4		18,4
2008	43,6	25,2		18,4
2009	47,6	27,2		20,3
2010	47,3	27,6		19,6
2011	44,7	25,9		18,8
2012	44,4	25,7		18,7
2013	44,5	25,6		18,9
2014	44,3	25,3		19,0
2015	43,9	24,9		19,0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2012 bis 2015: vorläufiges Ergebnis; Stand: Januar 2015.³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der VGR wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Schulden (Mio. €)						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919 304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 337
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	986	1 124	1 325	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386
Kassenkredite	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 397 938	1 469 117	1 540 311	1 588 545	1 598 062	1 666 170	1 783 669
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14 357	-	-	-
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 13a : Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Schulden (Mio. €)							
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	-
Anteil an den Schulden (in %)							
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,0	64,8	64,6	61,8	61,6	68,9
Bund	37,2	38,3	39,3	39,7	38,1	38,5	42,8
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,4	37,4	37,5	40,3
Extrahaushalte	2,6	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	4,8	4,9	5,0	4,7	4,4	4,2	4,6
gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	23,9	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,0
Maastricht-Schuldenstand	63,0	64,7	66,9	66,4	63,6	65,0	72,5
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2220,1	2270,6	2300,9	2393,3	2513,2	2561,7	2460,3
Einwohner 30. Juni	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte
Neue Systematik¹

	2010	2011	2012	2013	2014
	in Mio. €				
Öffentlicher Gesamthaushalt²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 043 344	2 049 014
in Relation zum BIP in %	78,0	74,9	75,1	72,4	70,3
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 282 683	1 289 542
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 262 675	1 269 607
Kassenkredite	16 256	7 313	14 338	20 008	19 936
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 091 201	1 092 592
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214 635	191 482	196 951
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224	12 576
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24 328	25 524
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194	19 870
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732	136 125
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3	2856
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624 915	619 477
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948	611 894
Kassenkredite	4 930	3 748	6 304	3 967	7 583
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375	547 166
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540	72 311
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116	139 436
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 733	91 405
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383	48 031
Kernhaushalte	115 253	121 092	126 331	125 903	127 518
Zweckverbände ³ und sonstige Extrahaushalte	8 315	8 542	8 846	9 213	11 918
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631	559
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625	559
Kassenkredite	0	58	4	6	0
Kernhaushalte	506	735	627	598	539
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33	20
Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	24 607	25 244	25 725	25 356	25 320
Maastricht-Schuldenstand	2 090 037	2 118 535	2 195 819	2 181 924	2 184 302
in Relation zum BIP in %	81,0	78,4	79,7	77,4	74,9
nachrichtlich:					
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 580	2 703	2 755	2 821	2 916
Einwohner 30. Juni	81 750 716	80 233 104	80 399 253	80 585 684	80 925 031

¹Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.²Einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.³Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.⁴Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank, Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Staat	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
		in Mrd. €			in Relation zum BIP in %	in Relation zum BIP in %		
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-50,0	-60,9	10,9	-3,2	-3,9	0,7	-62,8	-4,0
1992	-44,0	-42,0	-2,0	-2,6	-2,5	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-53,9	-56,5	2,6	-3,1	-3,2	0,1	-70,5	-4,0
1994	-45,9	-47,3	1,5	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,2
1995	-179,0	-171,2	-7,8	-9,4	-9,0	-0,4	-	-
1995 ⁴	-59,4	-51,6	-7,8	-3,1	-2,7	-0,4	-55,9	-2,9
1996	-68,2	-60,9	-7,4	-3,5	-3,2	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-57,9	-58,2	0,2	-2,9	-3,0	0,0	-48,1	-2,4
1998	-51,1	-52,3	1,2	-2,5	-2,6	0,1	-28,8	-1,4
1999	-35,1	-38,9	3,9	-1,7	-1,9	0,2	-26,9	-1,3
2000	18,2	-27,4	-1,3	0,9	0,9	-0,1	-	-
2000 ⁵	-32,6	-31,3	-1,3	-1,5	-1,5	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-67,8	-62,5	-5,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-87,1	-79,9	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-92,7	-85,4	-7,3	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-84,9	-83,8	-1,1	-3,7	-3,7	0,0	-65,5	-2,9
2005	-78,6	-73,5	-5,1	-3,4	-3,2	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-41,2	-45,5	4,3	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,7
2007	4,7	-5,5	10,2	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-4,5	-11,0	6,4	-0,2	-0,4	0,3	-10,4	-0,4
2009	-79,6	-65,2	-14,4	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-108,9	-112,7	3,8	-4,2	-4,4	0,1	-78,7	-3,1
2011	-25,9	-41,2	15,3	-1,0	-1,5	0,6	-25,9	-1,0
2012	-2,4	-20,7	18,3	-0,1	-0,8	0,7	-27,0	-1,0
2013	-3,1	-8,5	5,3	-0,1	-0,3	0,2	-13,0	-0,5
2014	8,9	5,6	3,4	0,3	0,2	0,1	1,9	0,1
2015	16,4	14,3	2,1	0,5	0,5	0,1	20	3/4

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
2012 bis 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand:Januar 2016.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser.
Bis 2012: Rechnungsergebnisse, 2013 und 2014: Kassenergebnisse, 2015: Schätzung.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhändanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gelagerte Vermögensübertragungen.

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	-9,4	0,9	-3,4	-4,2	-0,1	-0,1	0,3	0,9	0,5
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,1	-2,7	-2,6
Estland	1,1	-0,1	1,1	0,2	-0,3	-0,1	0,7	0,2	0,2
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,5	-3,3	-3,2	-2,7
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,8	-4,1	-3,9	-3,8	-3,4
Griechenland	-	-	-	-11,2	-8,8	-12,4	-3,6	-4,6	-3,6
Irland	-2,1	4,9	1,3	-32,3	-8,0	-5,7	-3,9	-2,2	-1,5
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,9	-3,0	-2,6	-2,3
Lettland	-1,4	-2,7	-0,4	-8,5	-0,8	-0,9	-1,5	-1,5	-1,2
Litauen	-1,5	-3,2	-0,3	-6,9	-3,1	-2,6	-0,7	-1,0	-1,1
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,5	0,2	0,7	1,4	0,0	0,5
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,2	-3,6	-2,6	-2,1	-1,7	-1,2
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-3,9	-2,4	-2,4	-2,1	-1,5
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,4	-2,2	-1,3	-2,7	-1,9	-1,6
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,7	-4,8	-7,2	-3,0	-2,9
Slowakei	-3,3	-12,0	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-2,8	-2,7	-2,4
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,3	-5,6	-4,1	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,4	-6,9	-5,9	-4,7	-3,6
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-8,9	-0,7	0,1
Euroraum	-	-	-	-6,2	-3,7	-3,0	-2,6	-2,0	-1,8
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,6	-0,8	-5,8	-2,8	-2,7
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,6	-1,3	1,5	-3,3	-2,5
Kroatien	-	-	-3,7	-5,9	-5,3	-5,4	-5,6	-4,9	-4,7
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,5	-3,7	-4,0	-3,3	-2,8	-2,8
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,9	-3,2	-2,2	-1,4	-1,2	-2,8
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-1,7	-1,4	-1,3
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,9	-1,9	-1,3
Ungarn	-8,6	-3,0	-7,8	-4,5	-2,3	-2,5	-2,5	-2,3	-2,1
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,7	-8,3	-5,7	-5,7	-4,3	-2,8
EU	-	-	-	-6,4	-4,3	-3,3	-3,0	-2,4	-2,0
USA	-4,1	0,8	-4,1	-12,0	-8,8	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,5	-6,6	-5,7

Quelle: Ameco.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,9	58,9	66,9	81,0	79,7	77,4	74,9	71,4	68,5
Belgien	130,5	108,8	94,6	99,6	104,1	105,1	106,7	106,7	107,1
Estland	-	5,1	4,5	6,6	9,5	9,9	10,4	10,0	9,6
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	52,9	55,6	59,3	62,5	64,5
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	89,6	92,3	95,6	96,5	97,1
Griechenland	-	-	-	146,1	159,4	177,0	178,6	194,8	199,7
Irland	78,5	36,1	26,1	86,8	120,2	120,0	107,5	99,8	95,4
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	123,2	128,8	132,3	133,0	132,2
Lettland	13,9	12,1	11,8	47,5	41,4	39,1	40,6	38,3	41,1
Litauen	11,5	23,5	17,6	36,2	39,8	38,8	40,7	42,9	40,8
Luxemburg	7,7	7,6	6,3	19,6	22,1	23,4	23,0	22,3	23,9
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,6	69,6	68,3	65,9	63,2
Niederlande	73,2	51,4	48,9	59,0	66,4	67,9	68,2	68,6	67,9
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,6	80,8	84,2	86,6	85,7
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	126,2	129,0	130,2	128,2	124,7
Slowakei	21,7	49,6	33,9	40,8	51,9	54,6	53,5	52,7	52,6
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	53,7	70,8	80,8	84,2	80,9
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	85,4	93,7	99,3	100,8	101,3
Zypern	47,9	55,1	63,2	56,3	79,3	102,5	108,2	106,7	98,7
Euroraum	-	-	-	84,0	91,3	93,4	94,5	94,0	92,9
Bulgarien	-	71,2	26,6	15,5	17,6	18,0	27,0	31,8	32,8
Dänemark	-	52,4	37,4	42,9	45,6	45,0	45,1	40,2	39,3
Kroatien	-		40,7	57,0	69,2	80,8	85,1	89,2	91,7
Polen	47,6	36,5	46,7	53,3	54,0	55,9	50,4	51,4	52,4
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,4	38,0	39,9	39,4	40,9
Schweden	69,9	50,6	48,2	37,6	37,2	39,8	44,9	44,7	44,0
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	44,7	45,2	42,7	41,0	41,0
Ungarn	84,5	55,1	60,5	80,6	78,3	76,8	76,2	75,8	74,5
Vereinigtes Königreich	48,2	38,9	41,5	76,6	85,3	86,2	88,2	88,3	88,0
EU	-	-	-	78,6	85,2	87,3	88,6	87,8	87,1
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,4	104,1	105,2	105,3	104,4
Japan	95,1	143,8	186,4	215,8	236,6	242,6	246,4	247,4	247,4

Quelle: Ameco.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP										
	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2011	2012	2013	2014
Deutschland^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,5	22,2	21,9	22,5	22,6	22,1
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,5	29,5	28,2	29,1	29,9	30,5	30,6
Dänemark	28,2	41,1	44,4	46,2	46,3	44,8	45,1	45,3	46,3	47,5	50,8
Estland	-	-	-	20,0	20,7	19,9	22,0	20,1	20,7	20,8	21,7
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	30,0	30,0	31,1	31,2
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	26,6	27,6	28,3	28,1
Griechenland	11,7	13,9	17,5	23,2	20,5	20,2	20,5	22,8	23,7	23,7	25,5
Irland	22,9	25,8	27,8	27,3	26,3	24,1	22,4	22,1	23,0	23,9	24,7
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,8	28,9	29,0	30,8	30,8	30,5
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,7	17,2	17,9	11,1
Kanada	23,9	27,3	31,0	30,2	27,6	26,9	26,5	25,6	26,0	25,7	25,8
Luxemburg	17,8	24,1	24,7	27,5	26,5	26,6	27,4	26,8	27,5	27,3	27,0
Niederlande	21,4	24,9	25,2	22,5	23,5	23,0	22,6	22,1	21,4	21,7	11,1
Norwegen	25,9	33,1	29,7	33,1	33,4	32,8	31,6	32,8	32,2	31,0	29,2
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,8	26,9	27,6	26,7	26,9	27,5	27,9	28,2
Polen	-	-	-	20,0	22,8	23,1	20,3	20,7	20,1	19,6	11,1
Portugal	12,3	15,4	19,3	23,3	23,9	23,5	21,5	23,6	23,3	25,6	25,4
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,6	32,4	32,9	32,8
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,4	20,2	20,1	19,9
Slowakei	-	-	-	19,7	17,8	17,5	16,6	16,6	16,1	17,1	17,5
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,8	21,9	22,0	22,1
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,5	18,1	19,6	20,7	21,4	21,8
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,7	19,1	19,5	18,8
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	24,1	26,0	25,9	25,5
Vereinigtes Königreich	24,8	27,8	27,3	28,8	27,8	27,5	25,9	27,3	26,7	26,7	26,5
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,3	21,5	20,4	18,9	16,7	18,1	18,6	19,3	19,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2014, Paris 2015.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland^{2,3}	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP													
	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Deutschland¹	54,7	44,7	46,2	42,8	43,6	47,6	47,3	44,7	44,4	44,5	44,3	43,5	43,8	44,0
Belgien	52,4	49,1	51,4	48,2	50,3	54,1	53,3	54,4	55,8	55,6	55,1	54,3	53,9	53,6
Estland	41,0	36,4	34,0	34,1	39,7	46,1	40,5	37,4	39,1	38,3	38,0	39,9	39,7	39,8
Finnland	61,1	48,0	49,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,1	57,6	58,3	58,1	58,1	57,9
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,8	57,0	57,5	57,2	56,8	56,4
Griechenland	—	—	—	47,1	50,8	54,1	52,5	54,2	55,2	60,8	49,9	51,6	51,0	49,3
Irland	40,8	30,9	33,4	35,9	41,9	47,2	65,7	45,5	41,8	39,7	38,2	36,2	34,3	33,7
Italien	51,8	45,5	47,1	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,8	51,0	51,2	50,8	49,6	48,9
Lettland	35,6	37,3	34,2	33,9	37,2	43,6	44,7	39,0	36,9	36,8	37,1	36,4	35,7	35,6
Litauen	34,6	39,4	34,1	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,6	34,8	35,7	35,8	34,4
Luxemburg	38,4	36,3	42,6	37,3	39,3	44,9	43,8	43,3	44,6	43,3	42,4	43,6	43,4	43,1
Malta	39,1	40,2	42,3	41,2	42,6	41,9	41,1	40,9	42,5	42,6	44,0	44,0	41,6	41,3
Niederlande	53,7	41,8	42,3	42,5	43,6	48,2	48,2	47,0	47,1	46,4	46,2	44,7	43,3	42,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	49,1	49,8	54,1	52,7	50,8	51,1	50,9	52,7	52,1	51,2	50,7
Portugal	42,6	42,6	46,7	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	49,9	51,7	47,9	47,1	46,6
Slowakei	48,2	52,0	39,6	36,1	36,7	43,9	42,0	40,5	40,1	41,0	41,6	42,7	39,8	40,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	42,2	43,9	48,2	49,3	50,0	48,6	60,3	49,8	47,7	45,8	44,4
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,6	48,0	45,1	44,5	43,4	42,3	41,3
Zypern	30,8	34,4	39,3	37,7	38,6	42,3	42,2	42,5	41,9	41,4	49,3	40,3	39,0	38,6
Bulgarien	41,3	41,1	36,8	37,4	36,9	39,5	36,6	34,1	34,7	37,6	42,1	39,5	38,9	39,0
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,6	50,5	56,8	57,1	56,8	58,8	57,1	56,9	55,8	54,1	53,1
Kroatien	—	—	45,2	44,9	44,7	47,3	47,2	48,8	47,1	47,8	48,2	48,0	47,9	47,5
Polen	47,7	42,0	44,4	43,1	44,4	45,2	45,6	43,6	42,6	42,4	42,1	41,9	41,6	41,6
Rumänien	34,1	38,4	33,4	38,2	38,8	40,6	39,6	39,1	36,5	35,2	34,9	36,6	34,1	33,9
Schweden	63,5	53,6	52,7	49,7	50,3	53,1	51,2	50,5	51,7	52,4	51,8	51,4	51,3	51,3
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,9	44,5	42,6	42,6	42,9	41,8	41,5
Ungarn	55,4	47,2	49,6	50,1	48,8	50,7	49,6	49,7	48,6	49,5	49,9	49,4	46,3	45,6
Vereinigtes Königreich	41,8	37,8	42,8	42,8	46,6	49,5	48,8	46,9	46,8	44,9	43,9	42,8	41,6	40,6
Euroraum	—	—	—	45,3	46,6	50,7	50,5	49,1	49,7	49,6	49,4	48,6	48,0	47,6
EU-28	—	—	—	44,9	46,5	50,3	50,0	48,6	49,0	48,6	48,2	47,4	46,6	46,2
USA	37,2	33,7	36,4	36,9	39,4	43,0	42,9	41,8	40,0	38,7	38,0	37,5	37,4	37,3
Japan	35,7	38,8	36,4	35,8	36,9	41,9	40,7	41,8	41,8	42,3	42,7	42,3	41,8	41,9

¹1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	EU-Haushalt 2014				EU-Haushalt 2015			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	in Mio. €	in %						
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	77 954,7	48,0	66 853,3	47,3
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	63 877,1	39,4	55 978,8	39,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 522,1	1,6	1 927,0	1,4
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 710,9	5,4	7 478,2	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,3	5,3	8 658,6	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	548,1	0,34	384,5	0,27
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	162 273,3	100,0	141 280,4	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	21,8	2,4	13 968,3	1 553,2
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	7,9	-0,8	4 686,2	-465,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	16,1	15,7	350,1	261,5
4. Die EU als globaler Akteur	4,6	9,3	385,9	637,3
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,8	253,1
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	-28,6	-28,6
Besondere Instrumente	-6,0	9,9	-34,8	34,5
Gesamtbetrag	13,7	1,6	19 583,0	2 246,2

 Statistiken und Dokumentationen

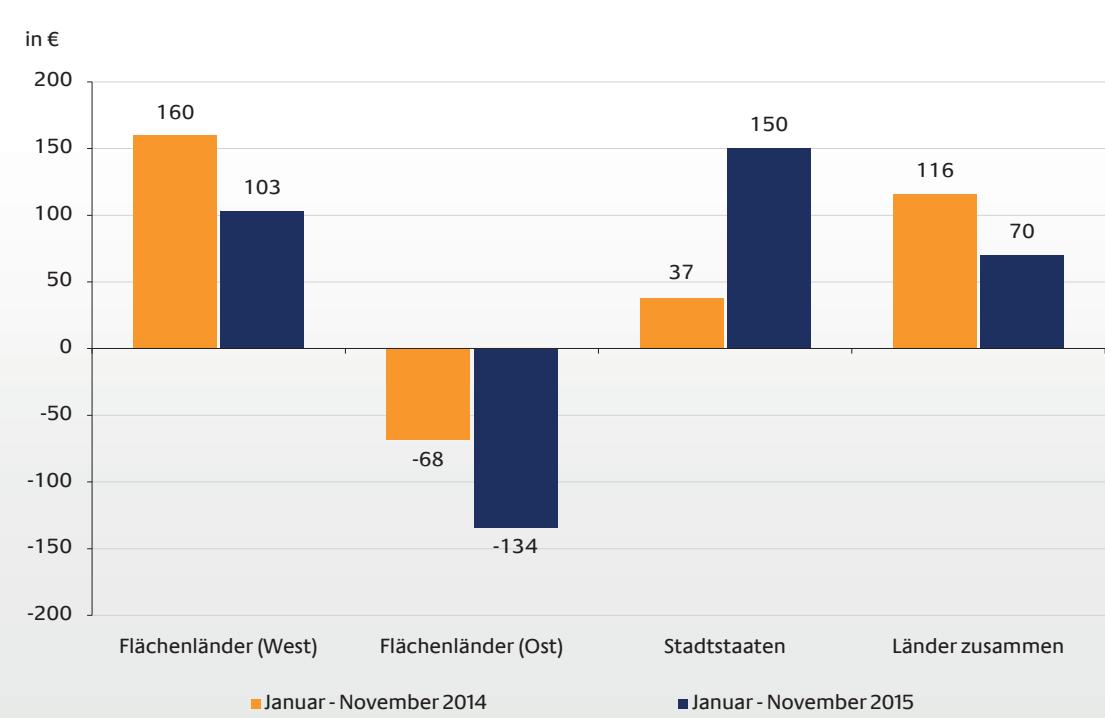
ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2015 im Vergleich zum Jahressoll 2015

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
	in Mio. €							
Bereinigte Einnahmen	234 827	212 060	54 264	49 980	40 148	36 956	322 021	292 663
darunter:								
Steuereinnahmen	184 834	164 105	32 742	30 974	25 296	23 735	242 872	218 814
übrige Einnahmen	49 993	47 955	21 522	19 006	14 852	13 220	79 149	73 849
Bereinigte Ausgaben	240 836	218 555	55 144	48 305	40 674	37 843	329 435	298 370
darunter:								
Personalausgaben	92 657	85 565	13 696	12 423	13 046	12 123	119 400	110 110
laufender Sachaufwand	16 467	14 552	4 170	3 549	9 353	9 036	29 990	27 136
Zinsausgaben	11 238	9 582	2 077	1 765	3 530	2 717	16 845	14 063
Sachinvestitionen	4 520	3 177	1 677	1 210	641	575	6 837	4 962
Zahlungen an Verwaltungen	75 770	66 509	20 048	17 819	1 648	1 181	90 248	79 176
übrige Ausgaben	40 185	39 171	13 476	11 540	12 456	12 212	66 116	62 922
Finanzierungssaldo	-6 008	-6 495	-879	1 676	-526	-887	-7 413	-5 707

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2015

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		November 2014			Oktober 2015			November 2015			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	252 401	277 979	511 702	247 873	265 698	494 082	267 237	292 663	539 034	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	249 188	267 448	516 636	244 045	256 794	500 838	263 416	282 774	546 190	
111	Steuereinnahmen	229 995	205 292	435 288	222 033	199 884	421 917	240 363	218 814	459 177	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 491	51 103	53 594	2 291	48 000	50 292	2 528	52 716	55 244	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2 644	2 644	-	2 838	2 838	-	2 839	2 839	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	3 213	10 531	13 744	3 829	8 904	12 733	3 820	9 889	13 710	
121	Veräußerungserlöse	1 186	824	2 010	1 753	189	1 942	1 769	197	1 966	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	930	676	1 607	864	63	927	864	64	927	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	384	5 710	6 094	378	4 993	5 371	376	5 485	5 861	
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	273 755	287 341	542 417	252 058	267 142	499 711	275 901	298 370	553 405	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	248 765	260 929	509 694	229 256	244 760	474 017	250 568	272 453	523 022	
211	Personalausgaben	27 663	107 296	134 959	25 989	98 396	124 386	28 311	110 110	138 421	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	8 150	32 577	40 727	7 702	31 233	38 935	8 429	34 554	42 984	
212	laufender Sachaufwand	18 046	24 315	42 361	16 650	23 910	40 560	19 011	27 136	46 147	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	10 822	16 398	27 219	10 115	15 859	25 974	11 269	18 001	29 270	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	25 485	15 237	40 722	20 308	13 157	33 465	21 031	14 063	35 094	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	17 757	64 354	82 111	18 231	64 172	82 404	19 462	70 084	89 546	
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	170	170	-	325	325	-	441	441	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	5	59 633	59 638	18	59 519	59 537	19	65 016	65 035	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	24 989	26 411	51 401	22 802	22 382	45 184	25 333	25 917	51 250	
221	Sachinvestitionen	6 431	4 909	11 340	5 332	4 213	9 545	6 243	4 962	11 205	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	4 026	8 297	12 323	7 550	8 049	15 599	7 889	9 093	16 982	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	24 435	24 760	49 195	22 212	21 884	44 096	24 690	25 386	50 076	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2015

Lfd. Nr.	Bezeichnung	in Mio. €									
		November 2014			Oktober 2015			November 2015			
		Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-21 297 ²	-9 361	-30 658	-4 144 ²	-1 444	-5 588	-8 617 ²	-5 707	-14 324	
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	191 615	69 112	260 726	151 226	56 667	207 893	162 226	66 763	228 989	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	188 827	79 632	268 459	171 048	79 056	250 105	173 726	85 067	258 793	
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	2 788	-10 520	-7 732	-19 822	-22 389	-42 212	-11 500	-18 304	-29 804	
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	9 465	8 846	18 311	-10 476	11 957	1 482	-15 510	12 083	-3 427	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	15 632	15 632	-	15 876	15 876	-	14 882	14 882	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-9 464	-5 282	-14 746	10 478	-6 329	4 149	15 511	-5 490	10 021	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2015

in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	37 255	47 214 ^a	9 663	21 229	6 942	25 875	55 765	13 581	3 391
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	36 411	45 886 ^a	9 175	20 714	6 446	25 103	54 026	13 111	3 338
111	Steuereinnahmen	28 243	36 375	6 123	16 881	4 100	19 639 ⁴	43 629	9 738	2 451
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 419	4 628	2 445	2 646	1 981	3 653	7 797	2 592	761
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	175	-	148	175	361	127	57
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	395	-	441	381	674	297	141
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	844	1 327	488	516	496	772	1 739	470	53
121	Veräußerungserlöse	3	1	14	13	4	4	11	61	5
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	-	-	-	2	0	47	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	610	1 015	211	350	181	647	860	219	37
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	38 486	47 382 ^b	9 509	22 172	6 424	26 279	57 892	14 896	3 652
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	35 165	42 823 ^b	8 501	20 726	5 577	24 903	53 432	13 556	3 405
211	Personalausgaben	15 417	19 827	2 367	8 041	1 725	10 110 ²	21 348 ²	5 671	1 450
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	5 511	6 043	261	2 810	140	3 513	7 871	1 970	603
212	laufender Sachaufwand	1 888	3 592 ^c	592	1 767	423	1 787	3 674	1 099	175
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 697	2 851 ^c	494	1 407	355	1 407	2 702	845	151
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 457	779 ^d	340	1 121	249	1 339	3 075	785	410
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	10 569	14 271	3 618	6 373	2 195	7 359	15 869	3 978	607
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	1 795	4 826	-	1 795	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	8 681	9 305	3 128	4 391	1 841	7 194	14 979	3 922	596
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	3 321	4 560	1 007	1 446	847	1 376	4 460	1 340	247
221	Sachinvestitionen	647	1 373	58	448	240	208	293	83	33
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 258	1 627	298	580	326	372	1 720	426	46
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	3 286	4 406	1 007	1 419	847	1 376	4 280	1 294	233

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2015

in Mio. €										
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg.- Vorpom.	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), MehrAusgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 231	- 169 ^e	154	- 943	518	- 404	-2 127	-1 314	- 262
Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	6 990	1 020	2 505	4 811	875	5 918	16 644	4 886	1 062
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt aktueller	12 324	3 441 ^f	4 486	5 093	1 113	7 148	19 599	5 707	1 282
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-5 334	-2 421 ^g	-1 981	-282	-238	-1 230	-2 955	-821	-220
Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 035	300	2 614	191	200	260	953	-
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 191	-	264	1 473	649	2 496	2 976	2	579
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-28	51	-919	249	1 107	56	985	-928	98

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Dezember-Bezüge.

³BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a1235,0 Mio. €, b307,9 Mio. €, c1,0 Mio. €, d306,9 Mio. €, e927,1 Mio. €,
f1248,0 Mio. €, g-1248,0 Mio. €.

⁴NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)
in Höhe von 9,8 Mio. €.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2015

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	15 415	9 621	9 393	8 339	21 856	4 267	11 038	292 663
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	14 623	8 737	9 167	8 023	21 073	4 175	10 948	282 774
111	Steuereinnahmen	9 927	5 510	7 149	5 314	12 419	2 368	8 948	218 814
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 110	2 758	1 486	2 298	6 755	1 436	952	52 716
1121	darunter: Allgemeine BEZ	335	191	87	178	850	156	-	2 839
1122	Länderfinanzausgleich ¹	989	567	150	524	3 007	614	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	792	885	226	316	783	92	91	9 889
121	Veräußerungserlöse	1	1	3	7	63	0	8	197
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	1	9	-	-	64
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	283	340	151	216	262	80	23	5 485
2	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	15 053	9 135	9 439	8 184	22 127	4 514	11 409	298 370
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 818	8 150	9 023	7 285	20 420	4 187	10 664	272 453
211	Personalausgaben	3 771	2 284	3 699	2 276	7 226	1 419	3 477	110 110
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	267	225	1 381	196	1 918	498	1 347	34 554
212	laufender Sachaufwand	1 004	946	570	584	5 551	773	2 712	27 136
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	756	298	486	356	2 337	361	1 497	18 001
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	206	499	617	470	1 581	549	587	14 063
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 662	2 609	2 943	2 532	298	151	232	70 084
2141	darunter: Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	206	441
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 912	2 069	2 843	2 137	4	15	1	65 016
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 235	985	416	899	1 707	326	745	25 917
221	Sachinvestitionen	533	201	92	178	283	53	239	4 962
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	826	439	155	315	612	94	1	9 093
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 236	985	413	899	1 641	321	744	25 386

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2015

in Mio. €									
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	363	487	- 46	154	- 271	- 247	- 370	-5 707
	Schuldenaufnahme und Schuldetilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	4 602	3 383	1 623	6 282	2 920	3 242	66 763
41	Schuldetilgung am Kreditmarkt aktueller	874	4 670	3 805	1 905	8 205	2 060	3 358	85 067
43	Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 874	- 68	- 422	- 282	- 1 922	860	- 116	-18 304
	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	538	3 227	-	-	1 134	862	769	12 083
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 797	87	-	330	1 100	596	342	14 882
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-3 328	- 460	66	- 1 120	- 833	- 486	-5 490

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne Dezember-Bezüge.

³BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 1235,0 Mio. €, b 307,9 Mio. €, c 1,0 Mio. €, d 306,9 Mio. €, e 927,1 Mio. €,
f 1248,0 Mio. €, g -1248,0 Mio. €.

⁴NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel)
in Höhe von 9,8 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Jahresprojektion der Bundesregierung vom 27. Januar 2016

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind auf dem Internetportal der Europäischen Kommission¹ verfügbar. Die Budgetseimelastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke² sowie methodischer Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission³.

¹<https://circabc.europa.eu/>

² Siehe Girouard und André (2005), „Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries”, OECD Economics Department Working Papers 434.

³ Siehe. Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): „The Cyclically-Adjusted Budget Balance Used in the EU Fiscal Framework: An Update”, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478 sowie Mourre, Astarita und Princen (2014): „Adjusting the Budget Balance for the Business Cycle: The EU Methodology”, Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 536.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), wobei aktuellen Entwicklungen Rechnung getragen wird (inklusive Flüchtlinge/Zuwanderung). In diesem Zusammenhang wurde die Fortschreibung der Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment (NAWRU) für die Jahre 2015 bis 2020 ebenfalls angepasst. Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
4. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2016 der Bundesregierung.
5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktions-

Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

kapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von „negativen“ beziehungsweise „positiven“ Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch dazu, das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist,

neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer **Konjunkturkomponente**, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsemielastizität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel „Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel“ zu finden.⁴

⁴ http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_123210/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Monatsbericht_des_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt in Mrd. € (nominal)	Produktionslücke	Budgetsemielastizität	Konjunkturkomponente ¹ in Mrd. € (nominal)
2016	3 134,0	3 130,8	-3,2	0,205	-0,7
2017	3 244,6	3 235,4	-9,2	0,205	-1,9
2018	3 350,0	3 341,8	-8,2	0,205	-1,7
2019	3 454,2	3 451,8	-2,4	0,205	-0,5
2020	3 565,4	3 565,4	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

	Produktionspotenzial				Produktionslücken			
	preisbereinigt		nominal		preisbereinigt		nominal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 505,5		860,2		34,4	2,3	19,7	2,3
1981	1 540,9	+2,3	917,1	+6,6	7,2	0,5	4,3	0,5
1982	1 574,2	+2,2	979,9	+6,8	-32,1	-2,0	-20,0	-2,0
1983	1 607,6	+2,1	1 028,8	+5,0	-41,4	-2,6	-26,5	-2,6
1984	1 641,5	+2,1	1 071,4	+4,1	-31,0	-1,9	-20,3	-1,9
1985	1 675,9	+2,1	1 117,1	+4,3	-28,0	-1,7	-18,6	-1,7
1986	1 713,4	+2,2	1 176,3	+5,3	-27,7	-1,6	-19,0	-1,6
1987	1 752,7	+2,3	1 218,7	+3,6	-43,4	-2,5	-30,2	-2,5
1988	1 795,2	+2,4	1 269,3	+4,2	-22,5	-1,3	-15,9	-1,3
1989	1 843,6	+2,7	1 341,1	+5,7	-1,9	-0,1	-1,3	-0,1
1990	1 897,0	+2,9	1 426,8	+6,4	41,5	2,2	31,2	2,2
1991	1 951,6	+2,9	1 512,5	+6,0	86,9	4,5	67,3	4,5
1992	2 007,6	+2,9	1 638,1	+8,3	70,1	3,5	57,2	3,5
1993	2 060,0	+2,6	1 750,4	+6,9	-2,1	-0,1	-1,8	-0,1
1994	2 103,8	+2,1	1 826,3	+4,3	4,6	0,2	4,0	0,2
1995	2 142,9	+1,9	1 896,9	+3,9	2,2	0,1	1,9	0,1
1996	2 179,7	+1,7	1 941,6	+2,4	-17,1	-0,8	-15,2	-0,8
1997	2 214,9	+1,6	1 978,1	+1,9	-12,3	-0,6	-11,0	-0,6
1998	2 249,8	+1,6	2 021,5	+2,2	-3,6	-0,2	-3,2	-0,2
1999	2 286,7	+1,6	2 061,2	+2,0	4,1	0,2	3,7	0,2
2000	2 324,8	+1,7	2 086,0	+1,2	33,9	1,5	30,4	1,5
2001	2 362,4	+1,6	2 146,9	+2,9	36,3	1,5	33,0	1,5
2002	2 398,0	+1,5	2 208,7	+2,9	0,7	0,0	0,6	0,0
2003	2 430,8	+1,4	2 265,9	+2,6	-49,2	-2,0	-45,8	-2,0
2004	2 463,0	+1,3	2 321,1	+2,4	-53,5	-2,2	-50,4	-2,2
2005	2 495,0	+1,3	2 365,8	+1,9	-68,5	-2,7	-65,0	-2,7
2006	2 527,6	+1,3	2 404,0	+1,6	-11,3	-0,4	-10,7	-0,4
2007	2 558,8	+1,2	2 475,0	+3,0	39,5	1,5	38,2	1,5
2008	2 586,0	+1,1	2 522,3	+1,9	40,5	1,6	39,5	1,6
2009	2 604,9	+0,7	2 585,3	+2,5	-126,0	-4,8	-125,0	-4,8
2010	2 625,5	+0,8	2 625,5	+1,6	-45,4	-1,7	-45,4	-1,7
2011	2 634,9	+0,4	2 663,1	+1,4	39,6	1,5	40,0	1,5
2012	2 664,3	+1,1	2 733,2	+2,6	21,1	0,8	21,6	0,8
2013	2 712,6	+1,8	2 841,1	+3,9	-19,3	-0,7	-20,2	-0,7
2014	2 748,4	+1,3	2 928,5	+3,1	-12,0	-0,4	-12,8	-0,4
2015	2 790,3	+1,5	3 035,0	+3,6	-7,7	-0,3	-8,4	-0,3
2016	2 833,6	+1,6	3 134,0	+3,3	-2,9	-0,1	-3,2	-0,1
2017	2 882,3	+1,7	3 244,6	+3,5	-8,2	-0,3	-9,2	-0,3
2018	2 928,3	+1,6	3 350,0	+3,2	-7,2	-0,2	-8,2	-0,2
2019	2 971,1	+1,5	3 454,2	+3,1	-2,1	-0,1	-2,4	-0,1
2020	3 017,6	+1,6	3 565,4	+3,2	0,0	0,0	0,0	0,0

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität Prozentpunkte	Arbeit	Kapital
	in % gegenüber Vorjahr		Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,2	1,1
1982	+2,2	1,0	0,1	1,0
1983	+2,1	1,2	0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	0,0	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	-0,1	0,8
1988	+2,4	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,7	1,8	0,0	0,9
1990	+2,9	1,9	0,1	0,9
1991	+2,9	1,8	0,1	0,9
1992	+2,9	1,7	0,1	1,0
1993	+2,6	1,5	0,0	1,1
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,9	1,2	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,6	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2000	+1,7	1,0	-0,2	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,4	0,8	0,0	0,6
2004	+1,3	0,7	0,1	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,6	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	-0,1	0,4
2011	+0,4	0,5	-0,5	0,4
2012	+1,1	0,5	0,2	0,4
2013	+1,8	0,5	0,9	0,4
2014	+1,3	0,5	0,4	0,4
2015	+1,5	0,6	0,6	0,4
2016	+1,6	0,6	0,5	0,4
2017	+1,7	0,7	0,6	0,4
2018	+1,6	0,8	0,4	0,4
2019	+1,5	0,8	0,2	0,4
2020	+1,6	0,8	0,3	0,4

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge durch Rundung der Zahlen möglich.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
1960	750,2	.	171,7	.
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 038,5	+5,2	1 579,8	+8,4
1992	2 077,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 057,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 108,4	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 145,1	+1,7	1 898,9	+3,7
1996	2 162,6	+0,8	1 926,3	+1,4
1997	2 202,6	+1,8	1 967,1	+2,1
1998	2 246,2	+2,0	2 018,2	+2,6
1999	2 290,8	+2,0	2 064,9	+2,3

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbereinigt ¹		nominal	
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
2000	2 358,7	+3,0	2 116,5	+2,5
2001	2 398,7	+1,7	2 179,9	+3,0
2002	2 398,7	+0,0	2 209,3	+1,4
2003	2 381,7	-0,7	2 220,1	+0,5
2004	2 409,5	+1,2	2 270,6	+2,3
2005	2 426,5	+0,7	2 300,9	+1,3
2006	2 516,3	+3,7	2 393,3	+4,0
2007	2 598,4	+3,3	2 513,2	+5,0
2008	2 626,5	+1,1	2 561,7	+1,9
2009	2 478,9	-5,6	2 460,3	-4,0
2010	2 580,1	+4,1	2 580,1	+4,9
2011	2 674,5	+3,7	2 703,1	+4,8
2012	2 685,3	+0,4	2 754,9	+1,9
2013	2 693,3	+0,3	2 820,8	+2,4
2014	2 736,4	+1,6	2 915,7	+3,4
2015	2 782,6	+1,7	3 026,6	+3,8
2016	2 830,7	+1,7	3 130,8	+3,4
2017	2 874,1	+1,5	3 235,4	+3,3
2018	2 921,1	+1,6	3 341,8	+3,3
2019	2 969,0	+1,6	3 451,8	+3,3
2020	3 017,6	+1,6	3 565,4	+3,3

¹ Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	54 657	.	.	60,0	32 340	.
1961	54 667	+0,0	.	60,5	32 791	+1,4
1962	54 803	+0,2	.	60,5	32 905	+0,3
1963	55 035	+0,4	.	60,5	32 983	+0,2
1964	55 219	+0,3	.	60,3	33 011	+0,1
1965	55 499	+0,5	59,9	60,3	33 199	+0,6
1966	55 793	+0,5	59,5	59,8	33 097	-0,3
1967	55 845	+0,1	59,1	58,7	32 019	-3,3
1968	55 951	+0,2	58,8	58,3	32 046	+0,1
1969	56 377	+0,8	58,7	58,3	32 545	+1,6
1970	56 586	+0,4	58,6	58,6	32 993	+1,4
1971	56 729	+0,3	58,6	58,8	33 143	+0,5
1972	57 126	+0,7	58,6	58,9	33 325	+0,6
1973	57 519	+0,7	58,6	59,3	33 727	+1,2
1974	57 776	+0,4	58,4	58,8	33 408	-0,9
1975	57 814	+0,1	58,3	58,1	32 570	-2,5
1976	57 871	+0,1	58,1	57,9	32 434	-0,4
1977	58 057	+0,3	58,1	57,8	32 508	+0,2
1978	58 348	+0,5	58,2	57,9	32 829	+1,0
1979	58 738	+0,7	58,5	58,4	33 463	+1,9
1980	59 196	+0,8	59,0	58,9	34 024	+1,7
1981	59 595	+0,7	59,5	59,4	34 065	+0,1
1982	59 823	+0,4	60,2	60,2	33 802	-0,8
1983	59 931	+0,2	61,0	61,2	33 494	-0,9
1984	59 957	+0,0	61,8	61,8	33 783	+0,9
1985	59 980	+0,0	62,5	62,7	34 257	+1,4
1986	60 095	+0,2	63,3	63,2	34 915	+1,9
1987	60 194	+0,2	63,9	63,8	35 402	+1,4
1988	60 300	+0,2	64,6	64,5	35 906	+1,4
1989	60 567	+0,4	65,1	64,9	36 580	+1,9
1990	60 955	+0,6	65,5	65,9	37 733	+3,2
1991	61 396	+0,7	65,7	66,7	38 790	+2,8
1992	61 972	+0,9	65,8	65,9	38 283	-1,3
1993	62 517	+0,9	65,8	65,3	37 786	-1,3
1994	62 797	+0,4	65,8	65,5	37 798	+0,0
1995	62 925	+0,2	65,9	65,4	37 958	+0,4
1996	62 993	+0,1	66,1	65,8	37 969	+0,0
1997	62 977	-0,0	66,4	66,2	37 947	-0,1
1998	62 917	-0,1	66,8	66,9	38 407	+1,2
1999	62 907	-0,0	67,3	67,4	39 031	+1,6

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung ¹		Partizipationsraten		Erwerbstätige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Trend	tatsächlich bzw. prognostiziert	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 932	+0,0	67,7	68,4	39 917	+2,3
2001	63 000	+0,1	68,0	68,0	39 809	-0,3
2002	63 115	+0,2	68,2	68,1	39 630	-0,4
2003	63 178	+0,1	68,5	68,1	39 200	-1,1
2004	63 176	-0,0	68,8	68,8	39 337	+0,3
2005	63 153	-0,0	69,1	69,4	39 326	-0,0
2006	63 093	-0,1	69,4	69,3	39 635	+0,8
2007	62 992	-0,2	69,7	69,5	40 325	+1,7
2008	62 833	-0,3	70,0	69,8	40 856	+1,3
2009	62 546	-0,5	70,4	70,3	40 892	+0,1
2010	62 224	-0,5	70,8	70,5	41 020	+0,3
2011	61 411	-1,3	71,3	71,6	41 577	+1,4
2012	61 317	-0,2	71,7	72,2	42 060	+1,2
2013	61 877	+0,9	72,1	71,9	42 328	+0,6
2014	61 882	+0,0	72,4	72,4	42 703	+0,9
2015	61 961	+0,1	72,7	72,6	43 032	+0,8
2016	62 185	+0,4	73,0	73,1	43 412	+0,9
2017	62 508	+0,5	73,3	73,6	43 702	+0,7
2018	62 664	+0,3	73,6	73,6	43 778	+0,2
2019	62 648	-0,0	73,9	73,8	43 854	+0,2
2020	62 689	+0,1	74,1	73,9	43 930	+0,2
2021	62 705	+0,0	74,5	74,4	.	.
2022	62 588	-0,2	74,8	74,9	.	.
2023	62 416	-0,3	75,2	75,2	.	.

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
1960	.	.	2 167	.	25 152		1,4	.
1961	.	.	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	.
1962	.	.	2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	.
1963	.	.	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	.
1964	.	.	2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	.
1965	2 067	.	2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	.
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	.
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,6
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26 364	+0,6	1,7	0,8
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	0,9
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,1
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,3
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,5
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,7
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,9
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,3
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,6
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,9
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,3
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,8
1980	1 744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1 724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,6
1982	1 713	-0,9	1 712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,1
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,5
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	5,8
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,2
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,4
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31 914	+1,7	7,8	6,7
1988	1 612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	6,9
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,1
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34 212	+3,4	6,0	7,2
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,4
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34 120	-1,6	7,5	7,5
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34 052	-0,2	8,0	7,6
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,7
1996	1 512	-0,8	1 511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,8
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34 036	-0,2	9,0	7,9
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				in % der Erwerbspersonen	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr		
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,0
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,0
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,0
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	7,9
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	7,8
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34 916	-0,5	10,3	7,7
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,5
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,3
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,0
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,8
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,5	1 393	+0,2	37 014	+1,3	5,5	6,1
2012	1 377	-0,4	1 375	-1,3	37 500	+1,3	5,0	5,8
2013	1 373	-0,3	1 362	-1,0	37 869	+1,0	4,9	5,5
2014	1 371	-0,2	1 366	+0,3	38 306	+1,2	4,7	5,2
2015	1 370	-0,0	1 372	+0,4	38 732	+1,1	4,3	4,9
2016	1 371	+0,0	1 375	+0,2	39 172	+1,1	4,5	4,9
2017	1 371	+0,0	1 373	-0,1	39 512	+0,9	5,0	4,9
2018	1 371	+0,0	1 372	-0,1	39 608	+0,2	5,1	4,9
2019	1 371	-0,0	1 372	-0,1	39 704	+0,2	5,1	4,9
2020	1 371	-0,0	1 371	-0,1	39 800	+0,2	5,1	4,9
2021	1 370	-0,0	1 370	-0,0
2022	1 370	-0,0	1 370	-0,0
2023	1 369	-0,0	1 369	-0,0

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.²Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlagevermögen		Bruttoanlageinvestitionen		Abgangssquote tatsächlich bzw. prognostiziert	
	preisbereinigt		preisbereinigt			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr		
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4	
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2	
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3	
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5	
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5	
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6	
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7	
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6	
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7	
1989	9 373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8	
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9	
1991	9 884,4	+2,7	442,3	+4,7	1,9	
1992	10 178,4	+3,0	460,5	+4,1	1,7	
1993	10 486,7	+3,0	441,2	-4,2	1,3	
1994	10 783,4	+2,8	457,2	+3,6	1,5	
1995	11 079,3	+2,7	457,1	-0,0	1,5	
1996	11 365,0	+2,6	454,8	-0,5	1,5	
1997	11 641,2	+2,4	458,4	+0,8	1,6	
1998	11 918,1	+2,4	476,2	+3,9	1,7	
1999	12 206,0	+2,4	498,3	+4,6	1,8	
2000	12 499,7	+2,4	510,0	+2,3	1,8	
2001	12 779,6	+2,2	497,1	-2,5	1,7	
2002	13 019,3	+1,9	468,4	-5,8	1,8	
2003	13 225,3	+1,6	462,2	-1,3	2,0	
2004	13 416,7	+1,4	462,4	+0,0	2,0	
2005	13 596,5	+1,3	465,8	+0,7	2,1	
2006	13 785,0	+1,4	500,8	+7,5	2,3	
2007	13 992,5	+1,5	521,2	+4,1	2,3	
2008	14 203,7	+1,5	529,2	+1,5	2,3	
2009	14 380,5	+1,2	475,8	-10,1	2,1	
2010	14 533,2	+1,1	501,4	+5,4	2,4	
2011	14 700,5	+1,2	537,4	+7,2	2,5	
2012	14 876,6	+1,2	535,1	-0,4	2,4	
2013	15 043,2	+1,1	527,9	-1,3	2,4	
2014	15 209,1	+1,1	546,3	+3,5	2,5	
2015	15 383,8	+1,1	555,7	+1,7	2,5	
2016	15 558,8	+1,1	568,4	+2,3	2,6	
2017	15 740,7	+1,2	582,9	+2,6	2,6	
2018	15 931,7	+1,2	593,5	+1,8	2,6	
2019	16 130,6	+1,2	604,2	+1,8	2,5	
2020	16 335,2	+1,3	615,1	+1,8	2,5	

□ Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4273
1981	-7,4149	-7,4173
1982	-7,4193	-7,4070
1983	-7,4019	-7,3955
1984	-7,3840	-7,3831
1985	-7,3693	-7,3699
1986	-7,3597	-7,3557
1987	-7,3541	-7,3403
1988	-7,3329	-7,3235
1989	-7,3059	-7,3057
1990	-7,2745	-7,2873
1991	-7,2438	-7,2691
1992	-7,2311	-7,2523
1993	-7,2330	-7,2373
1994	-7,2169	-7,2239
1995	-7,2079	-7,2121
1996	-7,2014	-7,2013
1997	-7,1864	-7,1909
1998	-7,1802	-7,1808
1999	-7,1729	-7,1706
2000	-7,1548	-7,1602
2001	-7,1394	-7,1501
2002	-7,1380	-7,1410
2003	-7,1407	-7,1329
2004	-7,1352	-7,1255
2005	-7,1277	-7,1187
2006	-7,1074	-7,1123
2007	-7,0916	-7,1064
2008	-7,0918	-7,1013
2009	-7,1333	-7,0973
2010	-7,1071	-7,0926
2011	-7,0853	-7,0880
2012	-7,0847	-7,0834
2013	-7,0833	-7,0787
2014	-7,0792	-7,0735
2015	-7,0740	-7,0679
2016	-7,0680	-7,0617
2017	-7,0604	-7,0548
2018	-7,0491	-7,0472
2019	-7,0380	-7,0392
2020	-7,0270	-7,0309

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	22,9		26,3		83,5	
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2
1991	77,5	+3,0	75,4	+3,0	854,4	+9,0
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5
1993	85,0	+4,1	81,6	+3,7	950,1	+2,4
1994	86,8	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7
1995	88,5	+2,0	84,3	+1,3	1 012,6	+3,8
1996	89,1	+0,6	85,1	+1,0	1 021,9	+0,9
1997	89,3	+0,3	86,2	+1,3	1 026,4	+0,4
1998	89,9	+0,6	86,6	+0,5	1 048,3	+2,1
1999	90,1	+0,3	87,0	+0,4	1 078,6	+2,9

 Statistiken und Dokumentationen

GESAMTWIRTSCHAFTLICHES PRODUKTIONSPOTENZIAL UND KONJUNKTURKOMPONENTEN

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Bruttoinlandsprodukts		Deflator des privaten Konsums		Arbeitnehmerentgelte, Inland	
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,4	87,7	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,2	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,4	90,3	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	92,0	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,9	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,3	+1,5	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,5	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,2	+1,8	98,1	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,8	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	102,0	+2,0	1 337,3	+4,3
2012	102,6	+1,5	103,6	+1,6	1 389,2	+3,9
2013	104,7	+2,1	104,9	+1,2	1 428,3	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,9	+0,9	1 482,8	+3,8
2015	108,8	+2,1	106,6	+0,6	1 539,9	+3,9
2016	110,6	+1,7	107,8	+1,1	1 595,4	+3,6
2017	112,6	+1,8	109,5	+1,6	1 651,4	+3,5
2018	114,4	+1,6	111,3	+1,6	1 702,0	+3,1
2019	116,3	+1,6	113,0	+1,6	1 754,0	+3,1
2020	118,2	+1,6	114,8	+1,6	1 806,9	+3,0

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.			gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tägigen- stunde	
			in %	in Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %
1991	38,8	.	51,3	2,2	5,3	.	.	.	24,9
1992	38,3	-1,3	50,8	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,1
1993	37,8	-1,3	50,4	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,6	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	24,0
1995	38,0	+0,4	50,5	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,4
1996	38,0	+0,0	50,8	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+2,0	22,8
1997	37,9	-0,1	51,1	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,5
1998	38,4	+1,2	51,6	3,7	8,8	+2,0	+0,8	+1,2	22,6
1999	39,0	+1,6	51,9	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,7	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,5	23,0
2001	39,8	-0,3	52,4	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,6	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,0
2003	39,2	-1,1	52,6	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,5
2004	39,3	+0,3	53,2	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,8	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,8	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,8
2007	40,3	+1,7	54,0	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	54,3	3,0	6,9	+1,1	-0,2	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	54,6	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,2
2010	41,0	+0,3	54,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,4
2011	41,6	+1,4	54,7	2,4	5,5	+3,7	+2,3	+2,1	20,3
2012	42,1	+1,2	55,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,5	20,2
2013	42,3	+0,6	55,1	2,2	4,9	+0,3	-0,3	+0,7	19,8
2014	42,7	+0,9	55,2	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,4	20,1
2015	43,0	+0,8	55,1	2,0	4,3	+1,7	+0,9	+0,5	19,9
2010/2005	40,3	+0,8	54,2	3,5	8,0	+1,2	0,4	+0,7	19,7
2015/2010	42,1	+1,0	55,0	2,3	5,1	+1,5	+0,6	+0,8	19,9

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 2010.³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten ²
Jahr	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	+7,3	+5,3	+3,3	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+1,9	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,4	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,7
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+1,0	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,5	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,4
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,8	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,7	+2,1	+2,0	+2,1	+0,5
2012	+1,9	+1,5	-0,4	+1,6	+1,6	+2,0	+3,1
2013	+2,4	+2,1	+1,4	+1,6	+1,2	+1,5	+2,0
2014	+3,4	+1,7	+1,5	+1,2	+1,0	+0,9	+1,6
2015	+3,8	+2,1	+2,7	+1,0	+0,6	+0,3	+1,7
2010/2005	+2,3	+1,1	-0,2	+1,2	+1,2	+1,6	+0,9
2015/2010	+3,2	+1,7	+0,5	+1,5	+1,3	+1,3	+1,8

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderung in % p. a.		in Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	-8,1	-26,0	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-21,0	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-17,0	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,9	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,2	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,1	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,3	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,6	26,5	25,1	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,3	27,0	26,3	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,2	30,8	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-9,9	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	37,8	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	37,6	32,6	28,9	3,7	1,7
2004	+11,2	+7,5	114,5	101,2	35,4	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,4	104,6	37,7	32,7	5,1	4,5
2006	+13,5	+14,2	126,8	137,3	41,2	35,9	5,3	5,7
2007	+9,7	+6,4	167,1	170,8	43,0	36,4	6,6	6,8
2008	+3,0	+5,1	153,1	140,5	43,5	37,5	6,0	5,5
2009	-16,5	-15,8	121,5	142,7	37,8	32,9	4,9	5,8
2010	+17,2	+18,2	134,1	150,0	42,3	37,1	5,2	5,8
2011	+11,1	+12,9	132,1	162,7	44,8	39,9	4,9	6,0
2012	+4,6	+1,8	167,7	197,9	46,0	39,9	6,1	7,2
2013	+1,3	+1,3	169,4	188,2	45,5	39,5	6,0	6,7
2014	+3,9	+2,1	196,4	227,8	45,7	39,0	6,7	7,8
2015	+6,4	+4,0	236,9	266,1	46,9	39,1	7,8	8,8
2010/2005	+4,7	+4,9	136,5	141,0	40,9	35,4	5,5	5,7
2015/2010	+5,4	+4,3	172,8	198,8	45,2	39,1	6,1	7,0

¹In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
Jahr	Veränderung in % p. a.			in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	69,9	69,9	.	.
1992	+6,5	+2,2	+8,4	71,1	71,3	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,4	+2,3	71,6	72,1	+4,3	+0,8
1994	+3,7	+6,3	+2,6	70,9	71,5	+1,9	-1,8
1995	+3,9	+4,6	+3,6	70,7	71,4	+3,0	-0,6
1996	+1,4	+2,6	+0,9	70,4	71,2	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,3	+0,4	69,6	70,5	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,7	+2,1	69,7	70,6	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	70,8	71,6	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,5	+3,9	71,9	72,6	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,7	+1,5	71,0	71,8	+2,3	+1,7
2002	+0,6	+0,5	+0,7	71,1	71,9	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+0,9	+0,2	70,9	72,0	+1,2	-1,5
2004	+5,0	+16,5	+0,2	67,7	69,0	+0,5	+1,1
2005	+1,4	+4,8	-0,2	66,6	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,5	+12,9	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+3,9	+5,9	+2,8	63,6	65,1	+1,4	-0,6
2008	+0,8	-4,4	+3,7	65,5	66,8	+2,4	+0,1
2009	-4,0	-12,3	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+2,0
2011	+5,5	+7,7	+4,4	66,1	67,4	+3,4	+0,5
2012	+1,2	-4,1	+3,9	67,8	69,1	+2,8	+1,0
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,2	69,3	+2,1	+0,7
2014	+3,8	+3,8	+3,8	68,3	69,1	+2,7	+1,5
2015	+4,1	+4,6	+3,9	68,1	68,7	+2,9	+1,8
2010/2005	+2,3	+2,2	+2,3	65,9	67,3	+1,4	+0,1
2015/2010	+3,3	+2,5	+3,7	67,5	68,6	+2,8	+1,1

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2016.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	Jährliche Veränderungen in %								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	0,3	1,6	1,7	1,9
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,2	0,0	1,3	1,3	1,3
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	5,2	1,6	2,9	1,9	2,6
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	-1,1	-0,4	0,3	0,7
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,2	0,7	0,2	1,1	1,4
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-7,3	-3,2	0,7	-1,4	-1,3
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	0,2	1,4	5,2	6,0	4,5
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,8	-1,7	-0,4	0,9	1,5
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,0	3,0	2,8	2,4	3,0
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,5	3,0	1,7	2,9
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,8	4,3	4,1	3,1	3,2
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,6	3,5	4,3	3,6
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,1	-0,5	1,0	2,0	2,1
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,8	0,3	0,4	0,6	1,5
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-4,0	-1,1	0,9	1,7	1,7
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,5	1,4	2,5	3,2	2,9
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,7	-1,1	3,0	2,6	1,9
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,6	-1,7	1,4	3,1	2,7
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,9	-2,5	1,2	1,4
Euroraum	-	3,8	1,7	1,9	-0,9	-0,3	0,9	1,6	1,8
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,2	1,3	1,5	1,7	1,5
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	1,1	1,6	2,0
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,4	1,1	1,4
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,6	1,3	3,3	3,5	3,5
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,5	2,8	3,5	4,1
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,2	2,3	3,0	2,8
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,9	-0,5	2,0	4,3	2,2
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,7	1,9	3,7	2,9	2,2
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	1,2	2,2	2,9	2,5	2,4
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,5	0,2	1,4	1,9	2,0
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,2	1,5	2,4	2,6	2,8
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,7	1,6	-0,1	0,7	1,1

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat; für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+2,5	+2,1	+1,6	+0,8	+0,2	+1,0
Belgien	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,6	+1,7
Estland	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,2	+1,8
Finnland	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	-0,2	+0,6
Frankreich	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,1	+0,9
Griechenland	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-1,0	+1,0
Irland	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,3	+1,4
Italien	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	+0,2	+1,0
Lettland	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,2	+1,4
Litauen	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	-0,8	+0,6
Luxemburg	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,3	+1,7
Malta	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,1	+1,8
Niederlande	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,2
Österreich	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+0,9	+1,8
Portugal	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,5	+1,1
Slowakei	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	-0,2	+1,0
Slowenien	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	-0,6	+0,8
Spanien	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-0,5	+0,7
Zypern	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	-1,6	+0,6
Euroraum	+2,7	+2,5	+1,3	+0,4	+0,1	+1,0
Bulgarien	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,8	+0,7
Dänemark	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5
Kroatien	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	-0,1	+0,9
Polen	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,6	+1,4
Rumänien	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	-0,4	-0,3
Schweden	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,8	+1,5
Tschechien	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,4	+1,0
Ungarn	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,1	+1,9
Vereinigtes Königreich	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5
EU	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,0	+1,1
USA	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	+0,2	+2,1
Japan	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,8	+0,7

Quelle: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,4	5,2	5,0	4,7	4,9
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,6	8,4
Estland	9,7	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,4	6,5	6,5
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,6	9,5
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,4	10,4
Griechenland	9,2	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,5	25,7	25,8
Irland	12,3	4,3	4,4	13,9	14,7	13,1	11,3	9,5	8,7
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,1	12,7	12,2	11,8
Lettland	19,2	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	10,8	10,1	9,5
Litauen	6,8	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	10,7	9,4	8,6
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,0	5,9	5,8
Malta	5,0	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	5,9	5,8	5,7
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,8	7,3	7,4	6,9	6,6
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	4,9	5,4	5,6	6,1	6,1
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,1	12,6	11,7
Slowakei	13,3	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,2	11,6	10,5
Slowenien	6,9	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,7	9,4	9,2
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,5	22,3	20,5
Zypern	2,6	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,1	15,6	14,6
Euroraum		8,9	9,1	10,2	11,4	12,0	11,6	11,0	10,6
Bulgarien	12,0	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,4	10,1	9,4
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,1	5,8
Kroatien		15,8	13,0	11,7	16,0	17,3	17,3	16,2	15,6
Polen	13,2	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,0	7,6	7,2
Rumänien	7,0	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	6,8	6,7	6,6
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,9	7,7	7,7
Tschechien	4,1	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	5,2	5,0
Ungarn	10,1	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	7,1	6,7
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,1	5,4	5,4
EU		8,9	9,0	9,6	10,5	10,9	10,2	9,5	9,2
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,3	4,7
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,6	3,3	3,3

Quelle: Ameco.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandprodukts			
	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+2,2	+1,0	-2,7	+0,5	+6,4	+8,1	+15,9	+8,9	0,7	2,2	2,4	2,5
darunter												
Russische Föderation	+1,3	+0,6	-3,8	-0,6	+6,8	+7,8	+15,8	+8,6	1,6	3,2	5,0	5,4
Ukraine	-0,0	-6,8	-9,0	+2,0	-0,3	+12,1	+50,0	+14,2	-9,2	-4,7	-1,7	-1,7
Asien	+7,0	+6,8	+6,5	+6,4	+4,8	+3,5	+3,0	+3,2	0,7	1,4	2,0	1,8
darunter												
China	+7,7	+7,3	+6,8	+6,3	+2,6	+2,0	+1,5	+1,8	1,6	2,1	3,1	2,8
Indien	+6,9	+7,3	+7,3	+7,5	+10,0	+5,9	+5,4	+5,5	-1,7	-1,3	-1,4	-1,6
Indonesien	+5,6	+5,0	+4,7	+5,1	+6,4	+6,4	+6,8	+5,4	-3,2	-3,0	-2,2	-2,1
Malaysia	+4,7	+6,0	+4,7	+4,5	+2,1	+3,1	+2,4	+3,8	3,5	4,3	2,2	2,1
Thailand	+2,8	+0,9	+2,5	+3,2	+2,2	+1,9	-0,9	+1,5	-0,9	3,3	6,2	5,4
Lateinamerika	+2,9	+1,3	-0,3	+0,8	+6,7	+7,9	+11,2	+10,7	-2,9	-3,0	-3,3	-3,0
darunter												
Argentinien	+2,9	+0,5	+0,4	-0,7	+10,6	.	+16,8	+25,6	-0,8	-1,0	-1,8	-1,6
Brasilien	+2,7	+0,1	-3,0	-1,0	+6,2	+6,3	+8,9	+6,3	-3,8	-4,4	-4,0	-3,8
Chile	+4,3	+1,9	+2,3	+2,5	+1,9	+4,4	+4,4	+3,7	-3,7	-1,2	-0,7	-1,6
Mexiko	+1,4	+2,1	+2,3	+2,8	+3,8	+4,0	+2,8	+3,0	-2,4	-1,9	-2,4	-2,0
Sonstige												
Türkei	+4,2	+2,9	+3,0	+2,9	+7,5	+8,9	+7,4	+7,0	-7,9	-5,8	-4,5	-4,7
Südafrika	+2,2	+1,5	+1,4	+1,3	+5,8	+6,1	+4,8	+5,9	-5,8	-5,4	-4,3	-4,5

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	20. Januar 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
Dow Jones	15 767	17 425	-9,52	15 666	18 312
Euro Stoxx 50	2 883	3 268	-11,79	2 883	3 829
DAX	9 392	10 743	-12,58	9 392	12 375
CAC 40	4 125	4 637	-11,04	4 084	5 269
Nikkei	16 416	19 034	-13,75	16 416	20 868
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen (in % p.a.)	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	20. Januar 2016	2015	US-Bond	2015/2016	2015/2016
USA	1,99	2,28	-	1,65	2,50
Deutschland	0,48	0,63	-1,51	0,08	0,98
Japan	0,22	0,28	-1,77	0,21	0,54
Vereinigtes Königreich	1,63	1,97	-0,36	1,33	2,20
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	20. Januar 2016	2015	zu Ende 2015	2015/2016	2015/2016
US-Dollar/Euro	1,09	1,09	0,06	1,06	1,20
Yen/US-Dollar	116,91	120,30	-2,82	116,16	125,61
Yen/Euro	127,28	131,07	-2,89	126,52	145,21
Pfund/Euro	0,77	0,73	5,48	0,70	0,78

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,3	+1,6	+1,7	+1,9	+1,6	+0,8	+0,2	+1,0	5,2	5,0	4,7	4,9
OECD	+0,4	+1,6	+1,5	+1,8	+1,6	+0,8	+0,1	+1,0	5,2	5,0	4,6	4,6
IWF	+0,4	+1,6	+1,5	+1,6	+1,6	+0,8	+0,2	+1,2	5,2	5,0	4,7	4,7
USA												
EU-KOM	+1,5	+2,4	+2,6	+2,8	+1,5	+1,6	+0,2	+2,1	7,4	6,2	5,3	4,8
OECD	+1,5	+2,4	+2,4	+2,5	+1,5	+1,6	+0,0	+1,0	7,4	6,2	5,3	4,7
IWF	+1,5	+2,4	+2,6	+2,8	+1,5	+1,6	+0,1	+1,1	7,4	6,2	5,3	4,9
Japan												
EU-KOM	+1,6	-0,1	+0,7	+1,1	+0,4	+2,7	+0,8	+0,7	4,0	3,6	3,4	3,3
OECD	+1,6	-0,1	+0,6	+1,0	+0,4	+2,7	+0,8	+0,7	4,0	3,6	3,4	3,2
IWF	+1,6	-0,1	+0,6	+1,0	+0,4	+2,7	+0,7	+0,4	4,0	3,6	3,5	3,5
Frankreich												
EU-KOM	+0,7	+0,2	+1,1	+1,4	+1,0	+0,6	+0,1	+0,9	10,3	10,3	10,4	10,4
OECD	+0,8	+0,2	+1,1	+1,3	+1,0	+0,6	+0,1	+1,0	9,9	9,9	10,0	10,0
IWF	+0,7	+0,2	+1,2	+1,5	+1,0	+0,6	+0,1	+1,0	10,3	10,3	10,2	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,7	-0,4	+0,9	+1,5	+1,3	+0,2	+0,2	+1,0	12,1	12,7	12,2	11,8
OECD	-1,8	-0,4	+0,8	+1,4	+1,3	+0,2	+0,2	+0,8	12,2	12,7	12,3	11,7
IWF	-1,7	-0,4	+0,8	+1,3	+1,3	+0,2	+0,2	+0,7	12,2	12,7	12,2	11,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+2,2	+2,9	+2,5	+2,4	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,1	5,4	5,4
OECD	+2,2	+2,9	+2,4	+2,4	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,2	5,6	5,7
IWF	+1,7	+3,0	+2,5	+2,2	+2,6	+1,5	+0,1	+1,5	7,6	6,2	5,6	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+1,2	+2,0	+1,0	+1,9	+1,2	+2,0	7,1	6,9	6,9	6,8
IWF	+2,0	+2,4	+1,0	+1,7	+1,0	+1,9	+1,0	+1,6	7,1	6,9	6,8	6,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,3	+0,9	+1,6	+1,8	+1,3	+0,4	+0,1	+1,0	12,0	11,6	11,0	10,6
OECD	-0,3	+0,9	+1,5	+1,8	+1,3	+0,4	+0,1	+0,9	11,9	11,5	10,9	10,4
IWF	-0,3	+0,9	+1,5	+1,6	+1,3	+0,4	+0,2	+1,0	12,0	11,6	11,0	10,5
EU-28												
EU-KOM	+0,2	+1,4	+1,9	+2,0	+1,5	+0,6	+0,0	+1,1	10,9	10,2	9,5	9,2
IWF	+0,2	+1,5	+1,9	+1,9	+1,5	+0,5	+0,1	+1,1	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,3	+1,3	+1,2	+0,5	+0,6	+1,7	8,4	8,5	8,6	8,4
OECD	+0,0	+1,4	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,6	+1,3	8,4	8,5	8,7	8,6
IWF	+0,3	+1,1	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,7	+1,1	8,4	8,5	8,5	8,3
Estland												
EU-KOM	+1,6	+2,9	+1,9	+2,6	+3,2	+0,5	+0,1	+1,8	8,6	7,4	6,5	6,5
OECD	+1,7	+2,9	+1,8	+2,5	+3,2	+0,5	+0,1	+1,4	8,6	7,4	6,4	6,0
IWF	+1,6	+2,9	+2,0	+2,9	+3,2	+0,5	+0,2	+1,6	8,6	7,4	6,8	6,5
Finnland												
EU-KOM	-1,1	-0,4	+0,3	+0,7	+2,2	+1,2	-0,2	+0,6	8,2	8,7	9,6	9,5
OECD	-1,1	-0,4	-0,1	+1,1	+2,2	+1,2	-0,2	+0,4	8,2	8,7	9,4	9,7
IWF	-1,1	-0,4	+0,4	+0,9	+2,2	+1,2	+0,0	+1,3	8,1	8,7	9,5	9,5
Griechenland												
EU-KOM	-3,2	+0,7	-1,4	-1,3	-0,9	-1,4	-1,0	+1,0	27,5	26,5	25,7	25,8
OECD	-4,0	+0,7	-1,4	-1,2	-0,9	-1,4	-0,9	+0,7	27,5	26,5	25,3	24,8
IWF	-3,9	+0,8	-2,3	-1,3	-1,2	-1,5	-0,4	+0,0	27,5	26,5	26,8	27,1
Irland												
EU-KOM	+1,4	+5,2	+6,0	+4,5	+0,5	+0,3	+0,3	+1,5	13,1	11,3	9,5	8,7
OECD	+1,4	+5,2	+5,6	+4,1	+0,5	+0,3	+0,1	+1,6	13,1	11,3	9,4	8,3
IWF	+1,4	+5,2	+4,8	+3,8	+0,5	+0,3	+0,2	+1,5	13,0	11,3	9,6	8,5
Lettland												
EU-KOM	+3,0	+2,8	+2,4	+3,0	+0,0	+0,7	+0,2	+1,4	11,9	10,8	10,1	9,5
OECD	+3,5	+3,0	+1,8	+2,9	+0,0	+0,7	+0,6	+1,7	11,8	10,8	9,8	9,6
IWF	+4,2	+2,4	+2,2	+3,3	+0,0	+0,7	+0,4	+1,8	11,9	10,8	10,4	10,2
Litauen¹												
EU-KOM	+3,5	+3,0	+1,7	+2,9	+1,2	+0,2	-0,8	+0,6	11,8	10,7	9,4	8,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,3	+3,0	+1,8	+2,6	+1,2	+0,2	-0,4	+1,6	11,8	10,7	10,6	10,0
Luxemburg												
EU-KOM	+4,3	+4,1	+3,1	+3,2	+1,7	+0,7	+0,3	+1,7	5,9	6,0	5,9	5,8
OECD	+4,4	+4,1	+3,0	+3,0	+1,7	+0,7	+0,1	+1,0	6,9	7,1	6,9	6,8
IWF	+4,4	+5,6	+4,4	+3,4	+1,7	+0,7	+0,3	+1,6	6,9	7,2	6,9	6,8
Malta												
EU-KOM	+2,6	+3,5	+4,3	+3,6	+1,0	+0,8	+1,1	+1,8	6,4	5,9	5,8	5,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,4	+3,5	+3,4	+3,5	+1,0	+0,8	+1,0	+1,4	6,4	5,9	5,7	5,5
Niederlande												
EU-KOM	-0,5	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,3	+0,2	+1,2	7,3	7,4	6,9	6,6
OECD	-0,4	+1,0	+2,2	+2,5	+2,6	+0,3	+0,3	+1,2	7,3	7,4	6,9	6,6
IWF	-0,5	+1,0	+1,8	+1,9	+2,6	+0,3	+1,0	+1,3	7,3	7,4	7,2	7,0

¹ Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	BIP (real)				Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Österreich												
EU-KOM	+0,3	+0,4	+0,6	+1,5	+2,1	+1,5	+0,9	+1,8	5,4	5,6	6,1	6,1
OECD	+0,3	+0,5	+0,8	+1,3	+2,1	+1,5	+0,9	+1,5	5,4	5,7	6,0	6,1
IWF	+0,3	+0,4	+0,8	+1,6	+2,1	+1,5	+1,0	+1,7	5,3	5,6	5,8	5,6
Portugal												
EU-KOM	-1,1	+0,9	+1,7	+1,7	+0,4	-0,2	+0,5	+1,1	16,4	14,1	12,6	11,7
OECD	-1,1	+0,9	+1,7	+1,6	+0,4	-0,2	+0,5	+0,7	16,2	13,9	12,3	11,3
IWF	-1,6	+0,9	+1,6	+1,5	+0,4	-0,2	+0,6	+1,3	16,2	13,9	12,3	11,3
Slowakei												
EU-KOM	+1,4	+2,5	+3,2	+2,9	+1,5	-0,1	-0,2	+1,0	14,2	13,2	11,6	10,5
OECD	+1,4	+2,5	+3,2	+3,4	+1,5	-0,1	-0,2	+1,0	14,2	13,2	11,5	10,7
IWF	+1,4	+2,4	+3,2	+3,6	+1,5	-0,1	-0,1	+1,4	14,3	13,2	11,9	11,1
Slowenien												
EU-KOM	-1,1	+3,0	+2,6	+1,9	+1,9	+0,4	-0,6	+0,8	10,1	9,7	9,4	9,2
OECD	-1,1	+3,1	+2,5	+1,9	+1,9	+0,4	-0,6	+0,5	10,1	9,7	9,3	9,1
IWF	-1,1	+3,0	+2,3	+1,8	+1,8	+0,2	-0,4	+0,7	10,1	9,7	8,7	8,1
Spanien												
EU-KOM	-1,7	+1,4	+3,1	+2,7	+1,5	-0,2	-0,5	+0,7	26,1	24,5	22,3	20,5
OECD	-1,7	+1,4	+3,2	+2,7	+1,5	-0,2	-0,6	+0,3	26,1	24,4	22,1	19,8
IWF	-1,2	+1,4	+3,1	+2,5	+1,4	-0,2	-0,3	+0,9	26,1	24,5	21,8	19,9
Zypern												
EU-KOM	-5,9	-2,5	+1,2	+1,4	+0,4	-0,3	-1,6	+0,6	15,9	16,1	15,6	14,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-2,3	+0,5	+1,4	+0,4	-0,3	-1,0	+0,9	15,9	16,1	16,0	15,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten**

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,3	+1,5	+1,7	+1,5	+0,4	-1,6	-0,8	+0,7	13,0	11,4	10,1	9,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,1	+1,7	+1,7	+1,9	+0,4	-1,6	-0,8	+0,6	13,0	11,5	10,3	9,7
Dänemark												
EU-KOM	-0,5	+1,1	+1,6	+2,0	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5	7,0	6,6	6,1	5,8
OECD	-0,5	+1,1	+1,8	+1,8	+0,8	+0,6	+0,5	+0,9	7,0	6,5	6,3	6,2
IWF	-0,5	+1,1	+1,6	+2,0	+0,8	+0,6	+0,5	+1,8	7,0	6,5	6,2	6,0
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,4	+1,1	+1,4	+2,3	+0,2	-0,1	+0,9	17,3	17,3	16,2	15,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,4	+0,8	+1,0	+2,2	-0,2	-0,4	+1,1	17,0	17,1	16,6	16,1
Polen												
EU-KOM	+1,3	+3,3	+3,5	+3,5	+0,8	+0,1	-0,6	+1,4	10,3	9,0	7,6	7,2
OECD	+1,3	+3,3	+3,5	+3,4	+1,0	+0,1	-0,8	+1,0	10,3	9,0	7,6	7,3
IWF	+1,7	+3,4	+3,5	+3,5	+0,9	-0,0	-0,8	+1,0	10,3	9,0	7,5	7,2
Rumänien												
EU-KOM	+3,5	+2,8	+3,5	+4,1	+3,2	+1,4	-0,4	-0,3	7,1	6,8	6,7	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,4	+2,8	+3,4	+3,9	+4,0	+1,1	-0,4	-0,2	7,1	6,8	6,9	6,8
Schweden												
EU-KOM	+1,2	+2,3	+3,0	+2,8	+0,4	+0,2	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,7	7,7
OECD	+1,2	+2,4	+2,9	+3,1	-0,0	-0,2	+0,1	+1,4	8,0	7,9	7,7	7,3
IWF	+1,3	+2,3	+2,8	+3,0	+0,4	+0,2	+0,5	+1,1	8,0	7,9	7,7	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,5	+2,0	+4,3	+2,2	+1,4	+0,4	+0,4	+1,0	7,0	6,1	5,2	5,0
OECD	-0,5	+2,0	+4,4	+2,3	+1,4	+0,4	+0,4	+1,3	6,9	6,1	5,2	5,0
IWF	-0,5	+2,0	+3,9	+2,6	+1,4	+0,4	+0,4	+1,5	7,0	6,1	5,2	4,9
Ungarn												
EU-KOM	+1,9	+3,7	+2,9	+2,2	+1,7	+0,0	+0,1	+1,9	10,2	7,7	7,1	6,7
OECD	+1,9	+3,7	+3,0	+2,4	+1,7	-0,2	+0,1	+2,2	10,2	7,7	7,0	6,3
IWF	+1,5	+3,6	+3,0	+2,5	+1,7	-0,2	+0,3	+2,3	10,2	7,8	7,3	7,0

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
G7-Länder/Euroraum/EU-28**

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	-0,1	0,3	0,9	0,5	77,4	74,9	71,4	68,5	6,7	7,8	8,7	8,6
OECD	-0,1	0,3	0,9	0,6	77,2	74,8	71,2	67,7	6,5	7,5	8,3	8,0
IWF	0,1	0,3	0,5	0,3	77,0	74,6	70,7	68,2	6,4	7,4	8,5	8,0
USA												
EU-KOM	-5,3	-4,9	-4,0	-3,5	104,1	105,2	105,3	104,4	-2,4	-2,3	-2,3	-2,4
OECD	-5,5	-5,1	-4,5	-4,2	111,4	111,6	110,6	111,4	-2,3	-2,2	-2,5	-2,8
IWF	-4,7	-4,1	-3,8	-3,6	104,8	104,8	104,9	106,0	-2,3	-2,2	-2,6	-3,0
Japan												
EU-KOM	-8,5	-7,5	-6,6	-5,7	242,6	246,4	247,4	247,4	0,7	0,5	2,3	2,8
OECD	-8,5	-7,7	-6,7	-5,7	220,3	226,1	229,2	232,4	0,8	0,5	3,3	2,9
IWF	-8,5	-7,3	-5,9	-4,5	242,6	246,2	245,9	247,8	0,8	0,5	3,0	3,0
Frankreich												
EU-KOM	-4,1	-3,9	-3,8	-3,4	92,3	95,6	96,5	97,1	-2,6	-2,3	-1,3	-1,6
OECD	-4,1	-3,9	-3,8	-3,4	92,2	95,5	96,5	97,7	-0,8	-0,9	0,2	0,2
IWF	-4,1	-4,0	-3,8	-3,4	92,3	95,6	97,1	98,0	-0,8	-0,9	-0,2	-0,4
Italien												
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,6	-2,3	128,8	132,3	133,0	132,2	0,9	2,0	2,2	1,9
OECD	-2,9	-3,0	-2,6	-2,2	128,8	132,3	134,3	133,5	0,9	1,9	1,5	1,3
IWF	-2,9	-3,0	-2,7	-2,0	128,5	132,1	133,1	132,3	0,9	1,9	2,0	2,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,7	-5,7	-4,4	-3,0	86,2	88,2	88,3	88,0	-4,5	-5,1	-4,3	-3,9
OECD	-5,7	-5,7	-3,9	-2,6	86,2	88,2	87,8	86,9	-4,5	-5,1	-4,0	-3,4
IWF	-5,7	-5,7	-4,2	-2,8	87,3	89,4	88,9	88,0	-4,5	-5,9	-4,7	-4,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-1,6	-1,9	-1,5	92,3	94,6	94,8	94,8	-3,0	-2,1	-3,3	-2,4
IWF	-2,7	-1,6	-1,7	-1,3	87,7	87,9	90,4	89,4	-3,0	-2,1	-2,9	-2,3
Euroraum												
EU-KOM	-3,0	-2,6	-2,0	-1,8	93,4	94,5	94,0	92,9	2,5	3,0	3,7	3,6
OECD	-3,0	-2,6	-1,9	-1,7	93,7	94,7	94,1	93,2	2,8	3,3	3,8	3,7
IWF	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7	93,1	94,2	93,7	92,8	1,8	2,0	3,2	3,0
EU-28												
EU-KOM	-3,3	-3,0	-2,5	-2,0	87,3	88,6	87,8	87,1	1,5	1,6	2,2	2,2
IWF	-3,1	-2,9	-2,5	-2,0	86,9	88,1	87,7	86,9	1,7	1,7	2,2	2,1

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	Öffentlicher Haushaltssaldo					Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	-2,9	-3,1	-2,7	-2,6	105,1	106,7	106,7	107,1	1,0	0,8	1,8	2,0
OECD	-2,9	-3,1	-2,6	-2,0	105,1	106,7	107,6	106,9	-0,2	0,1	0,1	1,0
IWF	-2,9	-3,2	-2,8	-2,3	104,4	106,6	106,7	106,2	-0,2	1,6	2,1	2,1
Estland												
EU-KOM	-0,1	0,7	0,2	0,2	9,9	10,4	10,0	9,6	0,4	1,3	1,6	1,2
OECD	-0,1	0,7	0,2	0,4	9,9	10,4	9,4	8,6	-0,1	1,0	3,3	2,3
IWF	-0,5	0,6	-0,7	-0,5	9,9	10,4	10,8	10,8	-1,1	0,1	0,6	0,3
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-3,3	-3,2	-2,7	55,6	59,3	62,5	64,5	-1,8	-2,2	-1,1	-1,0
OECD	-2,5	-3,3	-3,3	-2,7	55,6	59,3	60,6	62,7	-1,7	-0,9	-1,0	-0,7
IWF	-2,5	-3,2	-3,2	-2,8	55,6	59,0	61,9	64,0	-1,8	-1,9	-1,1	-0,8
Griechenland												
EU-KOM	-12,4	-3,6	-4,6	-3,6	177,0	178,6	194,8	199,7	-2,1	-2,9	-1,0	-0,3
OECD	-12,3	-3,6	-4,3	-7,7	175,1	177,5	183,4	190,2	-2,0	-2,1	-0,3	1,2
IWF	-2,9	-3,9	-4,2	-3,6	175,0	177,1	197,0	206,6	0,6	0,9	0,7	1,5
Irland												
EU-KOM	-5,7	-3,9	-2,2	-1,5	120,0	107,5	99,8	95,4	3,1	3,6	5,9	5,7
OECD	-5,7	-3,9	-2,1	-1,1	120,1	107,5	101,0	98,3	3,1	3,6	3,6	3,4
IWF	-5,6	-4,0	-2,0	-1,3	120,0	107,6	100,6	95,9	3,1	3,6	3,2	3,0
Lettland												
EU-KOM	-0,9	-1,5	-1,5	-1,2	39,1	40,6	38,3	41,1	-2,1	-2,0	-1,8	-1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,6	-1,7	-1,4	-1,1	35,2	37,8	37,8	37,0	-2,3	-3,1	-1,7	-2,7
Litauen¹												
EU-KOM	-2,6	-0,7	-1,1	-1,3	38,8	40,7	42,9	40,8	1,4	3,9	-0,8	0,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-0,7	-1,2	-1,4	38,8	40,9	38,8	38,5	1,6	0,1	-2,2	-2,4
Luxemburg												
EU-KOM	0,7	1,4	0,0	0,5	23,4	23,0	22,3	23,9	5,7	5,5	4,3	4,0
OECD	0,7	1,4	0,9	1,0	23,4	23,0	24,9	25,7	5,7	5,5	3,6	5,1
IWF	0,8	0,6	0,1	0,5	23,0	22,1	22,8	23,2	4,7	5,1	5,6	5,6
Malta												
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,7	-1,2	69,6	68,3	65,9	63,2	3,2	3,3	2,0	3,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-2,1	-1,7	-1,4	69,8	68,5	67,2	66,9	3,2	3,3	1,5	1,3
Niederlande												
EU-KOM	-2,4	-2,4	-2,1	-1,5	67,9	68,2	68,6	67,9	11,0	10,6	10,5	10,4
OECD	-2,4	-2,4	-2,0	-1,3	67,9	68,2	68,1	67,8	11,0	10,6	11,0	10,7
IWF	-2,2	-2,3	-2,1	-1,8	67,6	67,9	67,6	65,6	10,8	10,2	9,6	9,2

¹ Seit 1. Januar 2015 Mitglied im Euroraum.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Übrige Länder des Euroraums**

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Österreich												
EU-KOM	-1,3	-2,7	-1,9	-1,6	80,8	84,2	86,6	85,7	2,1	2,1	2,6	2,6
OECD	-1,3	-2,7	-1,8	-1,9	80,8	84,2	84,7	85,0	2,0	2,0	2,3	2,0
IWF	-1,3	-2,4	-2,0	-1,7	80,8	84,5	86,7	85,6	1,0	0,7	1,6	1,7
Portugal												
EU-KOM	-4,8	-7,2	-3,0	-2,9	129,0	130,2	128,2	124,7	0,7	0,3	0,5	0,5
OECD	-4,8	-7,2	-3,0	-2,8	129,0	130,2	128,2	127,9	1,4	0,6	0,6	0,5
IWF	-4,8	-4,5	-3,1	-2,7	129,7	130,2	127,8	125,0	1,4	0,6	0,7	1,6
Slowakei												
EU-KOM	-2,6	-2,8	-2,7	-2,4	54,6	53,5	52,7	52,6	0,7	-0,8	0,0	-1,2
OECD	-2,6	-2,8	-2,7	-1,9	54,6	53,5	52,9	52,4	1,5	0,1	-0,4	-0,5
IWF	-2,6	-2,9	-2,5	-2,6	54,6	53,6	53,3	53,6	1,5	0,1	0,1	0,1
Slowenien												
EU-KOM	-15,0	-5,0	-2,9	-2,4	70,8	80,8	84,2	80,9	3,9	6,5	7,0	7,5
OECD	-15,0	-5,0	-2,9	-2,3	70,8	80,8	83,2	85,0	5,6	7,0	7,5	8,5
IWF	-13,9	-5,8	-3,7	-5,3	70,5	80,8	81,8	82,7	5,6	7,0	6,7	6,2
Spanien												
EU-KOM	-6,9	-5,9	-4,7	-3,6	93,7	99,3	100,8	101,3	1,5	1,0	1,4	1,3
OECD	-6,9	-5,9	-4,2	-2,9	93,7	99,3	100,5	100,3	1,5	1,0	1,5	1,3
IWF	-6,8	-5,8	-4,4	-3,2	92,1	97,7	98,6	98,8	1,4	0,8	0,9	1,1
Zypern												
EU-KOM	-4,9	-8,9	-0,7	0,1	102,5	108,2	106,7	98,7	-3,8	-3,8	-3,5	-3,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,4	-0,2	-1,3	0,1	102,2	107,5	106,4	98,4	-1,6	-4,5	-4,2	-3,8

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF
Andere EU-Mitgliedstaaten

	Öffentlicher Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote			Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	-0,8	-5,8	-2,8	-2,7	18,0	27,0	31,8	32,8	-0,5	0,7	1,4	1,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,8	-3,7	-2,0	-1,6	17,6	26,9	28,6	29,6	2,3	0,0	1,0	0,2
Dänemark												
EU-KOM	-1,3	1,5	-3,3	-2,5	45,0	45,1	40,2	39,3	7,2	6,3	7,0	6,9
OECD	-1,3	1,5	-2,7	-2,8	45,0	45,1	41,6	40,9	7,2	6,3	7,0	7,2
IWF	-1,1	1,8	-2,7	-2,8	45,0	45,2	47,0	48,0	7,2	6,3	7,0	7,2
Kroatien												
EU-KOM	-5,4	-5,6	-4,9	-4,7	80,8	85,1	89,2	91,7	0,1	0,6	4,4	2,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-5,7	-5,1	-4,4	80,8	85,1	89,3	91,8	0,8	0,7	1,7	1,5
Polen												
EU-KOM	-4,0	-3,3	-2,8	-2,8	55,9	50,4	51,4	52,4	-0,9	-1,1	-0,5	-0,9
OECD	-4,0	-3,3	-2,8	-2,8	55,9	50,4	51,5	51,5	-1,3	-2,0	-0,2	-1,0
IWF	-4,0	-3,2	-2,8	-2,5	55,7	50,1	51,1	51,0	-1,3	-1,3	-0,5	-1,0
Rumänien												
EU-KOM	-2,2	-1,4	-1,2	-2,8	38,0	39,9	39,4	40,9	-0,8	-0,4	-0,8	-1,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-1,9	-1,8	-2,6	38,8	40,6	40,9	41,5	-0,8	-0,4	-0,7	-1,5
Schweden												
EU-KOM	-1,4	-1,7	-1,4	-1,3	39,8	44,9	44,7	44,0	5,8	5,4	5,9	5,9
OECD	-1,4	-1,7	-1,1	-0,6	39,8	44,8	43,9	43,0	6,7	6,2	6,0	5,5
IWF	-1,4	-1,9	-1,4	-0,7	38,7	43,8	43,9	42,6	6,7	6,2	6,7	6,7
Tschechien												
EU-KOM	-1,3	-1,9	-1,9	-1,3	45,2	42,7	41,0	41,0	-1,1	-2,0	-2,5	-2,4
OECD	-1,3	-1,9	-1,9	-1,3	45,2	42,7	40,5	40,5	-0,5	0,6	0,7	0,2
IWF	-1,2	-2,0	-1,8	-1,1	45,1	42,6	40,6	40,0	-0,5	0,6	1,7	1,2
Ungarn												
EU-KOM	-2,5	-2,5	-2,3	-2,1	76,8	76,2	75,8	74,5	3,9	2,2	4,3	5,5
OECD	-2,5	-2,5	-2,3	-1,9	76,8	76,2	76,3	74,6	4,0	2,3	4,3	5,5
IWF	-2,5	-2,6	-2,7	-2,3	77,3	77,0	75,3	74,2	4,0	4,0	5,0	4,3

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2015.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2015.

Stand: November 2015.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Januar 2016

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr
kommunikation und publizistik GmbH,
Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721
Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de
www.ministere-federal-des-finances.de
www.federal-ministry-of-finance.de
www.stabiler-euro.de
www.bundesaushalt-info.de
www.finanzforscher.de
www.bundesfinanzministerium.de/APP
www.youtube.com/finanzministeriumtv
www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.